

Hochschule Neubrandenburg

Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung

Diplomarbeit zum Thema:

Politische Einstellungen Jugendlicher

- Eine empirische Studie an einer Produktionsschule in der Mecklenburgischen Seenplatte

vorgelegt bei

Erstprüfer: Prof. Dr. Joachim Burmeister

Zweitprüferin: Prof. Dr. Ulrike Hanke

von

Mandy Junge

urn:nbn:de:gbv:519-thesis2009-0087-9

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dimensionen sozialer Ungleichheit	20
Abbildung 2: Lage der Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte.....	42
Abbildung 3: Manifeste und latente politische Sozialisation	48
Abbildung 4: Zeitreihe: Politisches Interesse der 15- bis 24-Jährigen.....	71
Abbildung 5: Wahlbeteiligung nach Altersgruppen 1953 - 2002.....	90
Abbildung 6: Grundfragen der empirischen Sozialforschung.....	98
Abbildung 7: „Findest Du Politik wichtig?“	103
Abbildung 8: „Wie schätzt Du dein eigenes Interesse an Politik ein? Bist Du...“	104
Abbildung 9: „Denkst Du, dass politische Entscheidungen dein eigenes Leben betreffen?“	104
Abbildung 10: „Informierst Du dich über aktuelle Politik?“.....	105
Abbildung 11: „Durch welche Medien informierst Du dich über politische Themen?“ ...	105
Abbildung 12: „Würdest Du gerne mehr über Politik wissen?“	106
Abbildung 13: „Welche Themen aus der Politik interessieren dich? Ich interessiere mich für politische Angelegenheiten aus...“	106
Abbildung 14: „Was müsste sich in Deinen Augen vor allem ändern, damit sich mehr Jugendliche für Politik interessieren?“.....	107
Abbildung 15: „Mit wem redest Du über politische Themen?“	108
Abbildung 16: „Weißt Du genug über Politik, um eine begründete Wahlentscheidung treffen zu können?“.....	109
Abbildung 17: „Angenommen Du bist wahlberechtigt, wirst Du bei der nächsten Bundestagswahl wählen gehen?“	109
Abbildung 18: „Angenommen Du bist wahlberechtigt, wirst Du bei der Kommunalwahl am 7. Juni 2009 deine Stimme abgeben?“	110
Abbildung 19: „Würdest Du deine Stimme einer rechtsgerichteten Partei bzw. einem Kandidaten mit rechtsgerichteter Ideologie wie der NPD geben?“	110
Abbildung 20: „Bist Du politisch tätig?“	111
Abbildung 21: „Was hältst Du von der demokratischen Staatsform?“	112

Abbildung 22: „Stelle Dir bitte vor, dass in Deine Nachbarschaft eine afrikanische Familie zieht. Welche dieser Aussagen könnte von Dir sein?“	113
Abbildung 23: „Bist Du persönlich in deinem Dorf, deiner Gemeinde oder Stadt in Deiner Freizeit aktiv?“	114
Abbildung 24: „Wo engagierst Du dich in Deiner Freizeit?“	115
Abbildung 25: „Schätze bitte ein, wie häufig Du dich in deiner Freizeit engagierst?“	115
Abbildung 26: „Gehörst Du einer Jugendclique an?“	116
Abbildung 27: „Wie zufrieden bist Du mit der Beziehung zu deinen Eltern?“	116
Abbildung 28: „Wie zufrieden bist Du mit der Beziehung zu deinen Freundinnen und Freunden?“	117
Abbildung 29: „Wie zufrieden bist Du mit deiner finanziellen Situation (mit dem Geld, dass Dir zur Verfügung steht?“	117
Abbildung 30: „Wie zufrieden bist Du insgesamt mit den Lebensverhältnissen in deinem Dorf, deiner Stadt (also mit der Beziehung zu deinen Mitmenschen, der Schul-, Ausbildungs- und Arbeitssituation, Freizeitmöglichkeiten, Mitsprache und Mitbestimmung im Ort)?“	118
Abbildung 31: „Wie zuversichtlich siehst Du in deine Zukunft?“	118
Abbildung 32: „Welches Geschlecht hast Du?“	119
Abbildung 33: „Welcher Altersgruppe gehörst Du an?“	120
Abbildung 34: „Wo wohnst Du?“	120
Abbildung 35: „Welchen Schulabschluss hast Du bisher erreicht?“	121

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bevölkerung nach Altersgruppen im Landkreis Demmin (Stand: 31.12.2007).	34
Tabelle 2: Abwanderungssaldo Jugendlicher für den Landkreis Demmin: 1995-2007	39
Tabelle 3: Zusammenhangsanalyse: Interesse an Politik nach dem Faktor Alter	72

Abkürzungsverzeichnis

a.D.	außer Dienst
A 20	Autobahn 20
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CJD	Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ebd.	ebenda
f., ff.	folgende, fortfolgende
Hrsg.	Herausgeber
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
Mill.	Millionen
S.	Seite(-n)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	so genannt(-e, -er, -en)
u.a.	und andere, unter anderem, unter anderen
u.ä.	und ähnliches
vgl.	vergleiche
v. Ch.	vor Christus
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	2
Tabellenverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis.....	4
I. Theoretischer Teil	8
1. Einleitung.....	8
2. Der Begriff „Jugend“ und seine Differenzierung	11
2.1 Eine allgemeine Auslegung.....	11
2.2 Jugend im Kontext der Wissenschaft	12
2.3 Zusammenfassende Schlussfolgerung.....	16
3. Benachteiligte Jugendliche	17
3.1 Der Begriff der Benachteiligung	18
3.1.1 Begriffsmerkmale	18
3.2 Zur Zukunft jugendlicher Systemverlierer im deutschen Bildungssystem	20
3.3 Produktionsschulen – eine neue Chance	22
3.3.1 Eine begriffliche Einordnung	22
3.3.2 Die Produktionsschule Waren (Müritz).....	23
3.3.2.1 Marktorientierung.....	25
3.3.2.2 Individualität.....	25
3.3.2.3 Duale Leitung	26
3.3.3 Die Finanzierung der Produktionsschule.....	27
3.3.4 Die Werkstätten der Produktionsschule	28
3.3.5 Die Werkstattpädagogen	29
3.3.6 Die Bildungsangebote	29
3.3.7 Qualitätssicherung	30
3.8 Zusammenfassende Schlussfolgerung.....	30
4. Zur Situation Jugendlicher in ländlichen Lebensräumen	31
4.1 Der Charakter des ländlichen Raumes.....	31
4.2 Die Lebenswelten der Jugendlichen in ländlich geprägten Regionen.....	33
4.2.1 Zur Zukunft von Jugendlichen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern .	36
4.2.1.1 Regionale Rahmenbedingungen der Mecklenburgischen Seenplatte.....	41
4.3 Zusammenfassende Schlussfolgerung.....	44
5. Politische Sozialisation	46
5.1 Begriff.....	46
5.2 Zu den Instanzen der politischen Sozialisation junger Menschen.....	48

5.2.1 Die Bedeutung der Familie als politische Sozialisationsinstanz	49
5.2.2 Schule	53
5.2.3 Peers	54
5.2.4 Medien	55
5.3 Der politisch mündige Bürger als Ziel der politischen Sozialisation	56
5.4 Kognitive Voraussetzungen für politisches Denken	57
5.4.1 Formal-logisches Denken	57
5.4.2 Komplexes Denken, dialektisches Denken	58
5.4.3 Fluide vs. Kristalline Intelligenz	59
5.4.4 Wissen und Denken	59
5.4.5 Zur Entscheidungsfähigkeit von Jugendlichen	59
5.5 Moralentwicklung	60
5.5.1 Zur Ermittlung moralischer Urteile	61
5.5.2 Die Stufen der moralischen Entwicklung nach Kohlberg	63
5.6. Zusammenfassende Schlussfolgerung	65
6. Einstellungen der Jugendlichen zur Politik	67
6.1 Zum Begriff Interesse	68
6.1.1 Das allgemeine Interesse an Politik	69
6.1.1.2 Faktoren für das politische Interesse	72
6.1.1.3 Lebensalter	72
6.1.1.4 Geschlechterzugehörigkeit	73
6.1.1.5 Bildungsniveau	73
6.1.1.6 Weitere Faktoren	74
6.2 Politische Positionierung	74
6.2.1 „Links-rechts“-Positionierung	74
6.2.2 Parteienverhältnis und Parteiaffinität	74
6.3 Einstellungen zu Demokratie und Gesellschaft	75
6.3.1 Demokratie	75
6.3.2 Vertrauen in Institutionen	77
6.3.3 Wahlbeteiligung	78
6.4 Typologie der jugendlichen Einstellungen zum Politischen	78
6.5 Gesellschaftliche und politische Beteiligung Jugendlicher	80
6.6 Zusammenfassende Schlussfolgerung	84
7. Wahlbeteiligung und Theorien des Wählerverhaltens	87
7.1. Die Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2005	87
7.1.1 Zur Höhe der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2005	88
7.1.2 Niedrigere Wahlbeteiligungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost	88
7.1.3 Zur Wahlbeteiligung bei den Wahlberechtigten unter 30 Jahren	88
7.1.3.1 Geringste Wahlbeteiligung bei den 21- bis unter 25-Jährigen	89
7.1.4 Höchste Wahlbeteiligung bei den Wählern zwischen 60 und 69 Jahren	89
7.2 Theorien des Wählerverhaltens	90
7.2.1 Der soziologische Erklärungsansatz	91
7.2.1.1 Die mikrosoziologische Perspektive	91
7.2.1.2 Die makrosoziologische Perspektive	92
7.2.2 Der individualpsychologische Erklärungsansatz	93
7.2.3 Die Theorie des rationalen Wählerverhaltens	94

7.2.4 Das Modell des sozialen Milieus.....	95
7.3 Zusammenfassende Schlussfolgerung.....	96
II. Die Fragebogenerhebung.....	97
8. Die empirische Sozialforschung.....	97
8.1 Zur Entstehung sozialer Daten	97
8.2 Erhebung sozialer Daten.....	99
8.2.1 Die schriftliche Befragung mittels Fragebogen.....	99
9. Untersuchungsanlage und Untersuchungsablauf.....	99
9.1 Zuständigkeitsbereich und Arbeitsschwerpunkt des Regionalzentrums	99
9.2 Zustandekommen der Diplomarbeit	100
9.3 Der Fragebogen	100
9.4 Zur Befragung	101
9.5 Auswertung des Fragebogens.....	103
9.6 Einschränkungen des Befragungsansatzes	121
10. Fazit.....	122
11. Anhang.....	126
12. Literaturverzeichnis	137
13. Ehrenwörtliche Erklärung.....	144

I. Theoretischer Teil

1. Einleitung

Als am 9. November 1989 in Berlin die innerdeutsche Grenze mit dem legendären „Fall der Mauer“ geöffnet wurde, war dieses historische Ereignis der Beginn einer neuen Zeit. An diesem Tag feierte ich, einige hunderte Kilometer entfernt, meinen 11. Geburtstag. Wir hier erfuhren erst später von den Ereignissen dieser Nacht. Dennoch hatte ich bereits in diesem jungen Alter eine Vorstellung davon, dass sich nun vieles (für mein späteres Leben) ändern wird. Ich sah die Bilder der feiernden Menschen im Fernsehen und las die Berichte in den Zeitungen. In friedlichen Demonstrationen sind die Menschen der damaligen DDR für ihre Rechte auf Meinungsfreiheit und freie Wahlen auf die Straße gegangen. Sie wollten mitbestimmen, sie wollten gefragt und gehört werden, als freie Bürger¹ eines demokratischen Staates. Unter den Demonstranten waren auch sehr viele junge Menschen, die sich mit den gegebenen Machtstrukturen der SED-Führung nicht mehr arrangieren konnten und wollten.

Mittlerweile blicken wir auf das 20. Jahr nach diesen Ereignissen zurück. Für die Jugendlichen von heute sind diese damaligen Ereignisse vielleicht nur noch Geschichtsdaten aus langweiligen Büchern, kurz abgehandelt im Schulunterricht. Ihre Welt ist geprägt durch die Erlebnisse und Alltagsprobleme unserer Zeit. Es sind die kleinen Ereignisse, aber auch die Sorgen und Nöte in der Familie, in der Schule, mit den Freunden, wie sie nicht untypisch für dieses Lebensalter sind. Zudem dringt auch die schwierige bisweilen kritische Situation auf dem gesamtdeutschen Arbeits- und Wirtschaftsmarkt und deren Auswirkungen stark in die jugendlichen Lebenswelten ein, denn ihre weitere Zukunft hängt primär mit der Einmündung in Ausbildung oder Arbeit zusammen. Gerade in ländlichen Regionen ist die Lebenssituation der Bevölkerung z.T. angespannt, ebenso wie die Finanzkraft der kommunalen Haushalte, die (Jugend-)Arbeitslosigkeit ist besonders hoch, auch die Möglichkeiten das eigene Leben zu gestalten, sind häufig noch begrenzter, denn die Angebote zur eigenen Freizeitgestaltung sind oft unzureichend.

¹ Anmerkung: Die Verwendung der männlichen Form erfolgt aus Gründen der Vereinfachung und der besseren Lesbarkeit, keinesfalls aus Gründen der Diskriminierung. Durch die Verwendung der männlichen Form werden auch immer Frauen mit eingeschlossen.

Wie wirken sich nun diese, zugegeben sehr kurz umrissenen und stark vereinfacht dargestellten, Lebensumstände auf diese jungen Menschen und ihr politisches Interesse, ihr demokratisches Verständnis und ihre Bereitschaft zur Partizipation aus? Über welche Einstellungen verfügen die Jugendlichen der Gegenwart zu politischen Sachverhalten in Deutschland heute? Sind nicht politisches Desinteresse, fehlendes Vertrauen gegenüber politischen Parteien und der Bundesregierung, Skepsis und Orientierungslosigkeit die Themen und Schlagworte die mit Jugend heute in enge Verbindung gebracht werden? Ist Politik im Leben und Handeln von Jugendlichen bedeutungslos? Diese Fragen gilt es zu klären.

Explizit möchte ich im Rahmen meiner Diplomarbeit auf das Thema der politischen Einstellungen Jugendlicher in der Region der Mecklenburgischen Seenplatte eingehen. Hierzu habe ich im Auftrag des CJD eine empirische Studie durchgeführt. Die Befragung von Schülern der CJD-Produktionsschule (Waren) Müritz hat zum Zweck, Daten über die Einstellungen zu politischen Sachverhalten, aber auch der eigenen Lebensverhältnisse sowie zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation zu erheben und auszuwerten.

Die Ausgangshypothese meiner Arbeit ist in der Vermutung begründet, dass sich die Jugendlichen politisch desinteressiert zeigen. Dies äußert sich in einer geringen Wahlbereitschaft und einem geringen politischen Interesse sowie politischen Aktivitäten. Verschärft wird diese These dadurch, dass es den Jugendlichen in ländlichen Regionen, aufgrund ihrer Lebenssituation, an gesellschaftlicher und sozialer Teilhabe mangelt. Dies führt ebenso zu Unmut und Resignation im Politischen. Als Folge dessen sind diese Jugendlichen besonders stark gefährdet und empfänglich für rechte Ideologien.

Zu Beginn des theoretischen Teils dieser Arbeit werde ich den Begriff „Jugend“ aus verschiedenen wissenschaftlichen Blickwinkeln erläutern und differenzieren.

Diese Arbeit wird explizit ihren Focus auf benachteiligte junge Menschen richten. Dies spiegelt sich sowohl in den theoretischen Grund- und Vorüberlegungen wieder, als auch in der empirischen Erhebung. Den befragten Jugendlichen ist der Übergang in ein Ausbildungsverhältnis mit staatlich anerkanntem Abschluss bislang nicht gelungen. Aufgrund der Zusammenarbeit mit dem CJD-Regionalzentrum Neubrandenburg wurde als Untersuchungsgruppe die CJD-Produktionsschule Müritz um Zusammenarbeit und Teilnahme an

der Befragung gebeten. Aufgrund dessen wird in Punkt 3. auf die Darstellung und das Konzept der CJD-Produktionsschule eingegangen.

Die Lebenssituation Jugendlicher in den ländlichen Räumen wird speziell in Punkt 4 erläutert und beschrieben.

In Kapitel 5 wird der Begriff politische Sozialisation definiert. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Bedeutung und die unterschiedlichen Einflüsse jugendlich relevanter Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule, Gleichaltrige und Medien eingegangen. Im weiteren Verlauf gilt es zudem die kognitive, als auch die moralische Entwicklung der jungen Menschen näher zu betrachten, welche den Weg ebnen, sich zu einem politisch mündigen Bürger zu entwickeln. Diesbezüglich werden Ansätze von Oerter und Kohlberg vorgestellt.

Mit politischen Einstellungen der Jugendlichen in der Gegenwart befasst sich der Abschnitt 6. Vorweg erfolgt eine Erläuterung zum Thema Interesse, um daran anschließend auf das allgemeine Interesse der Jugendlichen an Politik einzugehen. Desweiteren wird auf die Faktoren, die Einfluss auf selbiges besitzen, eingegangen. Abgehandelt werden im weiteren Verlauf der Arbeit die „Politische Positionierung“, die „Einstellungen der Jugendlichen zur Demokratie und Gesellschaft“, eine „Typologie der jugendlichen Einstellungen zum Politischen“ sowie die „Gesellschaftliche und politische Beteiligung Jugendlicher“ in der Bundesrepublik Deutschland.

In Kapitel 7 werden Wahlergebnisse zur Bundestagswahl im Jahr 2005 dargelegt. Diese Ergebnisse nehmen vorrangig Bezug auf den Faktor Alter. Im Anschluss wird auf spezielle Theorien des Wählerverhaltens eingegangen. Dieses Kapitel beendet den theoretischen Teil der Arbeit.

Der empirische Abschnitt beinhaltet in Kapitel 8 theoretische Darlegungen zur empirischen Sozialforschung. Im Anschluss (Kap. 9) wird die Untersuchungsanlage, der Untersuchungsablauf und die Fragebogenauswertung vorgestellt.

Im letzten Kapitel werden die grundlegenden Erkenntnisse und Hauptgedanken von mir zusammengetragen.

2. Der Begriff „Jugend“ und seine Differenzierung

2.1 Eine allgemeine Auslegung

Nicht mehr Kind und noch nicht Erwachsener – als eine Art Übergangsphase könnte dieser Lebensabschnitt, auf den ersten Blick, betrachtet werden. Der erste Kuss, die erste Liebe, Sexualität, Akne, Partys, Freunde, Kleidung und Musik, Schwierigkeiten und Zoff mit den Eltern, Schule, Ausbildung und Beruf, Abgrenzung und Freiheit, „selbst noch nicht zu wissen und sich doch schon entscheiden müssen“, diese allgemeinen Assoziationen könnten mit der Entwicklungsphase „Jugend“ in enge Verbindung gebracht werden. Kein anderer Lebensabschnitt wird von älteren Generationen derart idealisiert und mit Attributen wie Schönheit, Vitalität und Dynamik gleichgesetzt.

Viele von uns verbinden eigene Erfahrungen und Erinnerungen mit diesem Lebensabschnitt. Schöne und unvergessene Momente, aber mitunter auch weniger schöne Erlebnisse, aufregend und lebendig oder stark konfliktbehaftet wird diese Zeit wahrgenommen. Jeder kann mit der Bezeichnung „Jugend“ also Beobachtungen und Erfahrungen verbinden. Aber es gibt keine Definition, die in der Lage ist, diesen Lebensabschnitt klar und für alle verbindlich zu erläutern.

Unterschiede in der Klärung der Begrifflichkeit reichen von öffentlichen Meinungen und Vorstellungen, über künstlerische Auffassungen und Ideale bis in die Sphäre der wissenschaftlichen Studien und Forschungen hinein. Diese aufgeführten Kategorien beinhalten in sich Unterschiede aufgrund verschiedenartiger kulturhistorischer Gesellschaftsformen. Diese waren und sind abhängig von ökonomischen und politischen Interessen, oder aber auch von pädagogischen Vorstellungen und Ansichten. Schon immer spielten dabei auch die Vorstellungen älterer Generationen eine tragende Rolle. So hatte bereits der griechische Philosoph Sokrates etwa um 400 v.Ch. seine eigene Einstellung zum Thema „Jugend“: „Die heutige Jugend liebt den Luxus. Sie legt schlechte Manieren an den Tag, verachtet die Autorität und lässt es an Ehrerbietung gegenüber älteren Leuten fehlen. Kinder sind heutzutage zu Tyrannen geworden. Sie widersprechen den Eltern, schlingen ihr Essen hinunter und tyrannisieren ihre Lehrer.“² Seitdem scheint sich in der Auffassung Älterer und im Verhältnis von Erwachsenen und Jugendlichen nicht mehr viel verändert zu haben...

² Sokrates, zit. nach Claus u.a. 1996, S. 270

2.2 Jugend im Kontext der Wissenschaft

Aus soziologischer Perspektive formulieren Schäfers und Kopp für die Moderne Gesellschaft folgende Kriterien für eine Definition von Jugend: So ist Jugend zum einen eine abgrenzbare Altersphase, die zwischen der Kindheit und dem Erwachsensein liegt und die mit dem Einsetzen der Pubertät um das 13. Lebensjahr beginnt. Des Weiteren ist mit ihr eine konkrete Altersgruppe der etwa 13- bis 25-Jährigen gemeint, die Gemeinsamkeiten des Verhaltens, der Wertorientierung wie der Soziallage ganz allgemein teilen. Jugend wird auch in Zusammenhang mit einem idealen Wertbegriff gebracht. In vielen Kulturen verweisen „Jugendlichkeit“ und der Wunsch nach „ewiger Jugend“ auf ein hoch geschätztes Gut.³ Desweiteren sieht Schäfers in ihr die „sozial und kulturell “überformte“ Lebensphase, in der das Individuum die Voraussetzungen für ein selbständiges Handeln in allen gesellschaftlichen Bereichen erwirbt. Sie ist eine Subkultur, eine gesellschaftliche Teilkultur.“⁴ Im Hinblick auf eine altersmäßige Differenzierung dieser Altersphase empfiehlt Schäfers eine Unterteilung in folgende, sowohl biologisch als auch entwicklungspsychologisch mit bedingten Altersgruppen⁵:

- die 13- bis 18jährigen (pubertäre Phase): Jugendliche im engeren Sinn;
- die 18- bis 21jährigen (nachpubertäre Phase): die Heranwachsenden;
- die 21- bis 25jährigen (und ggf. älteren): die jungen Erwachsenen; die aber ihren sozialen Status und ihrem Verhalten nach zum großen Teil noch als Jugendliche anzusehen sind.

Für die Altersgruppe der 18- bis über 30-jährigen setzt sich zunehmend der Begriff der „Post-Adoleszenten“⁶ durch. Demnach zeichnet sich der Lebensabschnitt der Jugend durch Vielfalt aus, nicht nur hinsichtlich seiner Differenzierung durch das Alter. Auch Sander und Vollbrecht thematisieren die Fülle an Möglichkeiten, die dieser Lebensabschnitt hinsichtlich seiner Begrifflichkeit bereit hält und verweisen auf seine hohe Flexibilität. So kann der Begriff junge Menschen zwischen 13, 16 oder 22 Jahren und älter als Personengruppe meinen, sich also auf eine Zeitspanne der Biographie beziehen. Jugend kann ein historisch entstandenes soziales Phänomen bezeichnen, oder den jeweiligen Möglichkeitsraum der Entwicklung, den eine Gesellschaft der nachwachsenden Generation bietet. Ju-

³ vgl. Schäfers/ Kopp 2006, S. 120

⁴ Schäfers 1998, S. 21

⁵ ebd. S. 22f.

⁶ Schäfers/Kopp 2006, S. 121; Schäfers 1998, S. 23

gend kann als Erziehungsaufgabe, als gesellschaftliches Problem oder entwicklungspsychologisch als Reifephase mit spezifischen psychosozialen Entwicklungsaufgaben verstanden werden. Zudem ist Jugend auch juristisch definierbar. In allen Ansätzen geht es nicht um etwas naturhaft Vorgegebenes.⁷

Jugend ist in ihrer gegenwärtigen altersmäßigen und schichtspezifischen Breite eine Erscheinung der bürgerlich-industriellen Gesellschaft.⁸ Seinen historischen Bezug findet sie bereits in den Vorstellungen der Antike. Hier keimten die ersten Auffassungen darüber, dass dieser Lebensabschnitt als qualitativ eigengesetzlich und von der Kindheit und dem Erwachsenenalter abgrenzbar und durch Erziehung zu begegnen sei.⁹ In der Antike und im Mittelalter war Jugend und damit der Zugang zu einem privilegierten Bildungssystem auf die Söhne freier und wohlhabender Bürger, vorrangig in den Städten, begrenzt. Das 18. und 19. Jahrhundert forcierte dann wesentliche Prozesse, die für immer breitere soziale Schichten prägend wurden. Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und Familie prägten eine zunehmende Verhäuslichung und Familiarisierung. Aber auch die pädagogische Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche wuchs durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht. Im weiteren historischen Verlauf brachte das Zeitalter der Industrialisierung, im späten 19. bzw. 20. Jahrhundert, aufgrund veränderter Produktions- und Sozialstrukturen, eine gesellschaftliche und sozialpolitische Verankerung der Lebensphase mit sich.¹⁰ Die bisherige Darstellung lässt erkennen, dass die Entwicklung des Lebensabschnittes in enger Verbindung mit der Veränderung der Bildungsverhältnisse einhergeht und damit die Entstehung homogener Gruppen, die auf die Welt der Erwachsenen vorbereitet werden sollen, forciert. „Die Jugend“ galt zu dieser Zeit als eine immer noch vergleichsweise kurze Lebensphase. War vor dem Beginn der Industrialisierung ersichtlich, wann ein Jugendlicher ins Erwachsenenleben übertritt, indem er die Geschlechtsreife erlangte oder auf dem elterlichen Hof arbeitete bzw. sich als Knecht verdingen musste, so sind aus heutiger Sicht das Ende der einen Lebensphase und der Eintritt in den neuen Lebensabschnitt weitaus schwieriger zu benennen.

Nun sind, wie bereits angedeutet, gesellschaftliche und soziale Herangehensweisen an den Begriff und den Lebensabschnitt „Jugend“ nicht alleine von Bedeutung. Die biologischen

⁷ vgl. Sander/Vollbrecht 2000, S. 7

⁸ vgl. Schäfers/Kopp 2006, S. 121

⁹ vgl. Oerter/Dreher 1998, S. 310

¹⁰ vgl. Schäfers 1998, S. 50

und damit körperlichen Veränderungen sind in kaum einem anderen Entwicklungsstadium eines Menschen so tief greifend und bemerkenswert, wie in diesem. Aus diesem Grund soll auch der körperlichen und hormonellen Veränderung, die tief in das Seelenleben und das Verhalten der jungen Menschen greifen, Raum gegeben werden.

Aus biologischer Sichtweise beginnt die Jugendzeit mit der Pubertät. Entsprechend der jeweiligen körperlichen Reife werden durch die Hirnanhangsdrüse Hormone in den Blutkreislauf ausgeschüttet. Der Körper eines Kindes durchläuft dabei tief greifende Veränderungen. Es bilden sich die sog. primären und sekundären Geschlechtsmerkmale heraus. Altersmäßig beginnt die Pubertät in den westlichen Industrieländern bei Mädchen mit 10 bis 12 Jahren, bei Jungen etwa zwei Jahre später. Wobei der Beginn und die Dauer der Pubertät nicht eindeutig festlegbar sind. So kann sie schon im Alter von 8 Jahren einsetzen, manchmal erst mit 16 Jahren beginnen.¹¹ Mit dem Einsetzen körperlicher und hormoneller Veränderungen ändert sich auch das ganze Muster an sozialen Beziehungen. Die körperlichen Veränderungen sind nicht ein Vorgang für sich allein. Sie haben Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung eines Individuums. Die Interessen orientieren sich in vielerlei Hinsicht neu.

Im juristischen Kontext sind eindeutig definierte begriffliche Abgrenzungen für die Handhabung von Gesetzestexten unerlässlich. Eine konkrete und klar definierte Abgrenzung hinsichtlich des Alters lässt sich im Zivil- und Strafrecht widerfinden. Zudem wird Jugend gesetzlich und durch eine altersmäßige Abgrenzung durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) – Sozialgesetzbuch 8. Buch bestimmt.

Laut § 7 SGB VIII ist folgende Begriffsbestimmung zu lesen: „(1) Im Sinne dieses Buches ist 1. Kind, wer noch nicht 14 Jahre alt ist...

2. Jugendlicher, wer 14 aber noch nicht 18 Jahre alt ist,
3. junger Volljähriger, wer 18 aber noch nicht 27 Jahre alt ist,
4. junger Mensch, wer noch nicht 27 Jahre alt ist.“¹²

Dieser juristischen Auslegung liegt einzig und allein eine Abgrenzung durch den Faktor Alter zu Grunde. Ihr fehlt der „Inhalt“, die gesamte Entwicklung in all ihren einzigartigen

¹¹ vgl. Claus u.a. 1996, S. 271

¹² Stascheit 2008, S. 1155

Facetten, die ein Individuum in seinem Leben durchläuft. Nach Oerter und Dreher ist diese Entwicklung durch ein Zusammenspiel biologischer, intellektueller und sozialer Veränderungen gekennzeichnet. Aus dieser Gesamtheit entspringen vielfältige Erfahrungen.¹³ Demnach wird das Jugendalter, aus heutiger Sicht, als besonders wichtiger Lebens- und Entwicklungsabschnitt betrachtet. Allgemein gleichgesetzt wird der Beginn der Jugendphase mit dem Einsetzen der Pubertät.¹⁴ Als abgeschlossen kann sie gelten, wenn das Individuum seine „persönliche und soziale Identität“¹⁵ gefunden hat. Anzeichen dafür können sich in eigenem Einkommen, der Berufsausübung oder in der Gründung einer eigenen Familie niederschlagen. Die damit verbundene „Abnabelung“ vom Elternhaus und der Aufbau der eigenen Lebensperspektive sind in den individuellen Lebensläufen aber immer schwieriger bestimmbar oder klar voneinander abgrenzbar. Durch eine Ausdehnung von Schul- und Ausbildungszeiten verlängert sich die Jugendphase zunehmend und sog. Ablösungsprozesse variieren. Jugendliche verbleiben länger im Schulapparat. Ihre Lebensgeschichte ist vorrangig durch Schule und Ausbildung geprägt.¹⁶ Dies bedeutet auch, dass Jugendliche immer später ins Berufsleben eintreten und ihre ökonomische Selbstständigkeit erlangen. Obgleich diese Post-Adoleszenten bereits erwachsene typische Rollen wie z.B. als Ehepartner und/oder Elternteil einnehmen, sind sie mitunter finanziell unselbstständig und von Eltern oder staatlichen Leistungen bzw. Zuschüssen abhängig.

Der gesellschaftliche Strukturwandel, dem z.B. Familie, Bildung, Freizeit- und Konsumverhalten unterliegen, lässt den einzelnen sozialen Ereignissen immer weniger Raum und Bedeutung zukommen. Sander und Vollbrecht sprechen in diesem Zusammenhang von der Entstrukturierung der Jugendphase und meinen damit, „dass der Übergang ins Erwachsenenleben sich in eine tendenziell zusammenhanglose Abfolge von Teilübergängen ausdifferenziert.“¹⁷ Die geordnete zeitliche Abfolge von Lebenslaufereignissen traditioneller Biografien wird so zunehmend beliebiger. Die Lebensphasen von Kindheit, Jugend und Erwachsenenalter überlappen sich und sind dadurch immer weniger unterscheidbar und verlieren letztendlich an Bedeutung. Der gesamte Lebenslauf wird entdifferenziert und es kommt zur Entstrukturierung jugendspezifischer Verhaltensformen und Orientierungsmuster. Es sind nun immer weniger die soziokulturellen Milieus, sondern vorrangig die Bil-

¹³ vgl. Oerter/Montada 1998, S. 310

¹⁴ vgl. Schäfers 1998, S. 21

¹⁵ ebd. S. 22

¹⁶ vgl. Vogelgesang 2001, S. 24f.

¹⁷ Sander/Vollbrecht 2000, S. 21

dungs- und Ausbildungsinstitutionen sowie Freizeit und Medien, deren Einfluss stetig zunimmt. Der jugendliche Lebensabschnitt wird zu einer eigenständigen Stufe, innerhalb derer sich spezifische soziale Lebensweisen, kulturelle Formen sowie politische Orientierungsmuster ausbilden. Demnach ist Jugend nicht nur Vorbereitungszeit, sondern wird zur verlängerten Lebensphase mit eigener Laufbahnzeit.¹⁸ Jugend demnach als immer noch fest verankerte Statuspassage zu interpretieren, erscheint angesichts der insgesamt hervortretenden Wandlungen, Verschiebungen, Entkopplungen, aber auch diskrepanter Verhaltensanforderungen und dem Nachlassen der Zielsetzung Erwachsener zu werden nicht mehr angebracht.¹⁹

2.3 Zusammenfassende Schlussfolgerung

Wer von Jugend redet, kann das aus vielen Perspektiven und verschiedenen Interessen tun. Je nach Interesse wird die Definition breiter oder schmaler, höher oder tiefer oder aber nur quantitativ ausfallen. Nicht zu erwarten ist, dass es eine einzige und für alle und immer verbindliche Definition herausarbeitet.²⁰ Denn beim Versuch der begrifflichen Klärung muss sich eingestanden werden, dass es den Begriff „die Jugend“ nicht gibt.²¹

Seine Wurzeln hat die Vorstellung des Lebensabschnittes der Jugend bereits in der Antike. Aber erst seit Beginn des 19. Jhd. dehnte sich der Lebensabschnitt, mit der verpflichtenden Einführung von Schule und Ausbildung, immer weiter und beständiger aus. Aus heutiger Sicht umfasst diese Lebensspanne 10, 15 oder auch 20 Jahre. Unsere pluralen und individualisierten Gesellschaften nehmen immer mehr Abstand von vergangenen Vorstellungen, die Jugend in einer klar strukturierten Abfolge und der Verwirklichung eines vorgegebenen Lebensentwurfes sahen. Wilfried Ferchhoff spricht in diesem Zusammenhang von einer „De“- bzw. „Entstrukturierung“ oder von einer „Biographiesierung“ bzw. „Individualisierung“ der Jugendphase.²² Aufgrund ihrer Länge und biografischen Bedeutung hat sie sich, nach Hurrelmann, zu einer signifikanten eigenen Lebensphase mit Schlüsselstellung für den gesamten Lebenslauf entwickelt.²³ „Jugend“ demnach nur als eine Art Übergangsphase zwischen Kindheit und Erwachsensein zu betrachten, wird der Bedeutung dieses Le-

¹⁸ vgl. Sander/Vollbrecht 2000, S. 20

¹⁹ vgl. Ferchhoff 1993, S. 58

²⁰ vgl. Flammer/Alsaker, 2002, S.34

²¹ vgl. Ferchhoff 1993, S. 70

²² vgl. ebd. S. 58

²³ vgl. Hurrelmann 2005 zit. nach Hurrelmann u.a. 2006 S. 32f.

bensabschnittes aus heutiger Sicht längst nicht mehr gerecht. In unseren Vorstellungen wird ihr die Entfaltung der Person, die juristische und sexuelle Reife, die Berufs- und Partnerwahl, ein konsumorientiertes Denken und Handeln und gleichzeitig die Übernahme sozialer Verantwortung zugestanden.

Aus heutiger Sicht, sind zum einen die Möglichkeiten das eigene Leben in diesem Lebensabschnitt zu gestalten im Vergleich zu früheren Jahrhunderten, selbst vergangener Jahrzehnte vielfältiger und weniger durch Tabus begrenzt. Die Fülle aus immer neuen Möglichkeiten zu wählen, scheint fast unbegrenzt, zum anderen wachsen damit auch immer neue Anforderungen an die jungen Menschen. Sie müssen zunehmend eigene Entscheidungen treffen und sich innerhalb der Gesellschaft positionieren. Dabei ist das gesellschaftliche Umfeld, bspw. in Bezug auf die berufliche Orientierung, geprägt durch unklare Zukunftsperspektiven, da sich soziale und wirtschaftliche Bedingungen verändern bzw. verschlechtern und Chancengleichheit immer weiter abnimmt. Unter diesen Vorzeichen scheinen die Schaffung eines eigenen Lebensentwurfes und die Orientierung an beständigen Werten und Normen immer schwieriger und fraglicher.

Die Ausdifferenzierung der Jugendphase in unseren modernen Gesellschaften lässt es zudem schwierig erscheinen, die Lebensphase Jugend von anderen über eine konkrete Alterseinteilung abzugrenzen oder einzuschränken. Hinsichtlich einer Altersabgrenzung, für diese Arbeit, möchte ich mich der Aussage Klaus Hurrelmanns anschließen, der unter sozialisationstheoretischer Perspektive den grundsätzlichen Standpunkt vertritt, „dass eine altersmäßige Festlegung der Jugendphase nicht möglich und nicht sinnvoll“ sei. Allenfalls für den Beginn dieses Altersabschnitts lässt er mit der Geschlechtsreife einen markanten Anfangspunkt zu. Ihr Abschluss und Ende sei dagegen so offen und unbestimmt und so sehr von kulturellen Gegebenheiten abhängig, dass eine generelle altersmäßige Festschreibung nicht viel Sinn mache.²⁴

3. Benachteiligte Jugendliche

Im theoretischen Teil der Arbeit, speziell dann auch in der empirischen Erhebung, befasst sich diese Arbeit spezifisch mit sog. benachteiligten Jugendlichen.

²⁴ Hurrelmann 1994, S. 18

3.1 Der Begriff der Benachteiligung

Dabei suggeriert der Begriff der Benachteiligung in uns bereits erste Vorstellungen und wir verbinden bestimmte Umstände und Einflüsse mit ihm. Die verwendete Begrifflichkeit steht auch in enger Verbindung mit den Lebenswelten und Problemlagen von Kindern und Jugendlichen in ländlichen und strukturschwachen Regionen wie sie unter Kapitel 4 noch gesondert dargelegt werden. Zahlreiche anderweitige Faktoren wie bspw. ein niedriger sozioökonomischer Status, fehlende oder unzureichende Bildungsabschlüsse und daraus resultierende ungünstige Integrationschancen für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, aber auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe oder schwierige und konfliktbehaftete soziale Verhältnisse in der Familie bzw. im sozialen Umfeld können mit diesem Begriff impliziert werden. Auch in diesem Fall ist es wichtig eine begriffliche Klärung vorwegzunehmen.

3.1.1 Begriffsmerkmale

Nach Bisler schließt der Begriff „Benachteiligung“ vorrangig die Begriffsmerkmale „soziale Benachteiligung“ und „individuelle Beeinträchtigung“ mit ein. Diese Herangehensweise an den Benachteiligtenbegriff wird in den Definitionen von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in den Paragraphen 11 und 13 SGB VIII offenbar, denn selbige charakterisieren sich dadurch, „...dass sie Angebote für Kinder und Jugendliche in belastenden bzw. belasteten Lebenslagen entwickelt und bereitstellt, und dass ihr persönlicher Anwendungsbereich durch die Begriffsmerkmale „soziale Benachteiligung“ und „individuelle Beeinträchtigung“ kennzeichnend ist.²⁵

Als **individuelle Beeinträchtigungen** sind nach Bisler alle physischen, und psychischen oder sonstigen persönlichen Beeinträchtigungen zu nennen, die sich individuell entfalten wie bspw. Verschuldung, Delinquenz, Behinderung oder wirtschaftliche Benachteiligung. Da diese jungen Menschen aufgrund von besonderen Problemen, Störungen oder Behinderung in ihrer Entwicklung gefährdet sind, können sie bestimmte Anforderungen und Aufgaben, die die Gesellschaft an sie stellt, nicht erfüllen. Indikatoren hierfür können in besonderer Leistungsschwäche, Verhaltensauffälligkeiten oder Lernbehinderungen liegen. Als individuell beeinträchtigte Menschen gelten sowohl seelisch als auch körperlich Behinderte.²⁶

²⁵ Bisler 2001, S. 121f.

²⁶ vgl. ebd. S. 122f.

Soziale Benachteiligung bezieht sich nicht auf einen naturhaften Zustand, sondern bezeichnet eine „...relative Zurücksetzung von Menschen im Wettbewerb um den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen der Lebensfristung und Lebensgestaltung (z.B. Bildung, Ausbildung, berufliche Position und damit Einkommen)“.²⁷ Als sozial benachteiligt können junge Menschen gelten, wenn sie durch gesellschaftliche Mechanismen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Diese Einschränkung bezieht sich gleichfalls auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und den damit verbundenen Lebenschancen der jungen Menschen. Dies trifft z.B. auf Jugendliche zu, die aus sozial schwachen Familien mit problematischen Lebensverhältnissen kommen, soziale Randgruppen und ethnischen Minderheiten, aber auch auf junge Menschen, die in strukturschwachen Regionen leben.²⁸ Dabei erschwert ihnen auch der familiäre Hintergrund und die allgemeinen sozialen und materiellen Lebensbedingungen den Zugang zu einer schulischen und beruflicher Ausbildung bzw. die Bewältigung der an sie gestellten Anforderungen. Ein erschwerender familiärer Hintergrund kann sich, nach Pütz, in einem schwach ausgeprägtem oder gänzlich fehlendem Unterstützungspotential in bezug auf die Persönlichkeits- und Lebensplanentwicklung der jungen Menschen äußern.²⁹ Diese Einschränkungen, die aus den Lebensbedingungen der jungen Menschen resultieren, hindern die Jugendlichen daran sich eine tragfähige Lebens- und Zukunftsperspektive zu schaffen.

Hauser u.a. thematisieren in diesem Zusammenhang den Begriff der „sozialen Ungleichheit“ und bringen damit die Lebensbedingungen und die daraus resultierenden Lebensziele für das Individuum in enge Verbindung. Sie definieren den Begriff wie folgt: „Unter sozialen Ungleichheiten versteht man diejenigen aus dem Gefüge gesellschaftlichen Zusammenlebens erwachsenden Lebensbedingungen, die es den einen Gesellschaftsmitgliedern besser, anderen weniger gut erlauben, in ihrem Alltagsleben die genannten Ziele (materieller Wohlstand, Sicherheit, persönliches Ansehen, Gesundheit, Integration und persönliche Selbstverwirklichung) zu erreichen.“³⁰ Der Begriff bezieht sich demnach auf objektive Dimensionen, auf die menschliche Lebensziele ausgerichtet sind. Die Einzelnen sind über vorhandene Ressourcen (z.B. Einkommen, Bildung, Gesundheit) hinaus auf die subjektive Nutzung von Chancenstrukturen angewiesen, um bestimmte Lebensziele zu erreichen. Subjektive Einstellungen sind dagegen für die Bestimmung von „sozialer Ungleichheit“

²⁷ ebd. S. 122

²⁸ ebd. S. 122

²⁹ Pütz 1993, S. 88

³⁰ Hauser u.a. 1996, S.131

von untergeordneter Bedeutung.³¹ In diesem Ansatz werden wichtige Indikatoren der sozialen Lebenswelt gebündelt, in welches Statuspositionen und Lebensziele miteinbezogen werden, um die Dimensionen der sozialen Ungleichheit hervorzuheben. Soziale Ungleichheit ist eine unterschiedliche Verteilung von Statuspositionen. Die Ressourcen eines jeden Individuums ermöglichen es dem Einzelnen, die erreichte Statusposition zu verändern. Je größer die Fähigkeit ist, die Ressourcen auszubauen bzw. selbige zu vermehren, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit bestimmte Lebensziele (z.B. Wohlstand, Integration) auf einem höheren Niveau zu erreichen. Der beschriebene Ansatz verbindet Dimensionen wie Bildungs-, Arbeits- und Wohnbedingungen miteinander, aber auch regionale Gegebenheiten.

Dimensionen sozialer Ungleichheit	Lebensziele
Bildung	Wohlstand
Arbeitsplatz	Sicherheit
Einkommen	Ansehen
Vermögen	Gesundheit
Wohnbedingungen	Selbstverwirklichung
Infrastrukturbedingungen	Autonomie
Umweltbedingungen	Integration
Soziale Absicherung	
Ungleichbehandlung	

Abbildung 1: Dimensionen sozialer Ungleichheit

Quelle: Hauser u.a. 1996, S. 131

Die in Abbildung 1 dargestellten Dimensionen der sozialen Ungleichheit verdeutlichen die Positionen der Einzelnen und deren Konsequenzen. Verschiedene Positionen innerhalb der Dimensionen sozialer Ungleichheit können kumulieren, sich in ihrer Wirkung aufheben oder verstärken. Die kumulierte negative Wirkung von schlechten Arbeits-, Wohn- und Freizeitbedingungen schlägt sich meist in einer Absenkung der Lebensziele nieder.³²

3.2 Zur Zukunft jugendlicher Systemverlierer im deutschen Bildungssystem

Die Zahl der Schulabgänger wird, aufgrund des demografischen Wandels, in den nächsten Jahren immer weiter abnehmen. Bereits 2012 fehlen der Wirtschaft nach einer Schätzung der Vereinigung der Unternehmensverbände in Mecklenburg-Vorpommern im Land ca. 2900 junge Menschen für die Berufsausbildung. Im vergangenen Jahr gingen noch rund

³¹ ebd. S. 131

³² ebd. S. 132

15.000 Jugendliche in die Ausbildung, 2007 waren es mehr als 16.000 gewesen. Für das Jahr 2012 sind noch 10.300 Schulabgänger zu verzeichnen. Werden nun diejenigen abgezogen, die zum Studium, Bundeswehr oder Zivildienst gehen, bleiben 6100 für die Berufsausbildung im Land Mecklenburg-Vorpommern. Der Bedarf ist mit 9000 Ausbildungsplätzen weitaus größer. Ein Aufwärtstrend ist derzeit jedoch nicht in Sicht, und die Prognose bleibt düster. Schon 2020 drohen im Land 100.000 Erwerbstätige zu fehlen, darunter auch viele Akademiker, denn im Land machen immer weniger junge Menschen Abitur und studieren. Nach ca. 7300 Studienanfängern 2008 würden für das Jahr 2012 nur noch 3000 erwartet.³³ Diese Situation der mittlerweile vorhandenen und freien Ausbildungsstellen und fehlender Bewerber trifft nicht für alle jungen Menschen zu. Auch unter veränderten Marktbedingungen verbleiben Jene, die nicht ohne weiteres in das System der betrieblichen Berufsausbildung integriert werden können.

„Jährlich verlassen deutschlandweit um die zehn Prozent der Abgänger die Schulen ohne einen Abschluss.“³⁴ Jugendliche, die die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen, haben es besonders schwer, weil sie so, oft schon zu Beginn ihres beruflichen Lebens, in eine nahezu aussichtslose Lage geraten. Verfestigen sich Misserfolgserlebnisse, droht ihnen die Gefahr ins „gesellschaftliche Abseits“ zu geraten. Die Möglichkeiten, die sich den jungen Menschen dann nur noch bieten, liegen im besten Fall in unterschiedlichen Beschäftigungsangeboten.³⁵ Nach Auslaufen dieser Beschäftigungsmaßnahmen werden die Beteiligten oft wieder in die Arbeitslosigkeit entlassen, aus der sie gekommen waren. Der Kreislauf beginnt wieder von vorn. Denn „ohne qualifizierte Ausbildung und nach mehrjähriger Arbeitslosigkeit oder Beschäftigung in Beschäftigungsmaßnahmen haben die wenigsten Betroffenen eine Chance, noch einmal auf den 1. Arbeitsmarkt in eine qualifizierte Tätigkeit zurückzukehren.“³⁶

Jugendlichen, die generell, aufgrund individueller bzw. sozialer Benachteiligung, nicht in ausreichendem Maß als arbeits- und berufsfähig definiert werden, hat es bereits zu Zeiten einer besseren Beschäftigungslage gegeben. Hier konnten Firmen und Betriebe diese Jugendlichen zumindest tendenziell tragen und vorbereiten. Dagegen wird in diesen Zeiten auf immer rationellerer und zeitsparenderer Basis, und unter wachsendem Globalisierungs-

³³ vgl. Nordkurier 23.3. 2009, S. 5

³⁴ Keler 2008, S. 8

³⁵ vgl. ebd., S. 8

³⁶ Stolz 2008, S. 65f.

druck, gearbeitet und gewirtschaftet. Gerade Arbeitsplätze im Bereich einfacherer Tätigkeiten werden immer knapper. Arbeitstempo, Qualifikations- und Leistungsansprüche sind gestiegen. Wer diesen Kriterien nicht genügt, geht oder fängt gar nicht erst an.³⁷ Ein formales Ausschlusskriterium bei der Vergabe von Lehrstellen sind die besagten fehlenden, aber auch die, als zu niedrig eingestufte Abschlüsse. Sog. „Vorschriften“ ließen demnach einen Vertragsabschluss mit Jugendlichen ohne bzw. niedrigen Schulabschlüssen nicht zu. In anderen Fällen wird der Hauptschulabschluss oder die Berufsreife für ausreichend gehalten, allerdings wird der Wert als solcher in Zweifel gezogen und besondere Ansprüche formuliert und gefordert.³⁸ Die zunehmende Professionalisierung macht an- bzw. ungelernete Tätigkeiten, die gerade für diese jungen Menschen in Frage kommen, immer schwieriger. Den Schritt in die Ausbildungs- und Arbeitswelt zu vollziehen, scheint unter diesen Bedingungen fraglich.

Diese Erkenntnis zur Zukunft „jugendlicher Systemverlierer“ im deutschen Bildungssystem spiegelt noch einmal nachhaltig die Situation individuell, als auch sozial benachteiligter Jugendlicher wieder. Die unter diesem Fokus betrachtete Ausgangssituation der Jugendlichen kann von vielen von ihnen nicht selbst bewältigt werden, sie benötigt vielmehr die Mithilfe der Gesellschaft, indem sie ihnen ergänzende Angebote zur Verfügung stellt - indem sie ihnen noch einmal eine Chance bietet. Dieses Angebot, diese Chance kann in Form von Produktionsschulen, die sich durch ihr Konzept von Bildung durch gesellschaftlich nützliche Arbeit auszeichnen, liegen.

3.3 Produktionsschulen – eine neue Chance

Im folgenden Abschnitt gilt es die Arbeit und das Wirken der Produktionsschule Waren (Müritz) zu beleuchten. Bevor die wichtigsten Konzeptionsgrundlagen der Produktionsschule Müritz dargelegt werden, erfolgt zuerst eine begriffliche Einordnung.

3.3.1 Eine begriffliche Einordnung

Sigrid Keler, die ehemalige Finanzministerin von Mecklenburg-Vorpommern, sieht in den Produktionsschulen nach dänischem Vorbild „nicht nur Instrumente der Benachteiligtenförderung“, sondern auch „ein pädagogisches Prinzip...“, das für viel mehr Jugendliche eine

³⁷ vgl. Steinmetz/Homfeldt/Ries 1994, S. 15

³⁸ vgl. Pütz 1993, S. 80

geeignete Form des Lernens darstellt.“³⁹ Im Gründungstext des Bundesverbandes der Produktionsschulen heißt es: „Die Produktionsschule ist im Kern begrifflich ein Paradox. Produktionsschulen sind nämlich gar keine Schulen, wie man sie sich herkömmlich vorstellt, und sie produzieren auch nicht nur.“⁴⁰ Die CJD-Produktionsschulen besitzen ein „besonderes pädagogisches Konzept, das Arbeiten und Lernen verbindet.“⁴¹ Die Verbindung von Arbeit und Lernen ist dabei kein Widerspruch, sondern entspricht der konzeptionellen Grundlage. Ministerialreferent a.D. Eberhard Schulte formulierte im Hinblick auf die aktuelle Einordnung der deutschen Produktionsschulen folgende Definition: „... Produktionsschulen sind das geeignetste Instrument, um den wachsenden Integrationsproblemen von immer mehr Jugendlichen im Übergangsbereich Schule – Berufsausbildung – Beschäftigung wirksam zu begegnen. Mit Produktionsschulen können die gravierenden Struktur-schwächen und die aus ihnen resultierenden Effizienzdefizite in der Berufsvorbereitung überwunden werden.“⁴² In der Bundesrepublik gibt es derzeit etwa 40 bis 50 Produktionsschulen, die sich durch die begriffliche Zuordnung, inhaltliche sowie pädagogisch-didaktische Ausgestaltungen differenzieren. Der Schulleiter der Produktionsschule Waren (Müritz) Holger Kiehn definiert diese Schule als: „...eine Schule, die für viele Jugendliche da ist, die Probleme bei der Integration in eine Erwerbstätigkeit haben, und somit werden Jugendliche angesprochen, die

- einen Schulabschluss erwerben wollen,
- eine berufliche Orientierung oder Neuorientierung suchen,
- die Hilfe beim Einstieg in eine Erwerbstätigkeit benötigen,
- die studieren wollen, aber noch nicht wissen was.“⁴³

Eine gesetzliche Zuordnung ist schwierig, da sich wichtige Kriterien der Produktionsschulen unter bestimmten Finanzierungsgrundlagen (SGB II, SGB III) nur schwer realisieren lassen.

3.3.2 Die Produktionsschule Waren (Müritz)

Die Produktionsschule Müritz wurde im Jahr 2001 geründet. Die Einrichtung versteht sich als „ein flexibles, ergänzendes und regionales Angebot an der Schnittstelle beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung. Die Einrichtung orientiert sich an den Modellen der

³⁹ Keler 2008, S. 9

⁴⁰ Gründungstext Bundesverband Produktionsschulen 2007 zit. nach Kiehn, 2008a, S. 17

⁴¹ Hühnerbein 2008, S. 5

⁴² Denkschrift „Produktions-Schulen“ 2006 zit. nach Kiehn 2008, S. 20

⁴³ Kiehn 2008a, S. 22

dänischen Produktionsschulen. Wichtige Strukturen, inhaltlich-lernorientierte Arbeitsverfahren und didaktisch-methodisches Vorgehen wurden aus Dänemark übernommen.“⁴⁴ Dabei prägt die Kombination aus Marktorientierung, Produktion und Lernen die pädagogische Arbeit nachhaltig. Zum einen profitieren die Jugendlichen von der Anerkennung, die ihrer täglichen Arbeit zu Teil wird, zum anderen erleben sie den Sinn und Zweck theoretischer, als auch sozialer Lernanforderungen. Zu den Grundzielen, für die Arbeit in diesen Schulen gehören:

- soziale Stabilisierung des Jugendlichen
- soziale Kompetenzen des Jugendlichen entwickeln, stärken und erhalten
- eigene Interessen und Fähigkeiten für eine Erwerbstätigkeit des Jugendlichen entwickeln
- Mut machen für Neues
- Spaß am Lernen wiederentdecken

Dabei spielt die individuelle Verbindung von Theorie und Praxis eine vorrangige Rolle, selbige soll auf den einzelnen Jugendlichen für die weitere Bildungsarbeit eine motivierende Wirkung ausüben. Auf diesem Weg sind nicht die hergestellte Ware bzw. die bereitgestellte Dienstleistung das eigentliche „Produkt“ der Produktionsschule, sondern der Jugendliche selbst. Aufgrund dieser Entwicklungsgänge sollen der Einstieg bzw. die Wiedereingliederung der Jugendlichen in Arbeit, Ausbildung oder schulische Prozesse erfolgen.⁴⁵

Die Jugendlichen, die die Angebote der Produktionsschule nutzen, sind in der Regel zwischen 15 und 21 Jahre alt und müssen sich für die Aufnahme dort bewerben.

Dabei richtet sich die CJD Produktionsschule Müritz an folgende Zielgruppen:

- Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht oder nicht mehr in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit eingebunden werden können. Diesen Jugendlichen fehlt meist ein Schulabschluss. In Berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit lassen sich diese Jugendlichen nicht problemlos aufnehmen.
- Jugendliche mit einem Schulabschluss können ebenfalls das Leistungsangebot der Produktionsschule in Anspruch nehmen, dies gilt z.B. für Jugendliche, die keinen

⁴⁴ Kiehn 2008b, S. 25

⁴⁵ vgl. ebd. S. 26

Ausbildungsplatz gefunden haben, eine Ausbildung vorzeitig beendet haben oder sich beruflich neu orientieren wollen.⁴⁶

Namentlich sind drei Gestaltungselemente anzuführen: **Marktorientierung**, **Individualität** und **Duale Leitung**. Die Gestaltungselemente, die sich an den Konzepten der dänischen Produktionsschulen orientieren, sollen im Folgenden dargestellt werden.

3.3.2.1 Marktorientierung

Die Produktion von Dingen und die angebotenen Dienstleistungen unterliegen den marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Zudem werden wichtige Lernprozesse über die Produktion und den Verkauf vermittelt. In diesem Prozess ergänzt sich klassische Wissensaneignung mit sozialem Lernen. In diesem Zusammenhang erfährt der Jugendliche den Wert seiner Tätigkeit, zudem kann er eine Vielzahl von Lernprozessen selbst steuern. Auf diese Weise bietet die Produktionsschule reale technische Bedingungen sowie soziale Betriebsstrukturen an. Die Jugendlichen sind dabei in alle Prozesse eingebunden und erlangen u. a. Kenntnisse in die Produktvermarktung, Produktherstellung, Kundenbetreuung und Verkauf. Die Werkstätten sind die didaktischen, pädagogischen und wirtschaftlichen Zentren der Produktionsschule. Über die Werkstattbereiche werden die pädagogischen und inhaltlichen Aufgaben der Produktionsschule geregelt. Sie verbinden die Eckpunkte Arbeitsort – Lernort – Lebensort. Die einzelnen Lernprozesse finden über die Produktionsprozesse statt, somit erfolgt keine Trennung zwischen Lern- und Arbeitsort. Zudem werden die Werkstattpädagogen zu zentralen Anlaufstellen in der gesamten Arbeit. Alle pädagogischen Prozesse werden an eine Person gebunden. Auf eine klassische sozialpädagogische Begleitung wird bei diesem Ansatz verzichtet. Das Aufgabenspektrum umfasst damit alle sozialen, wirtschaftlichen und pädagogischen Faktoren. Verantwortlich sind die Werkstattpädagogen für die (wirtschaftliche) Entwicklung der Werkstatt (Produktentwicklung, Produktherstellung, Vermarktung, Wirtschaftlichkeit, Einkauf, Kundenbetreuung und Budgetgestaltung), aber auch für alle sozialpädagogischen Fragen (Case-Management, Elternkontakt, Freizeitgestaltung, schulische Förderung usw.).⁴⁷

3.3.2.2 Individualität

Die gesamte pädagogische Arbeit in der Produktionsschule orientiert sich an den Bedürfnissen der Jugendlichen. Dies bedeutet, dass jeder einzelne junge Mensch seinen eigenen,

⁴⁶ vgl. ebd. S. 26

⁴⁷ vgl. ebd. S. 27f.

individuell auf ihn zugeschnittenen Lehrplan hat. Individuelle Stärken und Schwächen werden so berücksichtigt, um ein persönliches Lebens- und Lernkonzept zu erarbeiten. Dies äußert sich bereits in der Möglichkeit ganzjährig, durch eine Bewerbung, in die Produktionsschule einzusteigen. Das Team der Mitarbeiter entscheidet dann gemeinsam über eine Aufnahme in die Produktionsschule. Wichtig ist hierbei, dass die Bewerber klare Zielstellungen für die eigene Entwicklung formulieren können, um so eine positive Ausgangssituation für die gemeinsame Arbeit zu schaffen. Mit der Schulaufnahme geht eine individuelle Vereinbarung mit dem Jugendlichen (bei unter 18-Jährigen mit den Personensorgeberechtigten) über die Zielformulierung für den Schulbesuch einher. Eine zeitliche Maßnahmeregelung gibt es dabei nicht. Die CJD Produktionsschule Müritz versteht sich als Ganztagsinstitution, dabei sind Lern- und Arbeitszeiten für die Teilnehmer für 40 Stunden wöchentlich definiert. Zusätzliche Angebote gibt es für die Bereiche: Freizeit- und Erlebnispädagogik, Kultur und Kunst, Politik und Umwelt. Zudem bietet die Schule auch eine Vielzahl von unterstützenden Angeboten an. Die Qualifizierung der Teilnehmer erfolgt unterhalb von Ausbildung. Die Jugendlichen können berufliche Lernbausteine absolvieren, also berufliche Zusatzqualifikationen und allgemeinbildende Qualifikationen erwerben. Für ihre Lern- und Arbeitstätigkeit erhalten sie ein Taschengeld von 5 Euro pro Tag, der Erhalt des Geldes ist durch Anwesenheit zu erlangen und leistungsorientiert. Diese Regelung schließt auch motivierende Bonuszahlungen nicht aus. Neben dem täglichen gemeinsamen Essen von Werkstattpädagogen und Jugendlichen, finden bei dieser Gelegenheit auch Geburtstagsfeiern und Informationsveranstaltungen statt.⁴⁸

3.3.2.3 Duale Leitung

Die CJD Produktionsschule Müritz wird dual geleitet. Während der Träger der Schule die pädagogische, finanzielle und personelle Verantwortung für die Schule trägt, wurde zusätzlich ein Wirtschaftsbeirat als schultragendes Leitungs- und Wächterorgan der regionalen Wirtschaft betraut und dieser übernimmt vorrangig zwei Aufgaben:

- Verhinderung der Wettbewerbsverzerrung durch Produkte und Dienstleistungen der Produktionsschule
- Ausbildungs- und Praktikantenbrücke zur Wirtschaft.

In einer Ordnung des Beirates ist u.a. folgendes festgelegt:

⁴⁸ vgl. ebd. S. 29f.

- Der Beirat vertritt die Produktionsschule neben der Schulleitung des Trägers gegenüber Politik und Öffentlichkeit und berät die Schulleitung bei der inhaltlichen Arbeit.
- Die Schulleitung der Schule schlägt dem Beirat Produktrichtungen, Produkte und Preise vor. Die Umsetzung bedarf der Zustimmung des Beirates.
- Halbjährlich lässt sich der Beirat durch Berichte über die Arbeit der Produktionsschule unterrichten und klärt grundsätzliche Fragen und Probleme, die auftreten.

Die Wächterfunktion der Wirtschaft besteht darin, Produkte und Dienstleistungen sowie deren zu erwirtschaftenden Preise am Markt so festzulegen, dass:

- der geförderten Produktionsschule kein Wettbewerbsvorteil entsteht,
- kein anderer Anbieter vergleichbarer Erzeugnisse vom Markt verdrängt wird,
- Betrieben, die Dienstleistungen der Schule annehmen, kein zusätzlicher wirtschaftlicher Gewinn entsteht.⁴⁹

Dieser Beirat, der alle wirtschaftlichen Aktivitäten der Schule mitbestimmt, Entwicklungsprozesse begleitet und als Interessenvertreter der Einrichtung mitwirkt, setzt sich für die Produktionsschule Müritz aus folgenden Interessenvertretern zusammen: IHK Neubrandenburg, Kreishandwerkerschaft Demmin-Müritz, Kreisbauernverband Müritz, DEHOGA – Regionalvertretung Müritz, Landesfischereiverband M/V, Unternehmerverband Müritz-Strelitz, Landesregierung M/V, ARGE Müritz, Landkreis Müritz, Deutscher Gewerkschaftsbund, CJD Waren (Müritz). Die Stimmenmehrheit im Beirat haben die Interessenvertreter der regionalen Wirtschaft. Aus den Kreisen des Beirats wurde ein Vorsitzender gewählt, der dem Schulleiter gleichgestellt ist.⁵⁰

3.3.3 Die Finanzierung der Produktionsschule

Produktionsschulen sind Einrichtungen der Jugendberufshilfe und wenden sich vorrangig an die Altersgruppen der 15- bis 20-Jährigen, indem sie Angebote zur Integration in die Berufsausbildung bzw. dem ersten Arbeitsmarkt unterbreiten und überwiegend aus der öffentlichen Hand finanziert werden. An der Finanzierung beteiligen sich der Europäische Sozialfonds, der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe und/oder der Träger der

⁴⁹ vgl. Wergin 2008, S. 43f.

⁵⁰ vgl. Kiehn 2008b S. 32

Grundsicherung nach dem SGB II und die Schule selbst durch den Erlös ihrer Produkte und Dienstleistungen.⁵¹

3.3.4 Die Werkstätten der Produktionsschule

In den didaktischen Zentren der Produktionsschule werden alle wesentlichen Arbeits- und Lernprozesse realisiert. Die jungen Menschen erfahren, durch das Anbieten und den Verkauf von Waren und Dienstleistungen, Anerkennung und Wertschätzung. Innerhalb der Werkstattbereiche können sie zwischen den unterschiedlichen Bereichen wählen und sich für ein Tätigkeitsfeld entscheiden, um dort länger und kontinuierlich arbeiten zu können. Zu den Werkstätten in der CJD Produktionsschule Müritz gehören die Bereiche:

- Forst und Fischerei
- Handel und Verkauf
- Landwirtschaft, Garten und Landschaftspflege
- Musische Werkstatt
- Büro und Medien
- Holzwerkstatt

Die ganzjährige Einbindung in regionale Wirtschaftsstrukturen ist die Grundlage für eine Vielzahl von vernetzten Lern- und Arbeitsfeldern. In den Werkstätten werden verschiedene Produktions- und Dienstleistungsangebote vorgehalten. Die Einordnung erfolgt in die Stufen: **Grundproduktion** und **Einzelproduktion**. Die Angebote für die Grundproduktion sichern die täglichen Arbeitstätigkeiten und gewährleisten eine kontinuierliche Beschäftigung der Jugendlichen, dabei handelt es sich um Vertragsleistungen, langfristige Kundenaufträge, In-House-Produkte (z.B. Verwaltungsarbeit, tägliche Essensversorgung). Einzelprodukte bzw. die Bearbeitung von Einzelaufträgen beinhalten immer wieder verschiedene Lernelemente und machen Strukturen einer Produktentwicklung nachvollziehbar. Hierzu zählen u.a.: Produktentwicklung, Produktvermarktung, Einbindung selbst gesteuerter Lernprozesse. Dabei orientieren sich die Produktionslinien der Produktionsschule an den regionalen Wirtschaftsstrukturen und dem regionalen Bedarf.⁵²

⁵¹ vgl. Wergin 2008, S. 46f.

⁵² vgl. Kiehn 2008b, S. 32ff.

3.3.5 Die Werkstattpädagogen

Die Begrifflichkeit des „Werkstattpädagogen“ wurde in der CJD Produktionsschule Müritz geprägt. Bewusst wird auf die personelle Mitarbeit von Sozialpädagogen verzichtet, denn alle pädagogischen Prozesse werden an den Werkstattpädagogen gebunden. Die fachliche pädagogische Begleitung obliegt dem Träger der Einrichtung. Die Mitarbeiter sind verantwortlich für alle ökonomischen Prozesse in der Werkstatt (Produktentwicklung, Kundenakquise, Vermarktung, Materialeinkauf), für die pädagogische Arbeit (Einzelfallarbeit), für die Elternkontakte, für das Freizeitangebot, für die Zusammenarbeit mit Institutionen und Trägern, aber auch für die verantwortliche Mitarbeit bei der Vorbereitung auf entsprechende Schulabschlüsse. Diese Aufgaben stellen besondere Ansprüche an die Bereitschaft und das persönliche Engagement der Pädagogen. Durch den Träger der Schule haben die Pädagogen die Möglichkeit, Weiterbildungen im sozialpädagogischen Bereich zu besuchen. Der Fokus der Arbeit liegt aber grundsätzlich in der Teamarbeit. Das Team ist multifunktional zusammengesetzt, um den beschriebenen Ansprüchen des Konzeptes Rechnung zu tragen. Dazu gehören regelmäßige Teamsitzungen, die Teilnahme an Fortbildungen und externen Beratungen.⁵³

3.3.6 Die Bildungsangebote

Die Produktionsschule hält eine Vielzahl von Bildungsangeboten vor, um es den Jugendlichen zu ermöglichen, erfolgreich eine Ausbildung oder Beschäftigung aufzunehmen. Es besteht die Möglichkeit hier Schulabschlüsse nachzuholen. Das Schulgesetz von Mecklenburg-Vorpommern dient dafür als Grundlage. In der Produktionsschule erfolgt die Vorbereitung auf die Prüfungen zur Berufsreife oder der Mittleren Reife. Der Unterricht verknüpft dabei die schulischen Lernaufgaben mit den Produktionsaufgaben und erfolgt in der Produktionsschule, wobei neben den Fachlehrern auch die Werkstattpädagogen in die Vermittlung von theoretischen Unterrichtsthemen eingebunden sind. Das Konzept der Schule soll es den Jugendlichen ermöglichen, ihr theoretisch erworbenes Wissen in Verbindung mit der Praxis wiederzufinden. Dabei sind zusätzliche, berufsbezogene Lernangebote das Bindeglied zwischen theoretischer Wissensvermittlung und produktiver Arbeit. So wurden für jeden Werkstattbereich entsprechende Lernbausteine entwickelt, die sich aber von den zertifizierten Qualifizierungsbausteinen unterscheiden. Zusätzlich zu den Lernbausteinen haben sie weitere Lernangebote zu nutzen, dazu gehören u.a.: der Erwerb des Gesundheitspasses, die Teilnahme am Grundkurs „Erste Hilfe für den Führerschein“ und

⁵³ vgl. ebd. S. 35f.

der Erwerb eines anerkannten Zertifikats „Babysitter“. Zusätzlich werden auch Angebote aus den Bereichen Politik, Kunst und Kultur, Sport und Religionspädagogik vorgehalten.

3.3.7 Qualitätssicherung

Um die Qualitätssicherung der Arbeit in der CJD Produktionsschule Müritz zu sichern, findet einmal im Monat ein regelmäßiger „Teamtag“ statt. In einer Kombination aus interner Fortbildung, Beratung, Fallbesprechung und Zielformulierungen für pädagogische und betriebliche Aufgaben werden in einem Controlling alle Kernelemente für die Arbeit der Mitarbeiter zusammengefasst. Als weiteres Grundelement der Qualitätssicherung werden die jährlichen Personal- bzw. Zielvereinbarungsgespräche mit allen Mitarbeitern der Einrichtung angesehen. Diese Vereinbarungen erfolgen schriftlich. Auch die intern organisierten Weiterbildungen sowie die Möglichkeiten der Nutzung regionaler und überregionaler Fort- und Weiterbildungsangebote dienen der Qualitätssicherung. Durch die Landesregierung ist die Produktionsschule zusätzlich in eine wissenschaftliche Begleitung durch die Universität Hannover eingebunden.⁵⁴

3.8 Zusammenfassende Schlussfolgerung

Der Begriff „Benachteiligung“ wurde im Vorfeld durch die vorrangigen Begriffsmerkmale „soziale Benachteiligung“ und „individuelle Beeinträchtigung“ charakterisiert. Ihre Auswirkungen werden generell unter dem Aspekt von belastenden bzw. belasteten Lebenslagen eingeordnet bzw. einhergehen.

In diesem Zusammenhang ist die soziale Benachteiligung anzuführen, deren „Relation in Gestalt einer Diskrepanz zwischen Anforderungen, die im Rahmen gesellschaftlicher Systeme die Voraussetzungen der Verwirklichung durch sie vermittelter Lebenschancen definieren und den einer Person zur Verfügung stehender kulturellen und sozialen Ressourcen.“⁵⁵ „Soziale Benachteiligungen werden immer dann vorliegen, wenn eine altersgemäße gesellschaftliche Integration nicht wenigstens durchschnittlich gelungen ist.“⁵⁶ Dies trifft zumeist auf Jugendliche zu, mit niedrigem bzw. nicht vorhandenem Schulabschluss, Absolventen eines Berufsvorbereitungsjahres, Ausbildungsabbrechern, Langzeitarbeitslosen u.a..

⁵⁴ vgl. ebd. S. 36ff.

⁵⁵ Bisler 2001, S. 122

⁵⁶ ebd. S. 122

Die Ausstattung mit dem Rohstoff „Bildung“ wird in unserer Wissensgesellschaft als ein wichtiges Kriterium, ein besonderes Gut und gleichzeitig als Voraussetzung angesehen, um in der heutigen Gesellschaft zu bestehen. Während in vergangenen Zeiten der Bedarf an einfachen Tätigkeiten ungleich höher war, gilt im 21. Jahrhundert „Wissen“ als gesellschaftliche Schlüsselressource, die die Grundlage von Kultur, sozialer Anerkennung und wirtschaftlichem Erfolg bildet. Junge Menschen, die dieses Kriterium nur bedingt vorweisen können, sich also durch den Nachweis formaler und höherer Bildungsabschlüsse auszeichnen können, geraten beim Übergang ins Erwerbsleben oft in eine prekäre Lage. Ihre Chancen sind ungleich geringer eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz zu erhalten, um sich damit eine tragfähige Lebensperspektive aufzubauen.

Für diese Jugendlichen können ergänzende Angebote nützlich sein. So ein Angebot kann in Form von Produktionsschulen liegen, die aufgrund ihres pädagogischen Konzeptes Wissensvermittlung mit praktischen Fähigkeiten verbindet. Besonders für Jugendliche, die mit dem konventionellen Lernen Schwierigkeiten haben, aber über gute praktische Fähigkeiten verfügen, ist dies eine Möglichkeit sich auf den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt vorzubereiten, und sich für selbigen zu empfehlen. Denn die Bedingungen in den Werkstätten sind praxisnah und an reale Aufträge gebunden.

Dennoch kann das pädagogische Konzept von Produktionsschulen, wie es am Beispiel der Produktionsschule Waren (Müritz) dargelegt wurde, nur ein Stück weit und in begrenzter Anzahl die Jugendlichen auffangen. Die gesellschaftliche Grundlage muss mehr denn je und sehr viel früher in der individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen zu finden sein. Dabei muss verstärkt das Augenmerk auf Ressourcenorientierung und Interessenförderung gelenkt werden, ein stark defizitorientierter Ansatz ist in diesem Zusammenhang nicht die optimale Vorgehensweise.

4. Zur Situation Jugendlicher in ländlichen Lebensräumen

4.1 Der Charakter des ländlichen Raumes

Ländliche Räume präsentieren sich heute nicht mehr nur als land- und forstwirtschaftlich geprägte Regionen. Zum einen sind es die öden, trostlosen, abgelegenen und verlassenenen

Orte, zum anderen sind sie zentrumsnahe, attraktive und damit begehrte Wohnstandorte mit Erholungscharakter. So definiert z.B. die vom Europarat verfasste Europäische Charta den ländlichen Raum als: „ein Gebiet im Landesinneren oder an der Küste, einschließlich Dörfern und Kleinstädten..., in denen der größere Teil der Fläche für folgende Zwecke genutzt wird: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Aquakultur und Fischerei; wirtschaftliche und kulturelle Tätigkeit der Einwohner des betreffenden Gebiets (Handwerk, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen usw.); Herrichtung nichturbaner Gebiete für Freizeit und Erholung (oder als Naturschutzgebiete); andere Zwecke wie z.B. als Wohnraum.“⁵⁷ Ländlicher Raum bietet den Menschen Lebensqualität, diese nutzen nicht nur Familien mit Kindern, auch als Alterswohnsitz oder Feriendomizil bietet die ländliche Region attraktive Möglichkeiten. Diese Lebensqualität ist jedoch entscheidend von der Situation der regionalen Wirtschaft und des regionalen Arbeitsmarktes abhängig. In ungünstigen Konstellationen treffen hier eine extrem niedrige Bevölkerungsdichte, eine unzureichende Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur, ein eingeschränktes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln und die fehlenden gewerblichen Betriebe, zusammen.⁵⁸

Überraschend viele junge Leute identifizieren sich mit ihrem Dorf und ihrer Region und schätzen die Vorteile ländlicher Räume.⁵⁹ Den jungen Menschen steht heute genauso der Zugang zu unterschiedlichen Berufs- und Freizeitbestrebungen bzw. einer vielfältigen Medienlandschaft zur Verfügung wie Jugendlichen im städtischen Bereich. Trotzdem ist ihre Lebenswelt weiter von der besonderen Alltagswirklichkeit des ländlichen Raumes zwischen Moderne und Tradition bestimmt. Urbanmoderne Lebensperspektiven prägen ihren Entwicklungshorizont. Ob sie die Perspektiven verwirklichen können, hängt zum Teil davon ab, ob sie in die alltägliche Lebensführung umgesetzt werden können, die von der besonderen Beschaffenheit der ländlichen Sozialwelt bestimmt ist. Jugendliche im ländlichen Raum leben in „zwei Welten“: zum einen prägen sie die Leitbilder und Normen der modernen Industriegesellschaft, die sich über Bildung, Beruf, Medien, Freizeit und Konsums definiert. Auf der anderen Seite begegnet ihnen eine Welt der ländlichen Kontrolle, der Durchgängigkeit der alltäglichen Lebensbereiche, der Tabus und der traditionellen Selbstverständlichkeiten, aber auch der Vertrautheit, Geborgenheit und sozialen Sicherheit.

⁵⁷ Faulde/Hoyer/Schäfer 2006, S.12

⁵⁸ vgl. ebd. S. 13

⁵⁹ ebd. S. 14

Dabei gibt es für viele dieser Jugendlichen kaum Vorbilder für das Leben zwischen diesen Welten, immer noch zu wenig Räume, in denen sozial und kulturell etwas anderes ausprobiert oder mit neuen Lebensformen experimentiert werden kann.⁶⁰ Ihre Suche nach eigenen Mustern der Lebensgestaltung und -bewältigung wird bestimmt von den Ansprüchen ihres Sozialraumes, von dem sie sich meist nur schwer lösen können und dem Streben nach Selbständigkeit. Abweichend von großstädtischen Gebieten leben die Jugendlichen unter anderen sozialen, räumlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die ihre Einstellungen und ihr Verhalten prägen. Die Entwicklungsbedingungen des ländlichen Raumes bestimmen im positiven und negativen Sinne die alltägliche Lebensführung und die Lebenswelten⁶¹.

4.2 Die Lebenswelten der Jugendlichen in ländlich geprägten Regionen

Den Zusammenhang von ländlicher Lebenswirklichkeit und die Lebenswelt von jungen Menschen, gilt es hier näher zu beleuchten.

Abwanderung, sinkende Geburtenzahlen und steigende Lebenserwartungen führen zu Konfliktfeldern. Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf unsere Gesellschaft hinterlassen besonders deutlich in ländlich geprägten Regionen ihre unübersehbaren Spuren. Sehr vereinfacht dargestellt, bedeutet dies, dass in Zukunft in unserer Gesellschaft immer mehr ältere Menschen und immer weniger jüngere Menschen leben werden.

Diese Tatsache soll Tabelle 1 nachträglich verdeutlichen. In dieser Darstellung handelt es sich, um Daten aus dem Landkreis Demmin⁶².

Personen insgesamt: 83.5000

unter 6-Jährige	4,3%
6- bis 15-Jährige	6,5%
15 bis 18-Jährige	2,9%
18 bis 25-Jährige	8,9%
25 bis 30-Jährige	5,2%
30 bis 40-Jährige	10,8%

⁶⁰ vgl. Böhnisch, 1988, S. 9 zit. in Bühler/Carstens, 1991, S. 12

⁶¹ vgl. Blanc/Böhnisch, 1985, S. 290f. zit. in Bühler/Carstens 1991, S. 11

⁶² Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

40 bis 50-Jährige	18,9%
50 bis 65-Jährige	20,2%
65 Jahre und älter	22,2%

Tabelle 1: Bevölkerung nach Altersgruppen im Landkreis Demmin (Stand: 31.12.2007)

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Durch die geringe Repräsentanz in der Öffentlichkeit geraten die Interessen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen in einen Minderheitenstatus. Es besteht die Gefahr, dass kommunalpolitische Entscheidungen zunehmend aus der Sicht der älteren Bürger getroffen werden. Die Jugend bleibt bei der Verteilung von Ressourcen unberücksichtigt. Erschwerend kommt hinzu, dass die finanzwirtschaftliche Lage der öffentlichen Haushalte angespannt ist. Ämtern und Kommunen bleiben, bei sinkenden Einnahmen, auf hohen Kosten für eine mittlerweile überdimensionierte Infrastruktur sitzen. Vielerorts können sie nur durch weitere Verschuldung ihre laufenden Ausgaben decken. Sparmaßnahmen treffen dann zuerst die freiwilligen Leistungen, die eine Gemeinde erbringt. Die Folge ist, dass soziale und kulturelle Ausgaben zunehmend eingeschränkt werden müssen. Freiwillige Investitionen beinhalten z.B. die Bezuschussung von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Kindertagesstätten oder auch die Bezuschussung regionaler Vereine.

Vereinen wird traditionell eine hohe Integrationsfähigkeit zugesprochen, sie sichern „die Kontinuität der ländlichen Gemeinschaft“. Jugendliche nutzen den Eintritt in die Vereinswelt, weil sie dort Gleichaltrige finden können. Sie schätzen die Gelegenheits- und Treffpunktstruktur, die der Verein ihnen bietet.⁶³ So wird zum einen die Vielzahl an Vereinen, die das kulturelle Leben in der ländlichen Region mitbestimmen, abnehmen, da sich auch die Mitgliederzahlen verringern. Zum anderen fehlt es den Jugendlichen an Gleichaltrigen in ihrem sozialen Umfeld und damit an Lern- und Erfahrungswerten. Dies bedeutet in seiner Gesamtheit belastende Sozialisationserfahrungen und ungünstige Lebens- und Lernbedingungen für die Kinder und Jugendlichen.

Ein weiterer Aspekt der Verschärfung jugendlicher Problemlagen beinhaltet neben der Verschlechterung der Freizeitmöglichkeiten, auch Einschnitte in das Bildungsniveau. Hervorgerufen wird dieser Zustand durch die Tatsache, dass die öffentlichen, privaten und freien Anbieter, sowohl im Freizeit-, als auch im Bildungsbereich, ihre Angebote anpassen

⁶³ vgl. Böhnisch/Funk, 1989, S. 210 ff.

und sich aus strukturschwachen Gebieten zurückziehen. Die jugendorientierte Infrastruktur wird so immer weiter beschnitten. Dieser Vorgang ist allerdings nicht neu. Ende der 1960er/ Anfang der 1970er Jahre entzog die Gemeinde- und Verwaltungsreform in der BRD vielen Dörfern eigene kommunale Entscheidungskompetenzen. Sie wurden zu Teil-Orten oder Stadt-Teilen. Somit verarmte auch die regionale Infrastruktur. Schulen, Kindergärten, Ämter- und Verwaltungen, Lebensmittelmärkte und dergleichen wurden an „Zentralorten“ angesiedelt. Mit ihnen gingen auch engagierte Bürger. Von klein auf lernen die Kinder und Jugendlichen nun, dass vieles Attraktive und Ereignisreiche außerhalb ihres Wohnortes liegt.⁶⁴

Die Entfernung, die nun überbrückt werden muss, um die Orte der Bildungseinrichtungen und der Freizeitgestaltung zu erreichen, bedeutet für die Jugendlichen ein hohes Maß an Mobilität, sowie finanzieller und zeitlicher Aufwendungen. Auf dem Land entstehen durch die Trennung von Bildungs- und Wohnorten parallele Lebenswelten, die das soziale Leben der jungen Menschen deutlich verändern.⁶⁵ Für die Kinder und Jugendlichen bedeutet diese Verinselung von Lebenswelten, dass sie nun beinahe täglich auf öffentliche Verkehrsmittel oder die Eltern angewiesen sind, um von ihrem zu Hause zur Schule, zur nächsten Freizeiteinrichtung, zum Sportverein oder zum Freund zu kommen und wieder zurück. Dieses Zeitfenster kann dann schon einige Stunden am Tag in Anspruch nehmen. Jugendliche, die nicht mobil sind oder die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, bleibt unter diesen Umständen erneut Lebensqualität versagt.

Ein weiteres Problem welches, Jugendliche in den ländlichen Regionen begegnet, ist die Verschärfung sozialer Lagen. Seit dem gesellschaftlichen Umbruch 1989 haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen, besonders in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands, grundlegend verändert. Ländliche Regionen waren bis dahin vor allem durch die landwirtschaftliche Produktion, einschließlich der Dienstleistungen für sie und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, aber auch durch den Einfluss der Landwirtschaftsbetriebe auf Einrichtungen des sozialen und kulturellen Bereichs geprägt. Damit war dieser Wirtschaftszweig der größte Arbeitgeber. Die Anpassung an die Marktwirtschaft führte nun zu einem massenhaften Wegfall an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, auch in anderen

⁶⁴ vgl. ebd. S. 12

⁶⁵ vgl. John 2006, S. 27

Wirtschaftszweigen.⁶⁶ Gewerbliche Neuansiedlungen in diesen Gebieten sind größtenteils rar und eher die Ausnahme. Kleine und mittelständische Unternehmen, die in diesen Gebieten vorrangig ansässig sind, benötigen nur einen geringen und überschaubaren Arbeitskräftebedarf. Die weggefallenen Erwerbsmöglichkeiten können in vielen Landregionen nicht einmal im Ansatz kompensiert werden. Die Folge ist die besonders hohe Arbeits- und Langzeitarbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit ist verbunden mit der Abhängigkeit sozialer Transferleistungen. Für die Jugendlichen bedeutet dies nun, dass sie im ungünstigsten Fall in Familien aufwachsen, die von Langzeitarbeitslosigkeit, Resignation und starken Zukunftsängsten geprägt sind. Die Angst vor der eigenen Arbeitslosigkeit, die Angst vor dem „Versagen“, die Angst davor nicht gebraucht und anerkannt zu werden, ist groß. Beinhaltet der Faktor Arbeit doch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, hinsichtlich der finanziellen Absicherung, der konsumorientierten Denkweise – und nicht zuletzt der Wertschätzung eines Menschen, der sich geliebt und gebraucht fühlt.

War die Einheit von Wohnen und Arbeiten einmal typisch für das Leben auf dem Lande, zwingt die schwierige Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Jugendliche nun zum Pendeln oder gleich zur Abwanderung.⁶⁷ Jugendliche in ländlichen Regionen sind am stärksten vom Strukturwandel des Arbeitsmarktes betroffen. Gerade sie laufen Gefahr, zur „Randbelegschaft“ (Mitarbeiter in Hof und Haushalt, Aushilfen, Saisonkräfte) zu werden.⁶⁸ Im Nordosten Deutschlands, aber auch in anderen ländlichen Regionen, zeigt sich dieser Abwanderungstrend besonders deutlich.⁶⁹ Abwanderung ist kein Phänomen der Neuzeit. Die räumliche Bewegung zur Veränderung des Lebensmittelpunktes von Personen oder Personengruppen mit dem Ziel eines dauerhaften Wohnortwechsels ist so alt, wie die Menschheit selber. Die Gründe hierfür sind dennoch vielfältig. Für das Abwanderungsverhalten aus den neuen Bundesländern spielt neben ökonomischen Wanderungsmotiven vermutlich auch die neu erlangte „Bewegungsfreiheit“ kurz nach der Wiedervereinigung eine Rolle.

4.2.1 Zur Zukunft von Jugendlichen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

Aufgrund der Folgen des demografischen Wandels für die Gesellschaft, die schon jetzt vielerorts spürbar sind, sollen hier die Lebenssituationen und die verbleibenden Perspekti-

⁶⁶ vgl. Meier/Müller 1997, S. 42 ff.

⁶⁷ vgl. Bühler/Carstens 1991, S. 11

⁶⁸ vgl. Wigrim/Zschieschang/Klose 2000, S. 164

⁶⁹ vgl. Busch 2006, S. 65

ven, speziell der jüngeren Bevölkerung, im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern dargestellt werden. Diese Darstellung sehe ich als notwendig an, da dies der Lebenswirklichkeit der jungen Menschen, vorrangig in ländlichen Räumen und in mittlerweile allen Schichten der Bevölkerung, entspricht. Im vorliegenden Exkurs beziehe ich mich hauptsächlich auf Ergebnisse und Prognosen der Demografiestudie des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und seiner Regionen.

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern liegt im Nordosten der Bundesrepublik Deutschland. Das Land grenzt im Osten an Polen, im Süden an das Bundesland Brandenburg und im Westen an die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Ganz im Norden bildet die Ostsee von fast 400 km Länge eine natürliche Grenze. Die charakteristische Landschaftsform bildet das hügelige Flachland mit seinen Wäldern und Seen. Mecklenburg-Vorpommern hat eine Gesamtfläche von 23.185 Quadratkilometern. Davon werden rund 64 % landwirtschaftlich genutzt. 7 % sind Siedlungs- und Verkehrsflächen, Wald nimmt ein Fünftel ein und Gewässer bedecken über 5 % der Landesfläche.⁷⁰

Im Bundesland leben fast 1,7 Millionen Menschen. Es ist mit durchschnittlich 72 Einwohnern je km², das am dünnsten besiedelte Bundesland.⁷¹ Die Bevölkerung verteilt sich auf 6 kreisfreie Städte und 12 Landkreise.

Der einzigartige Naturreichtum, aber auch die kulturelle Vielfalt prägt das Land. Ein viertel der Fläche von Mecklenburg-Vorpommern steht unter Natur- und Landschaftsschutz.⁷² Auch der Werbeslogan von Mecklenburg-Vorpommern „MV tut gut“ bezieht sich auf diese Gegebenheiten. Mecklenburg-Vorpommern präsentiert sich gerne als „Erholungs- und Gesundheitsland“. Aufgrund dieser Tatsachen ist es ein beliebtes Reiseziel. Doch auch der einzigartige Naturreichtum mit Urlaubscharakter und die damit zusammenhängende Hoffnung auf zahlungskräftige Touristen beleben nicht ausreichend die schwierige wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Nordlandes.

Hinter der insgesamt sehr schlechten Wirtschafts- und Sozialsituation des Landes verbergen sich große regionale Unterschiede. So profitieren die West-Mecklenburger Kreise von ihrer Nähe zu Schleswig-Holstein und den Städten Hamburg, Rostock und Schwerin. Die

⁷⁰ www.mecklenburg-vorpommern.de gefunden am 17.03.2009

⁷¹ [www.Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.de](http://www.Statistisches_Amt_Mecklenburg-Vorpommern.de) gefunden am 15.3.2009

⁷² vgl. Kröhnert/Medicus/Klingholz 2007, S. 70

Arbeitslosenquoten in den Landkreisen Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Bad Doberan sind deutlich geringer, als im Rest des Bundeslandes. Ländliche, strukturschwache und abgelegene Kreise gehören dagegen bundesweit fast überall zu den Verlierern. Die Lage am Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Situation verschaffen wenig Zukunftshoffnung und treiben nach wie vor junge Menschen in die Abwanderung, vorrangig in Richtung Großstädte und Ballungszentren.

Zu DDR-Zeiten hatten vor allem Schiffbau und Fischerei, Landwirtschaft und das Militär für eine staatlich verordnete Vollbeschäftigung gesorgt. All diese Branchen kamen im neuen Deutschland in die Krise und schickten Zehntausende in die Arbeitslosigkeit. Nur 11 Prozent aller Werktätigen arbeiten im produzierenden Gewerbe.⁷³ Gleichzeitig ist der Anteil von Beschäftigten in Forschung und Entwicklung der bundesweit geringste.⁷⁴ Stabilisieren konnten sich dagegen nur wenige Branchen, dies zumeist auch nur auf geringem Niveau. Dazu zählt die Agrarwirtschaft mit 4,3 Prozent aller Erwerbstätigen. Zudem hat die florierende Landwirtschaft wichtige Firmen im Bereich der Nahrungsmittelindustrie angezogen. „Pfanni“ stellt seine Produkte in Stavenhagen im Landkreis Demmin her, Danones „Fruchtzwerge“ kommen aus Hagenow und Tiefkühlkost von Oetker stammt aus Wittenburg im Landkreis Ludwigslust.⁷⁵ Daneben sind auch das Militär, das Gastgewerbe und die maritime Industrie wichtiger Arbeitsgeber. Der Bau der Ostseeautobahn A20, die Lübeck mit Stettin verbindet, soll eine leistungsfähige Infrastruktur garantieren und den wirtschaftlichen Erfolg sichern. Doch all die positiven Entwicklungen können nicht über die sehr schwierige Gesamtlage des Landes hinweg täuschen. Nach Angaben des Berlin-Instituts ist seit 1996 das reale Bruttoinlandsprodukt im Land im Durchschnitt gerade um 0,6% pro Jahr gewachsen. Die Zahl der Arbeitsplätze ist im selben Zeitraum jährlich um ein Prozent gesunken. Mecklenburg-Vorpommern ist das Land mit dem geringsten verfügbaren Einkommen je Einwohner.⁷⁶ Laut aktuellem Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes lag das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahr 2007 in Mecklenburg-Vorpommern bei 20.356 Euro und ist damit der niedrigste Wert in der Bundesrepublik. Die Zahl der Erwerbstätigen sank von 1991 bis 2008 um 13,1%, die Arbeitslosenquote lag 2008 bei 14,1%, der Bundesdurchschnitt liegt bei 7,8%. Am Jahresende 2006 bezogen

⁷³ vgl. Seitz 2005 zit. nach Kröhnert/Medicus/Klingholz 2007, S.72f

⁷⁴ vgl. Niebuhr/Stiller 2003 zit. ebd. 2007, S. 73

⁷⁵ vgl. Kröhnert/Medicus/Klingholz 2007, S. 73

⁷⁶ ebd. S. 75

17,7% der Bevölkerung Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), dies sind die höchsten Werte in Deutschland.⁷⁷

Diese Zahlen sind erschreckend, verwunderlich ist es daher nicht, dass aus diesem Grund viele Menschen, darunter besonders viele Jugendliche, aus dem Bundesland fortgehen. Nach Angaben des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommerns, verließen so in den Jahren 1990 bis 2007 insgesamt 161.742 Personen das Land.⁷⁸ Wie bereits in Punkt 4.2. angemerkt ist dieser Trend nicht neu, nur muss betont werden, dass die Größenordnung und die Abwanderungsdynamik, hinsichtlich ihres Umfangs und Tempos, über das „übliche“ historische Maß hinausreicht. Die Merkmale sind als besorgniserregend einzustufen, da diese Prozesse in vielen ostdeutschen Regionen bislang nicht oder kaum abgebremst werden konnten.⁷⁹

Jahr	Abwanderungssaldo, der 18- bis unter 25-Jährigen im Landkreis Demmin
1995	-134
1996	-207
1997	-292
1998	-283
1999	-462
2000	-562
2001	-633
2002	-696
2003	-620
2004	-680
2005	-739
2006	-648
2007	-611

Tabelle 2: Abwanderungssaldo Jugendlicher für den Landkreis Demmin: 1995-2007

Quelle: Statistisches Landesamt Schwerin, eigene Darstellung

Hierfür sprechen auch die Zahlen des Statistischen Landesamtes Schwerin, denn für die zweite Hälfte der 1990er Jahre und darüber hinaus war eine beinahe stetige und stark ansteigende Zahl von abwanderungswilligen Jugendlichen aus dem Landkreis Demmin zu verzeichnen. Für die Jugendlichen im Alter von 18- bis unter 25 Jahren lag der Wanderungssaldo im Jahr 1995 bei -134 Personen, 1997 bei -292 Personen, für das darauffolgende Jahr 1998 bei -283 Personen und stieg dann kontinuierlich bis zum Jahr 2002 bis auf -696 Personen an. Erst im Jahr 2003 konnte im Vergleich zum Vorjahr ein minimaler Rückgang

verzeichnet werden (-620 Personen in dieser Altersgruppe), um dann im Jahr 2004 mit -

⁷⁷ vgl. Nordkurier 19.5.2009 S. 4

⁷⁸ www.Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.de gefunden am 25.3.2009

⁷⁹ vgl. Faulde/Hoyer/Schäfer 2006, S. 73f.

680 Personen und im Jahr 2005 mit -739 einen neuen Höhepunkt zu erreichen. Im Jahr 2006 schwächte sich dieser negative Trend dann ab (-648 Personen). Für das Jahr 2007 sank der Abwanderungstrend unter den 18- bis unter 25-Jährigen weiter ab und lag bei -611 Personen.⁸⁰

Auch die Berlin-Studie attestiert dem Land den unangefochtenen Spitzenplatz im Hinblick auf die jugendärmsten Regionen Deutschlandweit. Dies ist zum einen bedingt durch den Einbruch der Geburten, zum anderen durch die Abwanderung der jungen Menschen. Die Zahl der unter 20-jährigen, die 1990 noch bei 537.000 lag, wird sich bis zum Jahr 2010 auf 248.000 mehr als halbiert haben. Demgegenüber wird bis 2020 die Zahl der 75-jährigen um 75% zunehmen, so die Prognose.⁸¹

Die Mehrheit, unter den abwanderungsorientierten jungen und gut ausgebildeten Leuten, bildet dabei die Gruppe der jungen Frauen. Sie verlassen ihre Heimatregion auf der Suche nach einer beruflichen Perspektive.⁸² So leben in der Altersgruppe der 18- bis 29-jährigen je 100 Männer nur noch 85 Frauen. In keinem der anderen deutschen Bundesländer gibt es ein derart aus dem Gleichgewicht geratenes Geschlechterverhältnis. Den traurigen Rekord hält der Landkreis Uecker-Randow in der angegebenen Altersklasse gibt es dort nur 74 Frauen je 100 Männer.⁸³ Diese Zahlen haben, im Hinblick auf einen späteren Heirats- und Arbeitsmarkt, keinen positiven Einfluss. Denn während häufig viele Männer wieder zurückkehrten, fanden viele junge Frauen, neben einer beruflichen Perspektive, in der neuen Heimat auch einen Partner und blieben gleich ganz dort, um eine Familie zu gründen. Mit ihrem Weggang fehlt es an gut ausgebildeten Fachkräften in der Region und an Müttern einer zukünftigen potentiellen Elterngeneration. Damit brechen, die an das Vorhandensein von Kindern, geknüpften Strukturen in diesen Regionen weg. Mit der Schließung von Kindertagesstätten, Schulen und anderen sozialen Strukturelementen werden diese Räume für Ansiedlungswillige, wie etwa junge Familien, unattraktiv. Zu dieser Negativbilanz gesellt sich auch die Gesamtverschlechterung des Bildungsniveaus für diese Region.

Denn während die jungen Frauen ihre Heimat verlassen, verlassen die jungen Männer eher die Schule ohne einen Abschluss. Was zurückbleibe, sei eine „neue männerdominierte Un-

⁸⁰ Für das Jahr 2008 lagen noch keine Zahlen vor.

⁸¹ Kröhnert/Medicus/Klingholz 2007, S. 75

⁸² vgl. Putzing 2006, S. 74

⁸³ vgl. Kröhnert/Medicus/Klingholz 2007, S. 76

terschicht“ ohne Ausbildung und ohne Job, so das Berlin- Institut. Diese Unterschicht ist eher anfällig für rechtsextrems Gedankengut. In diesen Gebieten erzielen rechte Parteien besonders gute Wahlergebnisse. Einen direkten Zusammenhang zwischen Männerüberschuss und Kriminalitätszunahme konnte das Institut hingegen nicht nachweisen. Jedoch ist die Zahl der Körperverletzungen in bestimmten Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit gegenüber anderen Regionen erhöht.⁸⁴

4.2.1.1 Regionale Rahmenbedingungen der Mecklenburgischen Seenplatte

Die vorangegangene Problematik lässt sich ohne weiteres auch auf die ländlich geprägte Region der Mecklenburgischen Seenplatte übertragen. Im folgenden Abschnitt werden die strukturellen Rahmenbedingungen der Untersuchungsregion „Mecklenburgische Seenplatte“ erarbeitet und präsentiert. Dabei soll ein Überblick über die regionalen Gegebenheiten der Untersuchungsregion geschaffen werden.

Die Mecklenburgische Seenplatte wurde als Verwaltungseinheit im Rahmen einer kommunalen Umstrukturierung Mecklenburg-Vorpommerns zu Großkreisen angedacht, die jedoch im Juli 2007 - per Gesetz - unterbunden wurde. Diese Planungsregion umfasst die kreisfreie Stadt Neubrandenburg, den Landkreis Demmin, den Landkreis Mecklenburg-Strelitz sowie den Landkreis Müritzk. Die Mecklenburgische Seenplatte gehört hinsichtlich der raumstrukturellen Gliederung des Bundesgebietes zu den ländlichen Räumen mit hohem multifunktionalem Potenzial.

⁸⁴ vgl. <http://www.bpb.de/> gefunden am 12.4.2009

Abbildung 2: Lage der Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte



Quelle: Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte 2009, S. 8

Die einzelnen Landkreise und die Stadt Neubrandenburg sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden:

In der **kreisfreien Stadt Neubrandenburg** leben 66.735 Menschen. Die Stadt hat eine Fläche von 86 km² und ist damit die drittgrößte Stadt im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.⁸⁵ Mit der Gründung der Hochschule, im Jahr 1991, konnte sie sich als Wissenschaftsstandort etablieren. Im Wirtschaftsbereich dominieren vorrangig mittelständische Unternehmen der Fahrzeugzulieferindustrie, des Nahrungsgütermaschinenbau, der Lebensmittelverarbeitung, aber auch der Bau- und Baustoffindustrie sowie der Gesundheitswirtschaft. Mit dem 17,4 km² großen Tollensesee bietet sich ein natürlicher Erholungs- und Freizeitraum.⁸⁶

Der **Landkreis Demmin** befindet sich im geografischen Zentrum Mecklenburg-Vorpommerns. Innerhalb der Region der Mecklenburgischen Seenplatte ist er nördlich einzuordnen. Er besitzt eine Fläche von 1921 km², hier leben ca. 83.000 Einwohner.⁸⁷ Die Wirtschaftsstruktur setzt sich vorrangig aus kleineren und mittleren Unternehmen der Bau- und Baustoffindustrie, der Erzeugung und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten sowie des Handels und des Dienstleistungsgewerbes zusammen. Der Landkreis ist in 70 Städte und

⁸⁵ www.region-mecklenburgische-seenplatte.de gefunden am 6.7.2009

⁸⁶ www.neubrandenburg.de gefunden am 6.7.2009

⁸⁷ www.region-mecklenburgische-seenplatte.de gefunden am 6.7.2009

Gemeinden gegliedert. Weite Felder, sanftes Hügelland, die Wälder, Seen und Flüsse prägen das Landschaftsbild hier nachhaltig.

Der **Landkreis-Mecklenburg-Strelitz** nimmt den südlichen Teil der Planungsregion ein. Auf 2089 km² leben 85.000 Menschen. Als Kernkompetenzen im ansässigen Wirtschaftsbereich werden die Landwirtschaft, die Umweltwirtschaft, die Dienstleistungsindustrie, der Tourismus und die Wellness-Branche angeführt. Die Kreisstadt hat ihren Sitz in Neustrelitz, in der bspw. die Schlossgartenfestspiele stattfinden, welche zu den größten kulturellen Ereignissen im Landkreis zählen.⁸⁸

Der **Landkreis Müritz** bildet den südwestlichen Teil der Mecklenburgischen Seenplatte mit einer Gesamtfläche von 1714 km². Die Einwohnerzahl beträgt ca. 67.906.⁸⁹ Der Landkreis bietet mit dem größten deutschen Binnensee – der Müritz - eine artenreiche und vielfältige Naturlandschaft. Mit der Schaffung des Müritz Nationalparks hat sich die Region zu einem Tourismusmagneten entwickelt. Auch hier bestimmen mittelständige Unternehmen das Wirtschaftsbild.

Die Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte ist in besonderem Maße vom Bevölkerungsrückgang und von Überalterung betroffen. Leben, bezogen auf den 31.12.2002, noch 302.125 Einwohner in der Planungsregion wird auf der Basis der „3. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020“ eine Bevölkerungsvorausberechnung vorgenommen, die einen Rückgang der Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2020 von rund 21% auf ca. 250.000 Einwohner prognostiziert. Diese Einwohnerrückgänge sind vorwiegend auf die Gestorbenenüberschüsse, als auch auf Wanderungsverluste zurückzuführen und gestalten sich in den einzelnen Gebietskörperschaften unterschiedlich stark. Letztendlich werden diese Prozesse bis zum Jahr 2020 zu einer deutlichen Verschiebung in der Altersstruktur führen und damit zu einem deutlichen Anstieg der älteren Bevölkerungsgruppen. So geht die Anzahl der Personen in der Altersgruppe der unter 15-Jährigen innerhalb des Prognosezeitraums von 39.000 auf 27.000 zurück. Die Gruppe der 15- bis unter 45-Jährigen reduziert sich um rund 70.000 Personen und wird im Jahr 2020 gegenüber 2002 nur noch halb so stark sein. Dagegen wird die Zahl der über 65-

⁸⁸ www.region-mecklenburgische-seenplatte.de gefunden am 6.7.2009

⁸⁹ www.region-landkreis-mueritz.de gefunden am 6.7.2009

Jährigen um 12.000 Personen bzw. um 23% zunehmen.⁹⁰ Der demografische Wandel hat damit auch seine Auswirkungen auf verschiedene öffentliche und privatwirtschaftliche Bereiche, wie z.B. in Bereichen der sozialen Infrastruktur (u.a. Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Einrichtungen der medizinischen Versorgung sowie im Bereich Kultur und Sport), aber auch in technischen Bereichen, die u.a. den öffentlichen Personennahverkehr und Angebote kommunaler Gemeinschaftsdienste, wie z.B. die Abfallbeseitigung, genommen. Zudem verspüren auch das Siedlungswesen (u.a. Wohnungsleerstand), das Dienstleistungsgewerbe und der Handel (u.a. Kaufkraftrückgang) sowie der regionale Wirtschaftsbereich (u.a. Fachkräftebedarf, Unternehmensnachfolge) die Auswirkungen des Wandels. Regionale Anpassungsprozesse zielen dabei auf die Schaffung zukunftsorientierter Rahmenbedingungen. Um der Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken und die Mecklenburgische Seenplatte als attraktiven Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsraum zu sichern und auszubauen, gilt es die regionalen Stärken hervorzuheben. Diese liegen vorrangig in der Schaffung von attraktiven und spezialisierten Studien- und Ausbildungsangeboten, die Sicherung wohnortnaher und qualitativ hochwertiger Betreuungsangebote sowie dem Ausbau und dem Erhalt von Arbeitsplätzen.⁹¹

4.3 Zusammenfassende Schlussfolgerung

Die Konfliktfelder und Probleme von Kindern und Jugendlichen in strukturschwachen und ländlich geprägten Regionen sind vielschichtig. Sie durchdringen ihre Lebenswelten und stellen private und öffentliche Institutionen vor große Herausforderungen, denen Eltern, Pädagogen und Politiker sich stellen müssen. Die Angst vor der eigenen Zukunft ist bei vielen Jugendlichen groß und nimmt immer weiter zu. Die erlebte Perspektivlosigkeit ist das vorrangige Problem der Jugendlichen. Hier müssen sie, für den Bestand unserer Gesellschaft, verstärkt durch bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden. Denn wer keine Ziele für die Zukunft hat, kann und wird sich auch maximal riskant verhalten.⁹² Unter maximal riskantem Verhalten lassen sich Drogenprobleme, Gewaltanwendung oder Rechtsradikalismus, vor allem bei männlichen Jugendlichen, subsumieren. Um diesem Verhalten präventiv entgegen zu treten, dürfen Jugendliche nicht sich selbst überlassen werden. Die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Lebenslagen der Jugendlichen in ländlichen Räumen lassen keine festgeschriebenen, generalisierten und stets verbindlichen

⁹⁰ vgl. Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte 2009, S. 13ff.

⁹¹ vgl. ebd. S. 21

⁹² vgl. Faulde/Hoyer/ Schäfer 2006, S. 56

Konzepte und Handlungsstrategien zu. Spezifische Angebote, die auf die konkrete Lebenswelt der Jugendlichen abgestimmt sind, können hier unterstützend und wertschätzend wirken. Sie dienen zum einen als Mittler und Interessenvertretung, zum anderen auch um Beteiligungsmöglichkeiten zu realisieren.

Langfristig müssen der nachwachsenden Generation aber dauerhafte Perspektiven und Chancen geboten werden. Viele Jugendliche bewerten, aller Widrigkeiten zum Trotz, den ländlichen Lebensraum sehr positiv. Der zentrale Aspekt spiegelt dabei wohl die Vertrautheit in die ländliche und übersichtliche Umgebung wieder, die Tatsache, dass „fast jeder jeden kennt und grüßt“. Die vermutete Anonymität in der Stadt wird größtenteils negativ bewertet. Ein weiterer Vorteil des ländlichen Raumes bietet der „Zusammenhalt“ von Clique und Familie. Das Aufeinandertreffen ähnlicher Lebensgefühle bietet ihnen zudem emotionale und soziale Sicherheit und stärkt ihr Selbstwertgefühl.⁹³ Die Bindung spiegelt sich auch in den Aussagen Jugendlicher wieder, die ihren ländlichen Herkunftsort, aufgrund ihrer Bildungs- und Berufswege, bereits verlassen mussten oder davon ausgehen, dies in naher Zukunft zu tun. Diese Verbundenheit ist nicht zuletzt Ausdruck für ein tief verwurzelttes Heimatgefühl.⁹⁴ Viele Jugendliche wünschen sich in ihrer Heimatregion verbleiben zu können, um dort einer Ausbildung und später einer Arbeit nachzugehen. Sie möchten dort mit ihrem Partner leben und vielleicht irgendwann einmal eine Familie gründen. Sind sie dann doch gezwungen abzuwandern, bleibt die Hoffnung auf eine dauerhafte Rückkehr bestehen. Diese Vorstellung ist in den meisten Fällen unrealistisch, denn ihre Zukunft liegt bereits irgendwo anders.

So verliert das Dorf, die ländliche Gemeinde nicht nur ihre Jugendlichen, mit ihnen gehen auch Bildung und Aktivität, letztendlich ihr Potenzial in seiner gesamten Vielfalt, die das ländliche Leben kulturell, wirtschaftlich und sozial bereichern könnten. Die fehlenden Arbeitskräfte, die Väter und Mütter, die für den Fortbestand einer zukünftigen ländlichen Generation sorgen könnten, sind nicht mehr da.

⁹³ vgl. Böhnisch/Funk 1989, S. 188

⁹⁴ vgl. Eisenbürger/Vogelgesang 2002, S. 37

5. Politische Sozialisation

5.1 Begriff

Wird in diesem Abschnitt der Begriff der politische Sozialisation beleuchtet, muss im Vorfeld der allgemeine soziologische Begriff definiert werden.

Der französische Soziologe Emil Durkheim hat ihn als einer der ersten Wissenschaftler in die Fachsprache eingeführt. Er setzte ihn in enge Beziehung zum Begriff Erziehung, indem er Erziehung als das wichtigste gesellschaftliche Mittel der Sozialisation des menschlichen Nachwuchses bezeichnete, durch das die bei der Geburt „asozialen“ menschlichen Wesen zum „sozialen Leben“ geführt würden.⁹⁵ Die von Durkheim verwendete Begriffsbestimmung zielt dabei stark auf den Vorgang der Vergesellschaftung des Menschen und im Besonderen auf die Prägung der menschlichen Persönlichkeit durch gesellschaftliche Bedingungen ab. Eine neuere Begriffsverwendung in den Sozialwissenschaften sieht weitgehend von solchen prägungstheoretischen Komponenten ab. Sozialisation nach heutigem vorherrschendem Verständnis beschreibt nach Hurrelmann den „Prozess der Entstehung und Entwicklung der Persönlichkeit in Abhängigkeit von und in der Auseinandersetzung mit den sozialen und dinglich-materiellen Lebensbedingungen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt der historischen Entwicklung einer Gesellschaft existieren. Sozialisation bezeichnet den Prozeß, in dessen Verlauf sich der mit einer sozial handlungsfähigen Persönlichkeit bildet, sie sich über den Lebenslauf hinweg in Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen weiterentwickelt.“⁹⁶ Persönlichkeitsentwicklung wird dabei verstanden als „die individuelle, in Interaktion und Kommunikation mit Dingen wie mit Menschen erworbene Organisation von Merkmalen, Eigenschaften, Einstellungen, Handlungskompetenzen und Selbstwahrnehmungen eines Menschen auf der Basis der natürlichen Anlagen und als Ergebnis der Bewältigung von Entwicklungs- und Lebensaufgaben zu jedem Zeitpunkt der Lebensgeschichte.“⁹⁷

Die politische Sozialisation ist ein Teilprozess der allgemeinen Sozialisation. Der Begriff der politischen Sozialisation wurde vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler Herbert Hyman (1959) eingeführt und geprägt. Themen aus diesem Forschungsgebiet wurden aber schon viel früher untersucht. Als politische Sozialisation, lassen sich nach Claußen,

⁹⁵ Durkheim 1972, S. 30

⁹⁶ Hurrelmann 1998, S. 14

⁹⁷ ebd. S. 14

„alle bewußten und unbewußten Prozesse der Wechselwirkung zwischen Personen und ihrer direkt politischen oder zumindest politisch relevanten sozialen, kulturellen, ökonomischen und zivilisatorischen Umgebung bezeichnen. Sie betreffen die geistigen, emotionalen und operativen Komponenten interagierender Persönlichkeiten, die einen Bezug zur Politik als Herrschaft im Allgemeinen oder als spezifisches gesellschaftliches System im besonderen ... haben. Die Politisierung des Menschen erweist sich dabei als ein lebenslang andauernder ... Vorgang.“⁹⁸ Politische Sozialisation im Jugendalter wird von Reinders definiert „als ein Prozess, der auf darauf gerichtet ist, eine diffuse Unterstützung für die Werte, Normen und Herrschaftsstrukturen der demokratischen Ordnung zu entwickeln, um auf deren Basis das Handeln politischer Akteure bewerten zu können.“⁹⁹ Diese, von mir ausgewählten Definitionen sind nur zwei unter vielen. Unabhängig inwieweit eine jede dieser Definitionen in Bezug auf ihre Mechanismen und ihre Ziele enger oder weiter gefasst werden, ist Normativität zu einem gewissen Grad in allen relevanten Ansätzen zur politischen Sozialisation enthalten. Ein weitgehender Konsens besteht auch darin, dass politische Sozialisation ein lebenslanger Prozess ist, der besonders in der Jugendphase eine besonders sensible und prägende Phase durchläuft.

Sozialisationsprozesse und deren Inhalte lassen sich in latente und manifeste Prozesse einteilen. Eine präzisere Differenzierung lässt sich erreichen, wenn zusätzlich zwischen den explizit politischen Inhalten und den implizit/indirekten politischen Inhalten als Inhaltsdimension politischen Lernens und den Lern- bzw. Vermittlungsformen, also der beabsichtigten Einflussnahme eines Sozialisationsagenten und dem beiläufigen Lernen durch Arrangements unterschieden wird. Die Unterscheidung von Inhalten und Lern- bzw. Vermittlungsformen ergibt, in der Kombination der jeweils beiden Merkmale, vier einzelne Kategorien. Hierzu dient, nach Hopf/Hopf, folgende Übersicht.¹⁰⁰

	Explizit politischer Inhalt	Implizit/indirekter politischer Inhalt
Beabsichtigte Einflussnahme eines Sozialisationsagenten	<i>Manifeste politische Sozialisation</i> Beispiel: in einer Familiendiskussion um politische Positionen, wollen Vater und (oder) Mutter ihre Kinder von einer bestimmten politischen Ansicht	<i>Latente politische Sozialisation</i> Beispiel: Erwachsene wollen humanistische Prinzipien wie „Alle Menschen sind gleichberechtigt“ bewußt fördern

⁹⁸ Claußen 1996, S. 9f.

⁹⁹ Reinders 2001, S. 103

¹⁰⁰ vgl. Hopf/Hopf 1997, S. 12 ff. zit. nach Bock 2000, S. 25

	überzeugen	
Beiläufiges Lernen durch Arrangements	<i>Latente politische Sozialisation</i> Beispiel: politische Rituale, wie etwa das Aufstehen beim Erklingen der Nationalhymne	<i>Latente politische Sozialisation</i> Beispiel: mediale Einflüsse, etwa Gewalt als natürliche Konfliktlösung in Action-Filmen u.ä.

Abbildung 3: Manifeste und latente politische Sozialisation

Quelle: Hopf/Hopf 1997, S. 12f. zit. nach Bock 2000, S. 25

Aus dieser Gegenüberstellung lässt sich erkennen, dass von manifester politischer Sozialisation nur gesprochen werden kann, wenn eine beabsichtigte Einflussnahme mit explizit politischem Inhalt erfolgt. Als Beispiel fungiert hier die Diskussion in der Familie, wenn es darum geht, politische Positionen auszuhandeln. Die anderen Kombinationen werden der latenten politischen Sozialisation zugeordnet, da hier in einer der beiden Merkmale die Ausprägung mit implizitem Moment vorliegt.¹⁰¹

Besondere Prozesse im Zusammenhang mit politischer Sozialisation betrachten aber auch jene Prozesse, die die kognitive und moralische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in den Blick nehmen. Auf diese Vorgänge und Ansätze soll zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal eingegangen werden.

5.2 Zu den Instanzen der politischen Sozialisation junger Menschen

Hier und jetzt soll auf die einzelnen Instanzen der politischen Sozialisation und ihre Bedeutung sowie ihren Einflussmöglichkeiten auf die jungen Menschen näher eingegangen werden. Da Bernhard Claußen in seiner Begriffsdefinition äußert, dass politische Sozialisation, „alle bewußten und unbewußten Prozesse der Wechselwirkung zwischen Personen und ihrer direkt politischen oder zumindest politisch relevanten sozialen, kulturellen, ökonomischen und zivilisatorischen Umgebung“, miteinschließt, äußert er damit auch, dass sich letztendlich in allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens politische Sozialisation offenbart. Es sind die Lebensräume die für die jungen Menschen, unbestrittener Weise, von ganz besonderer Bedeutung sind und die als wichtige Sozialisationsinstanzen fungieren. Zu nennen sind hier: die Familie, die Schule, die Gleichaltrigen (peers) und in zunehmendem Maße die Medien. Daneben besitzen weitere Instanzen, wie z.B. (Ausbildungs-) Betriebe, Bundeswehr oder Zivildienststellen, Hochschulen, Sportvereine, Frei-

¹⁰¹ vgl. ebd. S. 25

zeitreffs und viele andere mehr ergänzende und verstärkende Politisierungseffekte. Für Claußen ist dabei kennzeichnend, dass die zuvor genannten politischen Sozialisationsinstanzen „nicht in bestimmter Reihenfolge in Erscheinung treten, vielfach parallel, neben-, durch- oder miteinander existent sind und sich zum Teil phasenweise wechselseitig substituieren.“¹⁰² Nicht zu vernachlässigen sind neben den unterschiedlichsten Instanzen auch spezielle Lebensumstände, „die als flankierende Sozialisationsinstanzen fungieren, ohne einen eigenen Ort zu besetzen.“¹⁰³ Anzuführen wären hier Lebensumstände im Bereich der jeweiligen und individuellen wirtschaftlichen Lage, Arbeitslosigkeit im speziellen oder die Situation von Migranten im Einwanderungsland. Diese ständige Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und der ihr zugrunde liegenden Instanzen, ihrer nähere und entferntere Umgebung, prägen die Kinder und Jugendlichen. Dabei kommt den Instanzen und den Lebensumständen der jungen Menschen eine herausragende Stellung zu, die im Einzelnen näher betrachtet werden soll.

5.2.1 Die Bedeutung der Familie als politische Sozialisationsinstanz

Der **Familie** wurde über Jahrzehnte hinweg eine entscheidende Bedeutung bei der politischen Erziehung und Sozialisation zugeschrieben. Die Vorstellung der mächtigen Sozialisationsinstanz Familie wurde ihr von Vertretern unterschiedlicher wissenschaftlicher Richtungen attestiert.¹⁰⁴ Dies gilt z.B. für die theoretischen Ansätze in Bezug auf die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die allgemeine Sozialisationstheorie versichert der Familie immer noch starke und prägende Einflüsse. Nach Geißler gibt es in der Regel „keine andere Gruppe, in der das Kind zunächst in einer völligen physischen und psychischen Abhängigkeit lebt, in der Bezugspersonen eine so stabile und fast monopolartige Stellung haben, in der die Kommunikation so vielfältig und so dicht und die sozialen Kontakte so warm und so intensiv und in der so starke Übereinstimmungen in grundlegenden Wertorientierungen herrscht.“¹⁰⁵ Auch der Einwand, dass Familie aus heutiger Sicht einem Wandel in ihrer äußeren Gestalt (bspw. Pluralisierung familiärer Lebensformen), aber auch ihrer inneren Wirkung (bspw. Veränderungen traditioneller Geschlechterrollen, Wandel in der Eltern-Kind-Beziehung) unterworfen ist und im Hinblick auf konkurrierende Einflüsse anderer Sozialisationsinstanzen wird ihr nach Hurrelmann ihre Schlüssel-funktion attestiert: „...auch unter den heutigen Bedingungen“ ist sie „die wohl entschei-

¹⁰² Claußen 1996, S. 33

¹⁰³ vgl. ebd. S. 34

¹⁰⁴ vgl. Geißler 1996, S. 51

¹⁰⁵ ebd. S. 52

dende und nach zeitlicher Dauer und Intensität wichtigste soziale Institution im Sozialisationsprozeß.“¹⁰⁶

Uneinigkeit über die bestehende Auffassung der mächtigen Sozialisationsinstanz Familie vollzog sich dann aufgrund von neuen Studien und den daraus resultierenden Erkenntnissen in den 70er Jahren. Die Bedeutung der Familieneinflüsse auf das politische Verhalten wurde grundlegend in Frage gestellt. Denn ihr Einfluss sei viel geringer als bisher angenommen. Seitdem driften die Meinungen auseinander. Die Rolle der Familie als politischer Sozialisationsagent wird nun kontrovers diskutiert.

Politische Sozialisation in der Familie vollzieht sich dabei eher zufällig, denn eine bewusste und geplante politische Erziehung der Kinder und Jugendlichen gehört nicht zu den zentralen pädagogischen Zielen ihrer Eltern.¹⁰⁷ Ein Großteil der politischen Sozialisation vollzieht sich demnach eher unbewusst und ungeplant durch Interaktion und Kommunikation innerhalb der Familie. Relevant sind dabei nicht allein konkrete politische Inhalte, sondern auch das gesamte Umfeld, also die Art der Gestaltung, sowie das emotionale Klima dieser Interaktionen. Hierbei hat sich die unter Punkt 5.1 beschriebene analytische Differenzierung in latente und manifeste politische Sozialisation durchgesetzt. So unterscheidet auch Geißler in seinem Forschungsaufsatz diesbezüglich zwischen manifester und latenter politischer Sozialisation.¹⁰⁸ Manifeste politische Sozialisation meint sowohl die intendierte, wie auch die nicht intendierte Vermittlung konkreter politischer Inhalte, wie sie beispielsweise durch die Erklärung politischer Sachverhalte erfolgt, aber auch durch zufällig aufgeschnappte Äußerungen der Eltern. Die latente Form umfasst die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften, welche selbst keinen politischen Bezug haben, aber mit politischer Orientierung und Verhalten im Zusammenhang stehen.¹⁰⁹ Dabei wurde der Familie vorrangig im Prozess der latenten politischen Sozialisation eine besondere Bedeutung zugesprochen. Zu nennen sind diesbezüglich Forschungsstudien zur Entwicklung bestimmter Persönlichkeitseigenschaften, insbesondere zum Autoritarismus und ähnlichen Konzepten wie Konfliktfähigkeit, Toleranz oder Rigidität wie sie bspw. in verschiedenen Erziehungsstilen zum Ausdruck kommen können. Ebenso sind Konzepte zur moralischen Entwicklung und Bindungsrepräsentation dahingehend in Verbindung gebracht worden.¹¹⁰

¹⁰⁶ Hurrelmann 1998, S. 104

¹⁰⁷ vgl. Geißler 1996, S. 55

¹⁰⁸ vgl. ebd. S. 56ff.

¹⁰⁹ Geißler 1980 zit. nach Schmid 2004, S. 30

¹¹⁰ vgl. Schmid 2004, S. 30

Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Erfassung latenter politischer Einflüsse erhebliche Probleme darstellt. Es ist schwierig den Einfluss indirekter politischer Sozialisationsinhalte zu ermitteln, soziales Lernen, das nicht spezifisch politisch, aber trotzdem das politische Verhalten mit beeinflussen könnte.

Dagegen zielt, nach Geißler, die Forschung zu Übereinstimmungen politischer Orientierung von Eltern und ihren Kindern auf die Erfassung der manifesten politischer Sozialisation ab. Mit manifester politischer Sozialisation werden Wirkungszusammenhänge von politischem Familienmilieu und politischer Persönlichkeit bezeichnet. Empirisch analysierte Wirkungsanalysen geben Auskunft über die Stärke und die Bedingungen des politischen Familienmilieus auf die Jugendlichen. Die Merkmale der politischen Persönlichkeit lassen sich u.a. in folgenden konkreten politischen Aktivitäten und Orientierungen wiederfinden:

- Parteipräferenzen
- Dispositionen zur politischen Teilnahme (Interesse, Aktivitätsbereitschaft u. a.);
- demokratische/undemokratische Orientierungen wie politische Toleranz, demokratisches Bewusstsein, Humanismus;
- politische Meinungen und Orientierungen (Links-Rechts-Orientierung, Bewertung politischer Institutionen).¹¹¹

Bezugnehmend auf diese konkreten politischen Orientierungen zeigen auch hier diverse Studien hohe intrafamiliale Übereinstimmungen.¹¹² Anzumerken bleibt an dieser Stelle die Tatsache, dass in Bezug auf Wirkungszusammenhänge des politischen Familienmilieus und der politischen Persönlichkeit ebenfalls Erziehungspraktiken, also auch das gesamte Familienklima widerspiegelt. Demnach auch latente Erziehungsinhalte enthält. Zudem verstärken andere Sozialisationsagenten wie die Medien die „politischen Öffnung“ der Familie.¹¹³ Politische Themen werden durch die ständige Präsenz von Fernseher, Radio, Internet, Zeitungen und Zeitschriften transportiert und so zu Gesprächsthemen. Oesterreich belegte in seinen Studien, aus dem Projekt Civic Education, dass nach den Medien, die Eltern als wichtigste Quelle für den Erwerb politischer Informationen genannt werden.¹¹⁴

¹¹¹ vgl. Geißler 1996 S. 56

¹¹² vgl. Wasmund 1982a, S. 49ff.

¹¹³ Geißler 1996, S. 54

¹¹⁴ vgl. Oesterreich 2002, S. 85f.

Geißler bilanziert in seinem 1996 erschienenen Forschungsaufsatz „Politische Sozialisation in der Familie: „...die Familie hat in der modernen Gesellschaft nicht mehr die herausragende Bedeutung, ... die ihr bis in die 70er Jahre zweifellos attestiert wurde. Differenzierungs- und Pluralisierungsprozesse sowie die zunehmende Konkurrenz durch Gleichaltrige, Schule und Massenmedien haben ihr Gewicht in der politischen Sozialisation verringert. Die Familie ist nicht mehr allmächtig, aber sie ist auch heute noch mächtig.“¹¹⁵ Auch Wasmund lässt in seinem Fazit zur Bedeutung der Familie den, real vorhandenen, wenn auch anfänglich überschätzten Einfluss der Familie gelten. Dieses Ausmaß hängt allerdings von vielen Variablen ab, denn die Bedingungen politischer Sozialisationsprozesse sind von Familie zu Familie verschieden und führen daher zu unterschiedlichen Ergebnissen. „Politische Sozialisation in der Familie ist kein passiv erlebter Anpassungsvorgang, sondern ein wechselseitiger, aktiv mitgestalteter und auch auf Veränderung gerichteter Prozess, wobei mit zunehmenden Lebensalter, die in der Familie gelernten Orientierungen in verschiedenen sozialen Kontexten überprüft, modifiziert oder unter Umständen auch völlig verändert werden.“¹¹⁶

Einigkeit besteht in der Auffassung, dass eine präzisere Abschätzung der politischen Einflussnahme durch die Familie, erst durch die Anwendung komplexerer Analyseverfahren und Untersuchungsmethoden möglich ist, die Geißler u.a. als folgende theoretische und methodische Defizite der Forschung präzisiert:

- Die empirische Zersplitterung des familialen Sozialisationsmilieus, indem einzelne Merkmale des häuslichen Milieus häufig isoliert betrachtet und erfasst werden. Dabei sind umfassende Kontexte für den empirischen Nachweis von ausschlaggebender Bedeutung.
- Die Abgrenzung von Familie und anderen Instanzen mit dementsprechend außerfamilialen Einflüssen ist bislang nicht gegeben.
- Zusammenhang von Familie und Sozialstruktur: Diese Zusammenhänge wurden bislang nur bruchstückhaft analysiert.
- Sozialisation als Wechselwirkung: Unter diesem Ansatz werden mögliche Rückwirkungen von Kindern oder Jugendlicher auf ihre Eltern vernachlässigt.

¹¹⁵ Geißler 1996, S. 66

¹¹⁶ Wasmund 1982a, S. 57

- Das Problem des Langzeiteffektes: Es ist theoretisch umstritten, in welcher Lebensphase entscheidende Prägungen der politischen Persönlichkeit und in welchem Ausmaß Orientierungen relevant sind.¹¹⁷

5.2.2 Schule

Die **Schule** gehört aufgrund ihres Bildungsauftrages zu den klassischen manifesten politischen Sozialisationsagenten. Hier werden, weitaus zielorientierter und bewusster als in der Familie, politische Inhalte vermittelt. Neben der reinen Wissensvermittlung und dem Erwerb politischer Kenntnisse, vorrangig durch das entsprechende Schulfach mit seinen unterschiedlich geführten Bezeichnungen (z.B. Sozialkunde, Politik, Gesellschaftslehre), hat die Schule auch eine Erziehungsfunktion „hinsichtlich der Vermittlung und Verinnerlichung von Rollenerwartungen, die mit der jeweiligen Gesellschaft in Einklang stehen.“¹¹⁸ Wasmund beschreibt Schule in diesem Zusammenhang als: „... ein soziales System, indem verschiedene Einflussgrößen wirksam werden, die jeweils ihre eigene Qualität haben“¹¹⁹ Zu den Faktoren, die hauptsächlich den politischen Lernprozess in der Schule vermitteln gehören demnach: der Schultyp, die dazugehörigen Organisationsstrukturen, das soziale Klima der Schule, die spezifischen Bedingungen einer Klasse, die Persönlichkeit der Lehrer sowie deren Unterrichts- und Führungsstils, der Lehrplan und die Lehrbücher, aber auch die Schüler selbst im Hinblick auf ihre eigenen Interessen und Aktivitäten.¹²⁰ In nahezu allen demokratischen Gesellschaften ist die Schule zudem: „...ein Agent der politischen Sozialisation, dem die Aufgabe zugewiesen ist, die auf gesellschaftlichen Konsens beruhenden Normen, Werte und Ziele des politischen Systems an die heranwachsende Generation zu vermitteln.“¹²¹ Kandzora verweist deutlich auf den „heimlichen Lehrplan“, der sich auf den Prozess der latenten politischen Sozialisation bezieht. Hier stehen nicht die primär festgeschriebenen Lernziele der manifesten Sozialisation im Vordergrund, sondern schulische Sozialisationsprozesse, die einen hohen Einfluss auf politische Lernerfahrungen und die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen besitzen. Hierzu gehören u.a.: der Pflichtcharakter des schulischen Lernens, aber auch die Hierarchie der schulischen Organisationsform, ihr bürokratisierter Ablauf und die Ausrichtung des Lernens an äußeren Vorgaben.¹²² Diese Faktoren beinhalten an sich aber auch die Grenzen schulischer

¹¹⁷ vgl. ebd. S.65

¹¹⁸ Rippl 2008, S. 450

¹¹⁹ Wasmund 1982c, S. 64

¹²⁰ vgl. ebd. S. 64 f.

¹²¹ ebd. S. 64

¹²² vgl. Kandzora 1996, S. 71

Bildung im Hinblick auf die Erziehung junger Menschen zum „politisch mündigen Bürger“. Zudem bestätigt Oesterreich, dass etwa demokratische Grundkompetenzen wie sie sich bspw. in Empathiefähigkeit und Toleranz ausdrücken, weniger in der Schule vermittelt werden. Diese wiederum sind für die Ausprägung politischer Einstellungen z.B. gegenüber Ausländern und rechten Ideologien, aber auch für die Bereitschaft zu sozialem Engagement entscheidend. Eine reine kognitive Wissensvermittlung ist in diesem Zusammenhang von geringerer Bedeutung, denn „wer... über gutes politisches Wissen verfügt, muss jedoch kein guter Demokrat sein“, selbiger zeigt nur, „dass er sich gesellschaftliches Wissen über Demokratie angeeignet hat und die Spielregeln des Zusammenlebens in demokratischen Gesellschaften kennt.“¹²³ Demokratisches Denken und Handeln kann demnach nicht nur rein kognitiv vermittelt werden, sondern muss in soziale Lernprozesse eingebettet sein, die an ein demokratisches Umfeld gebunden sind. Dabei spielen auch das jeweilige schul- bzw. klasseninterne Klima sowie die Qualität der Lehrer-Schüler-Beziehung eine tragende und entscheidende Rolle.

5.2.3 Peers

Die **Gruppe der Gleichaltrigen (peers)** nimmt in der Betrachtung zur Sozialisation im Jugendalter einen wichtigen Raum ein, zudem gewinnen Forschungsthemen im Hinblick auf deren Bedeutung immer weiter an Konjunktur. Kinder und Jugendliche bedürfen auf dem Weg zum Erwachsenwerden offenbar nicht nur der Aufmerksamkeit und der Erfahrung, die Eltern, Familienangehörigen, Erziehern und Pädagogen für sie bereithalten, sondern auch die Interaktionsmöglichkeiten wie sie sich nur durch Kontakte mit gleichaltrigen Kindern und Jugendlichen bieten.¹²⁴ Grundsätzlich ist die Stärke des Sozialisationseinflusses nach Wasmund abhängig von der Qualität der Eltern-Kind-Beziehung. In Fällen, in den Eltern mit ihren Kindern viel Zeit verbringen, also auch hohe und intensive Kommunikationsprozesse stattfinden, ist der Einfluss der Eltern sehr hoch zu bewerten und Gleichaltrige müssen sehr viel stärker mit dem Einfluss der Familie konkurrieren.¹²⁵ Überlassen Eltern dagegen konkurrenzlos den Gleichaltrigen ihre Sozialisationsfunktion können diese sehr viel leichter neue Einstellungen und Werte vermitteln. Doch gerade die Vermittlung politisch relevanter Inhalte ist in Peerbeziehungen mittlerweile eher die Seltenheit und rangiert nach den Medien, den Eltern und der Schule an letzter Stelle. Dies bestätigt Oesterreich in

¹²³ Oesterreich 2002, S. 225f.

¹²⁴ vgl. Krappmann 1998, S. 355

¹²⁵ vgl. Wasmund 1982, S. 106

seinen Untersuchungen aus dem Jahr 2002.¹²⁶ Damit ist die manifeste Sozialisationswirkung durch Gleichaltrige allgemein als gering einzustufen. Gleichaltrige können nach Wasmund nur dann einen direkten Einfluss auf politische Orientierungen und Einstellungen ausüben, wenn Politik Gegenstand ihres Interesses und ihrer Kommunikation ist. Die bewusste Distanzierung zum Politischen kann dagegen Einstellungen begünstigen, die zu Autonomie und Entfremdung gegenüber dem politischen System führen.¹²⁷

5.2.4 Medien

Die **Medien** sind nach Schorb, Mohn und Theunert grundsätzlich Arbeits-, Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungsmittel in einem. Sie sind somit Bestandteil aller Lebensbereiche und organisieren deren Vernetzung. Unter dem Aspekt der allgemeinen Sozialisation verweist diese technische und gesellschaftliche Entwicklung auf eine zunehmende Bedeutung des Faktors Medien in einem lebenslangen Sozialisierungsaspekt.¹²⁸ Medien und deren Nutzung nehmen heute viel Zeit im Leben von Jugendlichen ein und stellen für sie einen wichtigen Erfahrungsraum dar. Fernseher, Tageszeitungen und Radio gelten als Hauptinformationsquellen für aktuelles politisches Geschehen und deren entsprechender Bewertung. So ist der Umgang mit ihnen alltäglich und für viele Jugendliche selbstverständlich geworden. Pöttker unterscheidet in seiner Publikation zur „Politischen Sozialisation durch Massenmedien“ grundsätzlich drei Idealtypen von politischen Sozialisationswirkungen, deren Einteilung in: Aufklärung, Manipulation und Ironie erfolgt. Selbige können eine funktionale oder dysfunktionale Bedeutung für den politischen Sozialisationsprozess besitzen.¹²⁹ Bereits Anfang der 80er Jahre bestätigt Geißler den Massenmedien ihre zentrale Stellung im Bereich der politischen Kommunikation. Gleichfalls nahm ihre konkurrierende Entwicklung, in Bezug auf die Entstehung und Entwicklung der politischen Persönlichkeit, gegenüber anderen Sozialisationsinstanzen wie der Familie, der Schule und den Gleichaltrigen deutlich zu.¹³⁰ Vorrangig durch die Medien dringen politische Themen seitdem in die Familie ein und regen zur politischen Konversation an. Mit der Ausbreitung des Fernsehers sind politische Informationen so vermehrt in den privaten „Schonraum“ der Familie vorgedrungen. Maßgeblich durch das Fernsehen, die Zeitungen oder das Radio erhalten Jugendliche politische Informationen.¹³¹ Entsprechend dieser Stimulans erlangen

¹²⁶ vgl. Oesterreich 2002, S. 85ff.

¹²⁷ vgl. Wasmund 1982, S.107

¹²⁸ vgl. Schorb/Mohn/Theunert 1998, S. 507 f.

¹²⁹ vgl. Pöttker 1996, S. 149ff.

¹³⁰ vgl. Geißler 1982, S. 84

¹³¹ vgl. Oesterreich 2002, S. 94

junge Menschen mit dem Ausmaß des Interesses ihrer Eltern am politischen Geschehen Zugang zu Informationsmedien, bevor sie sich selbst für deren aktive Nutzung entscheiden.¹³²

5.3 Der politisch mündige Bürger als Ziel der politischen Sozialisation

Die demokratische Staatsform bedarf der Unterstützung ihrer Bürger, um die Stabilität ihrer politischen Ordnung sicherzustellen und zu wahren. Demokratien beruhen darauf, dass die grundlegenden Werte und Normen und die Herrschaftsstrukturen der politischen Ordnung in der Bevölkerung Zustimmung finden. Dies setzt Vertrauen der Bürger in das politische System des Staates, seine politischen Institutionen und seine Repräsentanten voraus. Um das System zu sichern bedarf es aber auch der Kontrolle durch die Bevölkerung. Auch die demokratische Staatsform kommt nicht ohne Macht aus. Allerdings wird sie im demokratischen System von den Wählern verliehen, und dies auch nur auf begrenzte Zeit. Zudem wird sie ständig kontrolliert. Die kritische Einflussnahme zählt in unserer Demokratie zu den Möglichkeiten und Pflichten eines jeden Bürgers. Aus diesen Grundsätzen lassen sich nach Fend das Konzept und die Qualifikation eines politisch mündigen Bürgers ableiten. Demnach verfügt der politisch mündige Bürger idealerweise über:¹³³

- Kenntnisse der demokratischen Normen und Regeln (insbesondere des Grundgesetzes),
- Akzeptanz der Grundwerte unserer Verfassung (Menschenwürde, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Gemeinwohl),
- Wissen über die politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik,
- Entwicklung einer eigenen Analysefähigkeit mit dem Ziel, sich eine eigene politische Meinung bilden zu können sowie tatsächliche politische Gegebenheiten im Lichte demokratischer Werte bewerten und beurteilen zu können,
- Entwicklung einer politischen Handlungsfähigkeit im Sinne des Wissens, wie man aktiv für demokratische Werte eintritt und wie eine bessere Annäherung bei Diskrepanzen von Verfassung und Wirklichkeit herbeigeführt werden kann,

Ohne ein gewisses Maß an Vertrauen ist es keinem politischem System ohne Zwang und Gewaltanwendung möglich, dauerhaft zu bestehen. Ein allzu großer Vertrauensvorschuss

¹³² vgl. Geißler 1996, S. 54

¹³³ vgl. Fend 1991, S. 136

ist hinsichtlich einer kritischen Aufmerksamkeit dagegen nicht förderlich. Die daraus resultierende Zielsetzung umfasst „die schwierige Balance zwischen Wachsamkeit und Vertrauensvorschuss zu befördern“, damit es den Jugendlichen gelingt beide Kriterien in Einklang zu bringen. Diese Leitziele führen nach Fend zu einem Verständnis politischer Prozesse im Sinn einer eigenständigen Meinungsbildung und bereiten die aktive Beteiligung an der Gestaltung der gemeinschaftlichen Lebensgrundlage vor.¹³⁴

Nachfolgend sollen nun auch jene Prozesse in den Blick genommen werden, die als kognitive und moralische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bezeichnet werden und damit auch die Entwicklung zum politisch mündigen Bürger beeinflussen.

5.4 Kognitive Voraussetzungen für politisches Denken

Jugendlichen wird generell ein Mangel an Reife und einem fehlenden Verständnis für politische Fragen bescheinigt. Nach Oerter ist dies ein Grund, weshalb Kindern und Jugendlichen das Recht auf politische Mitentscheidung verwehrt und abgesprochen wird.¹³⁵ Aufgrund dessen ist zu klären, in wieweit und in welchem Umfang ihnen überhaupt „Mündigkeit“ zugestanden werden kann.

5.4.1 Formal-logisches Denken

Die differenzierte Beurteilung politischer Ereignisse und die kritisch-reflektierte Teilnahme am politischen Geschehen stellen hohe Anforderungen an die kognitiven Verarbeitungsfähigkeiten eines (jungen) Menschen. Die Jahre der frühen Adoleszenz, also ab einem Alter von ca. 12 bzw. 13 Jahren, werden von Adelson als entscheidend und tiefgreifend für die Entwicklung des politischen Denkens angesehen, denn selbige vollzieht sich in Abhängigkeit der kognitiven Kompetenzen.¹³⁶ Aus entwicklungspsychologischer Sicht wird angenommen, dass eine prinzipielle Unterstützung demokratischer Prinzipien abstraktes Denken voraussetzt. Eine verständige und nicht bloß verbale Zustimmung zu demokratischen Prinzipien ist demnach erst mit dem Übergang von konkreten zu formalen Denkoperationen im Sinne von Jean Piaget möglich, das heißt ab einem Alter von ungefähr 12 Jahren. Ab diesem Alter, ist nach Piaget, der Jugendliche im formal-logischen Denken auf dem höchsten Niveau angelangt. Der Begriff formal weist darauf hin, dass es sich um Ope-

¹³⁴ vgl. Fend 2003, S. 388

¹³⁵ vgl. Oerter 1997, S. 34

¹³⁶ vgl. Adelson zit. nach Wasmund 1982, S. 148f.

rationen handelt, die allein gedanklich und ohne konkrete Handhabungen vollzogen werden können, demnach abstraktes und hypothetisches Denken ermöglichen.¹³⁷

Daraus leitet Oerter folgende Einschränkungen ab, die sich nach heutigem Forschungsstand ergeben: Zum einen ist nicht sichergestellt, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Alter, dieses Niveau erreichen. Bevorzugt findet man formal-logisches Denken bei Jugendlichen mit höherer Schulbildung. Zum anderen scheint es so, dass formal-logisches Denken sich themenspezifisch zeigt.¹³⁸

5.4.2. Komplexes Denken, dialektisches Denken

Politisches Denken zeichnet sich nicht nur durch Logik aus, sondern es bezieht eine Vielfalt von Elementen in den Urteilsprozess mit ein. Politisches Denken ist **komplexes Denken**, d.h. dass eine nicht mehr überschaubare Anzahl von Aspekten berücksichtigt und bedacht werden muss. Dieses komplexe Denken variiert auch bei Erwachsenen. Dies führt zur Annahme, dass Jugendliche noch weitaus weniger in der Lage sind komplexe Probleme zu lösen.¹³⁹ Im **dialektischen Denken** geht es darum, bestehende Widersprüche zu bearbeiten, die sich nicht logisch lösen lassen. Diese Fähigkeit nimmt aber erst in einem Alter von 18 – 25 Jahren, insbesondere beim Aufbau der mutuellen Identität, zu. Ihr zugrunde liegt das Konzept, nach dem sich der Mensch durch seine Wechselbeziehungen zu anderen Menschen und damit anderen Identitätsformen definiert. Das Individuum gerät in einen Zwiespalt verschiedene Lebensformen verwirklichen zu wollen. Dies ist ein logisch nicht auflösbarer Widerspruch, der ein Ungleichgewicht und Spannung erzeugt. Die Lösung liegt dann in der Synthese, also in der Herausarbeitung und Umdeutung der sich widersprechenden Sachverhalte.¹⁴⁰ Für das politische Denken und Mitentscheiden ist das dialektische Denken sehr wichtig, um das Vorhandensein unterschiedlicher Positionen zu verstehen. Zudem besteht ein wesentlicher Prozess der politischen Arbeit darin Gegensätze herauszuarbeiten, von gegensätzlichen Positionen aus zu verhandeln und selbige miteinander in Einklang zu bringen.

¹³⁷ vgl. Piaget 2000, S. 167 ff.

¹³⁸ vgl. Oerter, 1997, S. 34

¹³⁹ vgl. ebd. S. 35

¹⁴⁰ vgl. ebd. S. 35f.

5.4.3 Fluide vs. Kristalline Intelligenz

In der Forschung wird zudem zwischen fluider und kristalliner Intelligenz¹⁴¹ unterschieden. Die fluide (mechanics) Intelligenz bezeichnet kultur- und wissensunabhängige Leistungen der Informationsverarbeitung wie Gedächtnisleistung, Geschwindigkeit von Informationsverarbeitung. Sie wird auch als Hardware der Intelligenz bezeichnet. Hinsichtlich ihrer Entwicklung scheint die fluide Intelligenz frühzeitig ihren Höhepunkt erreicht zu haben, um erst im mittleren bis höheren Alter zu sinken. Die kristalline (pragmatics) Intelligenz ist das im Laufe des Lebens übernommene kulturelle Wissen. Sie wird als Software bezeichnet und bleibt bis ins hohe Lebensalter erhalten. Zudem beinhaltet sie als die Wissenskomponente auch die Elemente des komplexen Denkens, um verantwortungsvolle Entscheidungen treffen zu können. Auf dem Gebiet der kristallinen Intelligenz dürften Jugendliche Erwachsenen unterlegen sein. In den Bereichen der Begriffsbildung, des schlussfolgenden Denkens, der Gedächtnisleistung und der Informationsverarbeitungsgeschwindigkeit können sie mit Erwachsenen mithalten.¹⁴²

5.4.4 Wissen und Denken

Wissen und Entscheidungsfindung beeinflussen sich im gesellschafts-politischen Bereich wechselseitig. Denken kommt erst durch den Wissenserwerb und die Wissenserweiterung zu höheren Leistungen. Zugleich kann ein bereichsspezifisches Wissen für das Denken auch hinderlich sein, denn sind spezifische Denkprozesse erst einmal automatisiert und werden bestimmte Erfahrungen und Entscheidungen immer in gleicher Weise getroffen, besteht die Gefahr, dass andere Denkmöglichkeiten nicht mehr in Erwägung gezogen werden.¹⁴³

5.4.5 Zur Entscheidungsfähigkeit von Jugendlichen

Oerter resümiert, dass Jugendliche im intellektuellen Bereich (Funktionalität von Denk- und Gedächtnisvorgänge) bereits auf dem Höhepunkt der Entwicklung stehen. Unter den Bedingungen, dass Probleme für sie verständlich und die Elemente des Problems überschaubar sind, wird ihre Entscheidungsfindung nicht unter dem Niveau eines Erwachsenen stehen. In Bezug auf komplexes und dialektisches Denken sind sie nach wissenschaftlichem Erkenntnisstand Erwachsenen unterlegen. Aufgrund ihres jungen Alters verfügen sie in der Regel auch nicht über den Wissensumfang der Erwachsenen. Aus diesem Grund

¹⁴¹ Baltès 1993 zit. nach Oerter 1997, S. 36

¹⁴² vgl. ebd. S. 36f.

¹⁴³ vgl. Putz-Osterloh 1988, S. 256f.

sind jugendliche Denk- und Entscheidungsfähigkeit im politisch-gesellschaftlichen Bereich noch nicht optimal ausgeprägt. Den möglichen Vorteil der Jugendlichen sieht Oerter in der unvoreingenommenen und kreativen Bearbeitung von Problemen, die ohne festgefahrene „Denkschablonen“ auskommen. Jugendliche stellen somit ein wertvolles Gut an politischer Innovation dar.¹⁴⁴

5.5 Moralentwicklung

Kognitive Denkprozesse für sich, sind jedoch in diesem Zusammenhang nicht allein aussagekräftig, sie werden auch über Denkinhalte wie moralbezogenes Denken und Handeln ergänzt. Bereits im frühen Kindesalter beginnt die Auseinandersetzung mit Regeln, Strafen, Verboten, Geboten und Normen. Diese Entscheidungen, in bezug auf das eigene Handeln, werden mit zunehmendem Alter immer häufiger hinterfragt. Es geht dann nicht mehr nur um die Einhaltung oder die Nichteinhaltung von Regeln und Normen, um das Abwehren von Sanktionen oder das Erhalten von Belobigungen, immer häufiger stellt sich die Frage nach dem Sinn und der Begründung von Normen. Legitimität und Gerechtigkeit werden zunehmend zu Themen von Heranwachsenden.

Neben dem Entwicklungsstufenmodell nach Jean Piaget, sind die Erweiterungen zur Moralentwicklung von Lawrence Kohlberg ausschlaggebend für die Entwicklung von Moral. Im Mittelpunkt der psychologischen Arbeiten Kohlbergs steht sein Stufenkonzept der Entwicklung des moralischen Urteils. Mit dessen Ausarbeitung hatte der amerikanische Entwicklungspsychologe Kohlberg im Rahmen seiner Dissertation im Jahr 1955 begonnen, diese Untersuchungen hat er zudem immer wieder verfeinert und reinterpretiert.¹⁴⁵

Die empirischen Untersuchungen dazu wurden kulturübergreifend in verschiedenen Ländern durchgeführt. Kohlbergs zentrales Anliegen ist es, den Vorgang der Moralentwicklung ausführlicher als bislang zu erfassen, infolge dessen resümierte er 1968, dass bisher „unter Moralentwicklung vornehmlich jene Aspekte der Sozialisation“ verstanden wurden, „die am Prozeß der Internalisierung beteiligt sind, d.h. dazu führen, daß ein Individuum lernt, den Regeln auch in Situationen zu entsprechen, in denen es keine Überwachung und

¹⁴⁴ vgl. Oerter 1997, S. 38

¹⁴⁵ Garz, 1996, S. 53f.

keine Sanktionen gibt - selbst wenn der Impuls geweckt wird, diese Regeln zu verletzen“.¹⁴⁶ Wie ebenfalls bei Piaget, steht bei ihm der kognitive Aspekt der Moralentwicklung im Vordergrund. Darüber hinaus ist es bedeutsam, dass der junge Mensch Gelegenheit zum sozialen Austausch mit anderen besitzt, um die Entwicklung des moralischen Urteils zu stimulieren. Diese Gelegenheit zum sozialen Austausch beinhaltet auch die wichtige Fähigkeit zur Rollenübernahme.¹⁴⁷ Für beide Entwicklungsrichtungen ist daher ein aktives Erleben und Lernen im Wechselspiel mit der Umwelt kennzeichnend. Als grundlegende Annahme für die Moralentwicklung führt Kohlberg die von Piaget untersuchten Stufen des logischen Denkens aus, indem Kohlberg folgende Ausführungen tätigt: „Da moralisches Denken natürlich auch Denken ist, hängt ein fortgeschrittenes moralisches Denken von einem fortgeschrittenen logischen Denken ab. Es besteht eine Parallelität zwischen der logischen Stufe eines Individuums und seiner Moralstufe.“¹⁴⁸ Diese Aussage beinhaltet, dass die eigentliche Moralentwicklung erst mit dem Ende der von Piaget postulierten Phase des präoperationalen Denkens¹⁴⁹, also mit ca. 7-8 Jahren, beginnt. In diesem Alter tritt das Kind in das Stadium des konkreten logischen Denkens ein. Die Kinder können dann logisch schließen, Gegenstände klassifizieren und quantitative Relationen zwischen konkreten Dingen handhaben.¹⁵⁰ Damit sich die moralische Entwicklung vollziehen kann, müssen demnach bestimmte Entwicklungen im Denken vorangeschritten sein. Ein fortgeschrittenes logisches Denken erscheint hier notwendig, ist aber nach Kohlberg keine hinreichende Voraussetzung, um eine höhere moralische Stufe zu erlangen.¹⁵¹ Grundsätzlich verzichtet Kohlberg auch darauf seinem Stufenmodell konkrete Altersangaben bzw. Altersgrenzen zuzuordnen.

5.5.1 Zur Ermittlung moralischer Urteile

Kohlberg unterscheidet bei seiner Methode, zur Erfassung der moralischen Urteile, drei aufeinanderfolgende Einheiten:

1.) das hypothetische Dilemma

Jeder Person werden zu Beginn der Erhebung hypothetische Dilemmata vorgelegt, in welchen sich (mindestens) zwei moralische Werte gegenüberstehen, die sich gegenseitig aus-

¹⁴⁶ Kohlberg zit. nach Althof (Hrsg.) unter Mitarbeit von Noam und Oser 1995, S. 7

¹⁴⁷ vgl. Kohlberg zit. nach Althof (Hrsg.) unter Mitarbeit von Noam und Oser 1995, S. 31ff.

¹⁴⁸ ebd. S. 124

¹⁴⁹ vgl. Garz 2006, S. 72

¹⁵⁰ vgl. Kohlberg zit. nach Althof (Hrsg.) unter Mitarbeit von Noam und Oser 1995, S. 124

¹⁵¹ vgl. ebd. S. 124f.

schließen, so dass sich die befragte Person für eine Alternative entscheiden muss.¹⁵² Diese können, nach Silbereisen, wiederum in allen Lebenslagen präsent sein, bspw. in der Frage der Gewährung oder Verweigerung von Sterbehilfe bei unerträglichen Schmerzen, der Wahrung oder dem Bruch einer beruflichen Schweigepflicht angesichts einer Gefahr oder das Aufdecken oder dem Vertuschen einer Straftat einer nahestehenden Person, um nur drei Beispiele anzuführen.¹⁵³ Bei der Heranziehung hypothetischen Dilemmata versprach sich Kohlberg Vorteile, die bei der Vorlage von tatsächlich erfahrenen Konflikten verloren gingen. Die Dilemmata sollen zudem „die Befragten möglichst ähnlich ansprechen“ und „die richtige Mischung zwischen kultureller Nähe und Distanz liefern“.¹⁵⁴

2.) *das strukturelle Interview*

Kohlberg und sein Forscherteam ermittelten hierzu vier Richtlinien, an denen sich das strukturbezogene Interview orientieren muss.

- a) Postulat der Aufrichtigkeit: Die zu befragende Person muss möglichst genau über das Ziel der Befragung unterrichtet werden.
- b) Postulat der Klarheit: Das Interview darf nur dann ausgeführt werden, wenn die zu befragende Person den Inhalt des vorgelegten Dilemmas, welcher als Auslöser eines moralischen Urteils gilt, auch verstanden hat.
- c) Postulat der Präskriptivität: Die Antworten der Befragten müssen eindeutig das eigene Urteil reflektieren.
- d) Postulat der maximalen Kompetenzausschöpfung: Hier wird vom Interviewer erwartet, dass er die Befragten animiert, dass sie ihre Antworten überdenken, verbessern und erweitern würden.¹⁵⁵

3.) *die Auswertung des Interviews*

Dieser Schritt beinhaltet die Auswertung der erhobenen Antworten und damit zielt dieser Schritt auf die Beurteilung der vorgelegten Dilemmata ab. Die Auswertung der Interviews ist dabei sehr anspruchsvoll und vielschichtig, aus diesem Grund werden an dieser Stelle lediglich die Grundschritte zusammengetragen.

Die Auswertung der Antworten erfolgt durch einen Vergleich mit „Musterantworten“, die selbst wiederum in einem Handbuch (Manual) miteinander verglichen werden. Diese In-

¹⁵² vgl. Garz 1996, S. 77

¹⁵³ vgl. Silbereisen 1998, S. 874f.

¹⁵⁴ vgl. Garz 1996, S. 77ff.

¹⁵⁵ vgl. ebd. S. 80ff.

interviewantworten werden in Themen (bspw. „Leben“, „Wahrheit“, „Gewissen“) eingeteilt. Eine weitere Einteilung der Antworten erfolgt dann über die von Befragten klassifizierten Normen und Elemente. Weitere Klassifizierungen verhelfen dem Interviewer einen zusätzlichen Übersichtcharakter zu ermitteln.

Die einzelnen Einheiten werden wiederholt, bis alle erhobenen Antworten ausgewertet sind, und diese je einer Stufe zugeordnet sind. Diese Zuordnung wird dann nochmals geprüft. Erst im Anschluss werden die einzelnen Stufenwerte im Manual nach spezifischen Richtlinien zu einem Gesamtwert zusammengefasst, so dass das Endergebnis, als jeweilige Stufenstruktur eines jeden Befragten, feststeht.¹⁵⁶

5.5.2 Die Stufen der moralischen Entwicklung nach Kohlberg

Bevor auf die eigentliche Darstellung des Stufenmodells eingegangen wird, sollen vorab grundlegende Annahmen zum Entwicklungsstufenmodell erfolgen, indem Garz generell von folgenden Kriterien ausgeht:

- a) Invarianz der Entwicklung;
- b) Integration der jeweils vorausgehenden Stufe in die nächsthöhere;
- c) Eigenständigkeit jeder Stufe im Sinne einer strukturierten Ganzheit, also qualitativer Unterscheidbarkeit.¹⁵⁷

Insgesamt lassen sich sechs Stufen der Entwicklung der moralischen Reife und Urteilsfähigkeit unterscheiden, die er in ein vorkonventionales, ein konventionales und ein postkonventionales Niveau gliedert. Jedem der drei Niveaus unterliegen jeweils zwei Stufen der Entwicklung, die an dieser Stelle dargelegt werden sollen.¹⁵⁸

1. Präkonventionelles Niveau: Auf diesem Niveau regiert das Kind auf kulturelle Regeln und Kategorisierungen von „gut“ und „schlecht“, „richtig“ und „falsch“, interpretiert werden diese anhand der materiellen oder hedonistischen Folgen von Handlung (z.B. Strafe, Belohnung, Austausch von Gefälligkeiten); die Kategorien erhalten ihre Bedeutung durch die physische Macht derjenigen, die die Regeln aufstellen.

• Stufe 1: Orientierung an Strafe und Gehorsam: Die materiellen Folgen der Handlung bestimmen, ob sie gut oder schlecht ist, ungeachtet der Bedeutung oder des Wertes dieser

¹⁵⁶ vgl. ebd. S. 84ff.

¹⁵⁷ ebd. S. 102

¹⁵⁸ ebd. S. 51ff.

Folgen für den Menschen. Vermeiden von Strafe und fragloser Unterwerfung unter die Macht sind um ihrer selbst willen wichtig und entspringen nicht der Achtung vor einer zugrundeliegenden moralischen Ordnung, die zu ihrer Aufrechterhaltung Autorität und Strafe notwendig macht (dies taucht erst auf Stufe 4 auf).

• Stufe 2: instrumentell-relativistische Orientierung. Die richtige Handlung ist die, die instrumentell zur Befriedigung eigener Bedürfnisse und - bei Gelegenheit - auch anderer dient. Menschliche Beziehungen sind Handelsgeschäften vergleichbar. Vorstellungen von Fairness, Gegenseitigkeit und Gleichverteilung sind in Ansätzen vorhanden, werden aber immer materiell-pragmatisch ausgelegt. Reziprozität wird im Sinne von „Wie du mir, so ich dir“ verstanden, nicht im Sinne von Loyalität, Dankbarkeit oder Gerechtigkeit.

2. Konventionelles Niveau: Auf diesem Niveau wird es als in sich wertvoll angesehen, den Erwartungen der eigenen Familie, der Gruppe, dem Staat oder der Nation zu entsprechen, ungeachtet der sich unmittelbar daraus ergebenden Konsequenzen. Diese Haltung entspringt nicht allein einer Konformität mit den Erwartungen und der sozialen Ordnung, sondern spiegelt die gegenüber bestehende Loyalitäten und das aktive Bemühen wider, diese Ordnung zu erhalten, zu unterstützen, zu rechtfertigen und sich mit den entsprechenden Personen oder der Gruppe zu identifizieren.

Stufe 3: Orientierung an zwischenmenschlicher Harmonie oder am Bild des „guten Jungen“ bzw. des „netten Mädchens“. Gutes Verhalten ist das, was anderen gefällt oder hilft und deren Zustimmung findet. Beherrschend sind stereotype Vorstellungen davon, was mehrheitliches oder „natürliches“ Verhalten ist. Verhalten wird häufig nach der zugrundeliegenden Absicht beurteilt, es „gut zu meinen“ taucht zum ersten Mal als wichtige Überlegung auf. Mit „Nettigkeit“ erntet man Anerkennung.

Stufe 4: Orientierung an Gesetz und Ordnung. Autorität, feste Regeln und die Erhaltung der sozialen Ordnung sind die wesentlichen Orientierungspunkte. Richtiges Verhalten besteht darin, seine Pflicht zu tun, Respekt vor Autorität zu zeigen und die bestehende Sozialordnung um ihrer selbst willen zu erhalten.

3. Postkonventionelles, autonomes oder prinzipienorientiertes Niveau: Auf diesem Niveau besteht ein deutliches Bemühen, moralische Werte und Normen zu bestimmen, die unabhängig von der Autorität der Gruppen und Personen, die diese Prinzipien vertreten,

und unabhängig von der eigenen Identifikation mit diesen Gruppen Gültigkeit besitzen und anwendbar sind.

Stufe 5: Legalistische Sozialvertrags-Orientierung. Richtige Handlungen werden meist im Hinblick auf allgemeine Individualrechte und auf Standards definiert, die von der gesamten Gesellschaft kritisch geprüft und vereinbart worden sind. Der Relativismus persönlicher Werte und Meinungen wird klar erkannt, und dementsprechend wird Wert auf Verfahrensregeln für die Herstellung von Konsens gelegt. Außerhalb dessen, was verfassungsmäßig gilt und auf das man sich demokratisch geeinigt hat, ist das Richtige eine Angelegenheit persönlicher „Werte“ und „Meinungen“. Der „legale Standpunkt“ wird betont. Betont wird aber immer die Möglichkeit, das Gesetz aufgrund rationaler sozialer Nützlichkeitsabwägungen ändern zu können (statt wie es an Stufe 4, als unveränderbar zu akzeptieren). In Fällen, in denen man sich nicht auf Gesetze stützen kann, wird man durch freie Übereinkunft und Verträge bindend in die Pflicht genommen.

Stufe 6: Orientierung an universellen ethischen Prinzipien. Was richtig ist, wird durch Gewissensentscheidungen im Einklang mit selbstgewählten ethischen Prinzipien festgelegt, die sich darauf berufen, logisch umfassend, universell und konsistent zu sein. Dabei handelt es sich um abstrakte, moralphilosophische Prinzipien (Goldene Regel, Kategorischer Imperativ), nicht um konkrete Regeln (Zehn Gebote). Im Mittelpunkt stehen die universellen Prinzipien der Gerechtigkeit, der Gegenseitigkeit und Gleichheit der Menschenrechte sowie der Achtung vor der Würde menschlicher Wesen als individuelle Personen.

5.6. Zusammenfassende Schlussfolgerung

Das vorangegangene Kapitel umfasste die Absicht wichtige Aspekte zur politischen Sozialisation Jugendlicher näher zu beleuchten und aufzuzeigen.

Politische Orientierungen und Handlungskompetenzen werden für Jugendliche nicht erst ab einem für sie wahlberechtigten Alter relevant. Bereits viel früher entwickeln sich erste Ansichten, die im Zusammenhang mit politischen Vorstellungen zu betrachten sind, und die im Laufe ihres Lebens immer weiter ausdifferenziert werden. Diese Prozesse in das „Hineinwachsen“ in die jeweilige politische Kultur eines Landes, „also die Übernahme politischer Werte und Normen, das Aneignen politischer Kenntnisse, das Formen politi-

scher Einstellungen und der Erwerb politischer Handlungskompetenzen¹⁵⁹ werden unter dem Begriff der politischen Sozialisation zusammengefasst. Sie hat die Entstehung und Entwicklung einer politisch handlungsfähigen Persönlichkeit zum Ziel und bildet damit die Grundlage, um das politische System eines Staates zu gewährleisten und zu stabilisieren.

Junge Menschen erfahren bewusst oder unbewusst in allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens politische Sozialisationsprozesse. Speziell ihre unmittelbaren Lebensräume wie Familie, Schule, Freunde und Medien bieten ihnen unterschiedliche Politisierungseffekte, die sich gegenseitig verstärken und ergänzen können, die aber auch eine potentielle Konkurrenz in Bezug auf die einzelnen Sozialisationsinstanzen darstellen können. Grundsätzlich wird dabei der Familie und damit den Eltern, als primäre Bezugspersonen, ein immer noch vergleichsweise hoher Stellenwert im Hinblick auf die politische Sozialisation ihrer Kinder eingeräumt. Die politische Sozialisation läuft hier vorrangig unbewusst ab, sie wird also in den meisten Fällen nicht gezielt durch die Eltern gesteuert. Dagegen umfasst die explizite Aufgabe der Sozialisationsinstanz Schule viel stärker und deutlicher den Bereich politisches Wissen zu vermitteln, und sie auf dem Weg zum politisch mündigen Bürger zu begleiten. Ihr Einfluss auf politische Orientierungen ist dagegen weitaus weniger eindeutig. Das Jugendalter ist aber auch die Zeit, in der die sozialen Kontakte zu Gleichaltrigen immer wichtiger werden, denn mit zunehmendem Alter lösen sie die Eltern als zentrale Bezugspersonen ab. Einen direkten Einfluss auf politische Orientierungen und Einstellungen scheinen Gleichaltrige aufeinander nur ausüben zu können, wenn Politik Gegenstand ihres Interesses und ihrer Kommunikation ist. Aber auch durch die Verbreitung der Massenmedien strömen immer mehr Einflüsse und Eindrücke auf die jungen Menschen ein. Junge Menschen sehen sich gleichzeitig den Einflüssen unterschiedlicher Sozialisationsagenturen ausgesetzt, diese Tatsache führt aber zu methodologischen Problemen in Bezug auf die Klärung der Gewichtung und des Einflusses einzelner Sozialisationsagenturen. Politische Sozialisation müsste demnach über den gesamten Lebenslauf und unter dem Ausschluss von interagierenden Umweltbedingungen erforscht werden.¹⁶⁰

Neben der politischen Sozialisation durch die einzelnen Sozialisationsinstanzen haben auch jene Prozesse Gewicht, die im Zusammenhang mit politischer Sozialisation zu sehen sind. Dahingehend sind jene Prozesse zu nennen, die die kognitive und moralische Ent-

¹⁵⁹ Rattinger 2009, S. 129

¹⁶⁰ vgl. ebd. S. 146

wicklung von Kindern und Jugendlichen näher beleuchten. Besonders im Jugendalter haben beide Vorgänge eine starke und prägende Wirkung in Bezug auf die Entwicklung zum politisch mündigen Bürger.

Jugendliche sind im Hinblick auf ihre kognitive Reife im intellektuellen Bereich bereits auf dem Höhepunkt der Entwicklung angekommen. Unter den Bedingungen, dass Probleme für sie verständlich und überschaubar sind, wird ihre Entscheidungsfindung nicht unter dem Niveau eines Erwachsenen stehen. In Bezug auf komplexes und dialektisches Denken sind sie nach wissenschaftlichem Erkenntnisstand Erwachsenen unterlegen, ebenso verfügen sie nicht über deren Wissensumfang. Folglich sind jugendliche Denk- und Entscheidungsfähigkeiten im politisch-gesellschaftlichen Bereich noch nicht optimal ausgeprägt. Demgegenüber sind junge Menschen aber unvoreingenommener und kreativer in der Bearbeitung von Problemen, da sie ohne festgefahrene Denkmuster auskommen. Aufgrund dessen, können sie als eine wertvolle Bereicherung angesehen werden.

Die Moralentwicklung nach dem Ansatz von Lawrence Kohlberg verdeutlicht, dass moralbezogene Werte in der sozialen Umwelt von jungen Menschen erlebbar sein müssen. Lehrreiche Interaktionserfahrungen sind die Grundvoraussetzung hierfür. Die Qualität dieser Interaktionserfahrungen sollte vorzugsweise in einem respektvoll geprägten Umgang miteinander liegen. Jugendliche müssen auch die Chance erhalten, ihre geistigen und moralischen Fähigkeiten anwenden zu können. Die verbale Weitergabe moralischer Forderungen, das bloße „Eintrichtern“ von Wissen, die unreflektierte Aufnahme von Informationen sind zu wenig, um junge Menschen dahingehend zu befähigen, sich verantwortungsbewusst, selbständig und kompetent zu entwickeln.

6. Einstellungen der Jugendlichen zur Politik

In diesem Abschnitt wird die Frage nach der Bedeutung von Politik für die Jugendlichen gestellt. Hierzu wird auf den allgemeinen Begriff „Interesse“ eingegangen, um dann auf das politische Interesse der Jugendlichen in den letzten Jahren einzugehen. Anschließend wird anhand der „Politischen Positionierung“ und den „Einstellungen zur Demokratie und Gesellschaft“ auf eine „Typologie der jugendlichen Einstellungen zum Politischen“ eingegangen. Zudem wird die „Gesellschaftliche und politische Beteiligung Jugendlicher“ in der Bundesrepublik Deutschland untersucht, um ein Gesamtbild der politischen Orientierung

Jugendlicher wiederzugeben. Beleuchtet werden diese Aspekte anhand verschiedener Daten aus aktuellen empirischen Studien.¹⁶¹

6.1 Zum Begriff Interesse

„In den Interessen einer Person äußern sich ihre Vorlieben, Wertorientierungen und vorherrschenden Umweltbezüge. Aus der Sicht der Person sind ihre Interessen an Aktualität kaum zu übertreffen – sie bilden Ziele ihres Handelns und Themen im Austausch mit anderen Menschen.“¹⁶² Interesse beinhaltet nach Krapp, dass die Person eine Beziehung zu einem Gegenstand (Thema, Sachverhalt, Wissensgebiet, Ereignis usw.) herstellt. Die Person setzt sich mit dem subjektiv bedeutsamen Gegenstand auseinander. Für etwas Interesse zu haben, ist mit dem Gefühl verbunden, dass das Objekt oder Ereignis, auf welches das Interesse sich richtet, für das individuelle Selbst von Bedeutung ist. Das Gefühl der Bedeutsamkeit, das Erwachen eines Wertbezuges ergibt sich dadurch, dass sich das Individuum mit dem Gegenstand des Interesses identifiziert und sich weiter mit ihm beschäftigt.¹⁶³ Zudem haben Interessen selektiven Charakter, sie beziehen sich grundsätzlich auf bestimmte Gegenstände. Für welche Gegenstände eine Person Interesse entwickelt und welche anderen dabei ausgeblendet werden, hängt nach Krapp einerseits von den vorhandenen Strukturen an Fähigkeiten, Kenntnissen, Einstellungen und Werthalten des Individuums ab, aber auch von den spezifischen Anregungen durch die Umwelt. Der ständige Austauschprozess zwischen dem Individuum und seiner Umwelt, bildet damit die Grundlage einer individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung.¹⁶⁴

Krapp verweist darauf, dass in der empirisch pädagogischen Forschung, die den Zusammenhang von Interesse und Lernerfolg untersucht, der Interessenbegriff in zweierlei Hinsicht unterschieden wird. Der erste Ansatz betrachtet Interesse als persönlichkeitspezifisches Merkmal, z.B. als relativ stabile Präferenz für einen bestimmten Lerngegenstand (persönliches Interesse). Ein weiterer Ansatz bezieht sich auf den einmaligen, situations-

¹⁶¹ Bezug wird auf zwei repräsentative Studien genommen, deren Daten ich verwendet habe. Zum einen beziehe ich mich auf den Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) von 2006 (Befragung von 12- bis 29 Jährigen); desweiteren verwende ich Umfrageergebnisse der 15. Shell Jugendstudie Jugend 2006 (Befragung von Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren).

¹⁶² Prenzel/Krapp 1992, S. 1

¹⁶³ vgl. Krapp 1992(a), S. 325f.

¹⁶⁴ vgl. ebd. S. 304ff.

spezifischen, motivationalen Zustand, der aus einer besonderen Anreizbedingung hervorgeht (Interessantheit).¹⁶⁵

Ist das persönliche Interesse nur schwach ausgeprägt oder befindet sich in der Anfangsphase einer Interessenentstehung spielt die Anregungsqualität eine wichtige Rolle. Denn sie veranlasst das Individuum, sich dem Gegenstand des Interesses zuzuwenden, sich länger mit ihm zu beschäftigen und neue Aspekte zu entdecken. Bei bereits hoch entwickeltem Interesse sind dagegen die situativen Auslösebedingungen zu vernachlässigen, da sie nur eine untergeordnete Bedeutung besitzen bzw. irrelevant sind. Besteht noch keine Disposition gegenüber einem bestimmten Interessenbereich, kann situationales Interesse die Funktion einer Initialzündung haben und damit den Anfang der Entstehung eines persönlichen Interesses bilden. Zudem gilt, das Lernen aus Interesse zu wirkungsvolleren und intensiveren Lernergebnissen führt, als Lernen ohne Interesse. Die Beschäftigung mit Themen und Sachverhalte denen Interesse entgegengebracht wird, ist meist von längerer Dauer, das Individuum ist konzentrierter sowie stärker selbst bestimmt und emotional positiver gestimmt.¹⁶⁶

6.1.1 Das allgemeine Interesse an Politik

Wie bekunden Jugendliche ihr Interesse an Politik? Welche Bedeutung hat der eigenständige Lebensbereich Politik im Gegensatz zu anderen Lebensbereichen, wie etwa Partnerschaft, Beruf und Arbeit, Freunde oder Freizeit und Erholung? Schon in der Wertigkeit der Lebensbereiche lassen sich hier erste aussagekräftige Rückschlüsse ziehen.

Demnach wird den privaten Lebensbereichen eine hohe Bedeutung attestiert, die relativ geringe Bedeutung von Politik ist in den DJI-Befragungen zwischen 1992 und 2003 stabil. Im Erhebungsjahr 2003 stehen für alle Befragten (16- bis 29-Jährigen) an erster Stelle "Freunde und Bekannte" und "Eltern und Geschwister" mit Werten von 96 % bzw. 94 % (Skalenpunkte 5 bis 7 einer Skala von 1 = überhaupt nicht wichtig, bis 7 = sehr wichtig). Als nächstes folgen sehr dicht die Lebensbereiche "Beruf und Arbeit" (92 %), "Schul- und Berufsausbildung" (91 %), "Partnerschaft" und "Freizeit und Erholung". "Eigene Familie und Kinder" haben mit 77 % geringere Bedeutung als die vorher Genannten. Mit einem

¹⁶⁵ vgl. Krapp 1992(b), S. 11f.

¹⁶⁶ vgl. ebd. S. 15ff

Abstand folgen "Kunst und Kultur" und "Politik" mit jeweils 42 %, und die geringsten Nennungen erhält "Religion" (29 %).¹⁶⁷

Zudem findet sich in der Literatur in beinahe allen Studien, die den gesamten Lebenszusammenhang Jugendlicher untersuchen, im Bereich „Jugend und Politik“ die Frage nach der politischen Selbsteinschätzung mit dem Hintergrund der Selbstbewertung für das jeweilige politische Interesse. Arthur Fischer bemerkt nicht unkritisch in der 1997er Shell-Studie, zu dieser Fragestellung: „Die verbreitetste Methode zur Erhebung des politischen Interesses ist an Schlichtheit kaum zu überbieten. An Politik ist interessiert, wer auf die Frage: „Interessierst Du dich für Politik?“ mit „Ja“ antwortet“.¹⁶⁸ Die Frage ist weit verbreitet, allgemein gehalten und nimmt keinerlei Bezug auf aktuelle politische Themen oder Ereignisse.

Wegen der Unbestimmtheit der Frage in Bezug auf konkrete Inhalte von Politik wurde dieser Indikator häufig kritisiert. Die Frage zielt aber auf eine eher grundlegende Orientierung, als Voraussetzung für differenzierte politische Einstellungen und Verhaltensorientierungen, ab. Aufgrund dieser Voraussetzungen erlaubt sie Unterschiede von Altersgruppen und Veränderungen über Zeiträume auf der Aggregatebene auszumachen.¹⁶⁹ So wird in zahlreichen Studien belegt, dass sich das politische Interesse der Jugendlichen eher bedeckt hält. Diese Erkenntnis spiegelt sich auch in der 15. Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2006 wieder. Hier bezeichnen sich die Jugendlichen in der Altersgruppe von 12 bis 24 Jahren mit 5 % als stark interessiert und 30 % der befragten Jugendlichen als interessiert. Weitere 40 % sind hingegen wenig interessiert, 24 % der Jugendlichen bezeichnen sich als gar nicht interessiert.¹⁷⁰ Zusammengefasst ergeben die Kategorien „stark interessiert“ und „interessiert“ einen Gesamtprozentwert von 35 % (2002: 30 %), diese Prozentzahl gibt den Anteil an Jugendlichen wieder, die sich für Politik interessieren. Auf die anderen beiden Kategorien „wenig interessiert“ und „gar nicht interessiert“ entfallen somit 64 %. Etwas mehr als ein Drittel der Jugendlichen im Alter von 12 bis 24 Jahren bezeichnen sich demnach als politisch interessiert.¹⁷¹

¹⁶⁷ Gille 2006, S. 196ff.

¹⁶⁸ Fischer, A. 1997, S. 303

¹⁶⁹ vgl. Gille u.a. 1997, S. 151f.

¹⁷⁰ vgl. Schneekloth 2006, S.105

¹⁷¹ vgl. ebd. S. 105

Aufgrund der Homogenität der Shell-Studien kann ein längsschnittlich angelegter Vergleich hinsichtlich des politischen Interesses der Jugendlichen in der Altersgruppe der 15 bis 24-Jährigen dargestellt werden. Die Zeitreihe veranschaulicht, dass die Selbsteinschätzung zum eigenen politischen Interesse seit 1984 bis zu seinem Tiefpunkt 2002 deutlich rückläufig war. Die Ergebnisse zeigen, dass sich zwischen 1984 und 1991 ein leichter Anstieg der politisch Interessierten von 55 % auf 57 % zu verzeichnen war. Ab 1991 sank die Zahl der anteilmäßig Interessierten. Im Jahr 1996 betrug der Anteil noch 47 %, im Jahr 1999 sank der Anteil auf 43 % und fiel weiter bis auf 34 % im Jahr 2002. Mit dem Ergebnis von 39 % in der aktuellen Shell-Studie 2006 konnte sich das Ergebnis leicht verbessern. Dies als Trendwende zu interpretieren, ist allerdings verfrüht. Schneekloth sieht in dem Ergebnis einen Normalisierungsprozess, dessen weiterer Verlauf noch nicht absehbar ist.¹⁷²

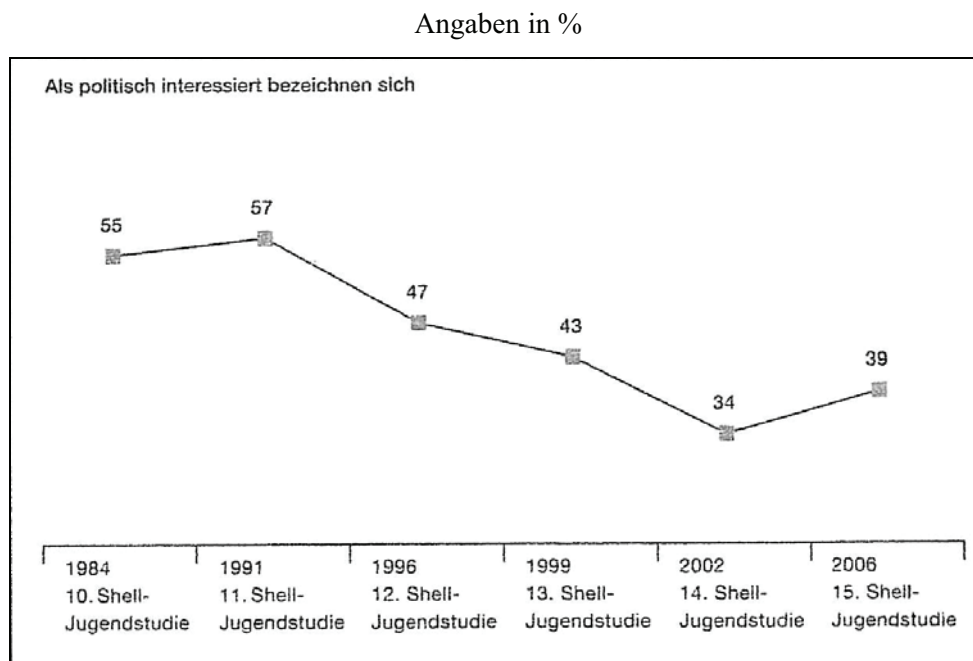


Abbildung 4: Zeitreihe: Politisches Interesse der 15- bis 24-Jährigen

Quelle: Schneekloth 2006, S. 105

¹⁷² vgl. ebd. S.105

6.1.1.2 Faktoren für das politische Interesse

Neben der allgemeinen Kategorisierung des Politikinteresses ergibt die Frage nach dem Politikinteresse auch eine Zusammenhangsanalyse nach sozialen und persönlichen Merkmalen. Das Ausmaß des politischen Interesses hängt demnach von unterschiedlichen Faktoren wie z.B. dem Lebensalter, der Geschlechterzugehörigkeit und dem Bildungsniveau ab. Diese Merkmale gilt es im weiteren Verlauf zu analysieren. Grundlegendes Kriterium sind die Ergebnisse der Zusammenhangsanalyse in der Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2006.

6.1.1.3 Lebensalter

Die Altersabhängigkeit hinsichtlich der politischen Interessiertheit ist eine bekannte Tatsache, die auch in der Erhebung der Shell-Studie 2006 deutlich zum Ausdruck kommt. Die befragten Jugendlichen wurden dazu in vier Altersgruppen eingeteilt. Nachfolgende Ergebnisse sind zu verzeichnen:

Alter	stark interessiert/ interessiert (Angabe in %)	weniger/ gar nicht interessiert (Angabe in %)
12 bis 14 Jahre	16	84
15 bis 17 Jahre	26	74
18 bis 21 Jahre	41	59
22 bis 25 Jahre	48	52

Tabelle 3: Zusammenhangsanalyse: Interesse an Politik nach dem Faktor Alter

Quelle: Schneekloth 2006, S. 107

Die jüngste Altersgruppe (12 bis 14 Jahre) ist mit 84 % am geringsten politisch interessiert. Das allgemeine politische Interesse wächst mit zunehmendem Alter bzw. ab der Volljährigkeit und vor dem Hintergrund der damit einhergehenden zunehmenden gesellschaftlichen Selbstverantwortung an. Bei den 22 bis 25-Jährigen beträgt der an Politik Interessierten 48 %.¹⁷³ Anhand dieser Zahlen, lässt sich vermuten, dass Jugendliche ihr politisches Interesse sukzessiv entwickeln. Plakativ könnte formuliert werden, dass jedes Alter seine Interessen und Vorlieben hat. Mit 14 Jahren ist die neue Single von Pink wichtiger als Verkehrspolitik. Bestimmt ebenso wichtig, wenn nicht noch interessanter, ist es zu wissen, wer im australischen Busch zum neuen „Dschungelkönig“ oder, in diesem Fall, zur

¹⁷³ vgl. ebd. S.106f.

„Dschungelkönigin“ gekrönt wird. Vogelsang vermutet, dass das Interesse der Jugendlichen an Politik zunimmt, je stärker sie selber davon betroffen sind.¹⁷⁴

6.1.1.4 Geschlechterzugehörigkeit

Nach wie vor wird auch in den neueren Umfragen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein geschlechtsspezifisch unterschiedlich ausgeprägtes politisches Interesse bekundet. Dieser Unterschied macht sich bei Mädchen und Frauen sowohl in Ost-, als auch in Westdeutschland gleichermaßen bemerkbar. Demnach geben Mädchen und Frauen ein geringeres Interesse an Politik an als Männer.¹⁷⁵ Politik ist und bleibt damit, im weitesten Sinne, ein „Männerthema“. Auch in der aktuellen Shell-Studie wird diese Aussage unterlegt. Mit 40 % bezeichnen sich über alle Altersgruppen hinweg nach wie vor deutlich mehr männliche Jugendliche als politisch interessiert. Bei den weiblichen Jugendlichen sind es im Vergleich 30 %, die sich als politisch interessiert einschätzen. Die Zahlen haben sich im Vergleich zur vorherigen Studie im Jahr 2002 (37 % zu 23 %) leicht angenähert.¹⁷⁶

6.1.1.5 Bildungsniveau

Der Einfluss des Bildungsniveaus auf das subjektive politische Interesse ist immer wieder feststellbar. Je höher die formale Bildung eines Menschen, umso höher ist der Anteil der Befragten mit politischem Interesse.¹⁷⁷ Nach wie vor sind es die besser gebildeten Jugendlichen, die sich als politisch interessiert charakterisieren. Vorteilhaft wirkt sich hier zudem ein politisch interessiertes Elternhaus aus. Die Gruppe der Studenten weist mit 68 % das höchste politische Interesse auf. Bei den Jüngeren unterscheiden sich die Gymnasiasten mit 39 % von den Realschülern und Hauptschülern mit je 14 %. Es stellt sich heraus, dass politisches Interesse, neben der Bildungsaspiration, von besser gebildeten und politisch interessierten Eltern auf die eigenen Kinder sozial vererbt wird.¹⁷⁸ Diese Tatsache bezieht auch eine Erkenntnis der PISA-Diskussionen in der Bundesrepublik mit ein. Demnach ist in keinem untersuchten Land der Erwerb höherer Bildungsstufen so deutlich von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland.¹⁷⁹

¹⁷⁴ vgl. Vogelsang 2001, S. 224

¹⁷⁵ vgl. Gille u.a. 1997, S. 152

¹⁷⁶ vgl. Schneekloth, 2006, S. 106f.

¹⁷⁷ vgl. Gille u.a. 1997, S. 153

¹⁷⁸ vgl. Schneekloth 2006, S. 106

¹⁷⁹ vgl. Faulde/Hoyer/Schäfer 2006, S. 54

6.1.1.6 Weitere Faktoren

Neben den skizzierten Faktoren gibt es noch weitere Merkmale, die als Einflussgrößen in Bezug auf das politische Interesse der Jugendlichen angeführt werden. Diese sollen hier aber nur informatorisch aufgeführt werden. Zu nennen ist u.a. die Unterteilung in die Alten/ Neuen Bundesländer, die regionale Herkunft (Stadt/Land) oder der Glaube.

6.2 Politische Positionierung

Die politische Positionierung der jungen Menschen wird unter diesem Punkt anhand der persönlichen „Links-rechts“-Positionierung, als auch anhand des Verhältnisses der Jugendlichen in Bezug auf die Parteien, gemessen.

6.2.1 „Links-rechts“-Positionierung

Die in der Shell-Jugendstudie eingesetzte Stufenskala von 0 = links bis 10 = rechts zeichnet folgendes Bild: Die befragten Jugendlichen ordnen sich im Durchschnitt eher „links von der Mitte“ ein. Dabei beziehen die Jugendlichen deutlicher Stellung als in der Jugendstudie von 2002. Waren es damals noch 22 % der 15- bis 25-Jährigen, die sich nicht positionieren wollten, sind dies im Jahr 2006 nur noch 15 %. Etwa ein Viertel dieser Jugendlichen gab auf Nachfrage an, ihre politische Meinung generell nicht offen legen zu wollen. Und etwa jeder zweite Jugendliche (18 %) konnte die eigene politische Meinung innerhalb der „Links-rechts“-Positionierung nicht richtig einordnen. Die verbleibenden 4 % aller Befragten war die Begrifflichkeit unklar und konnte sich aus diesem Grund nicht positionieren. Dies sind leicht überproportional Schüler aus der Haupt- und Realschule, Jugendliche mit geringem Politikinteresse sowie generell eher Jugendliche aus den alten Bundesländern (16 %), im Gegensatz zu jungen Menschen aus den neuen Ländern (8 %). Extreme Positionen werden nur von einer Minderheit der Jugendlichen bejaht. In Ostdeutschland ist der Anteil bei den linken (Einstufung von 0 bis 2) mit 13 % etwas höher als der Wert von 9 % in Westdeutschland. Das gegenteilige Extrem mit der Einstufung von 8 bis 10 und die sich selber als rechts bezeichnenden Jugendlichen ergeben für die alten, als auch die neuen Bundesländer jeweils einen Wert von 4 %.¹⁸⁰

6.2.2 Parteienverhältnis und Parteiaffinität

Die Jugendlichen wurden gefragt, welche Partei ihrer Meinung nach die Probleme in Deutschland am besten lösen könnte? 41 % der 15- bis 25-Jährigen geben an, dass dies aus

¹⁸⁰ vgl. Schneekloth 2006, S. 108ff.

ihrer Sicht auf keine der angegebenen Parteien zutrifft. 6 % machen hierzu keine Angabe. 2002 waren es 40 % der Jugendlichen, die keiner der Parteien entsprechende Lösungskompetenzen attestieren konnten. Weitere 15 % konnten oder wollten keine Angaben tätigen. Die beiden großen Volksparteien konnten diese Ergebnisse vorweisen: Etwa 20 % der Befragten tendieren bei dieser Frage zu CDU oder CSU, 18 % zur SPD. Die kleineren Parteien wie etwa die Grünen erhalten 6 % Kompetenzzuweisung, 3 % tendieren zur FDP, zur PDS/Linkspartei tendieren weitere 3 % und 1 % zu rechtsradikalen Parteien. In Bezug auf die aktuellen und die Ergebnisse aus dem Jahr 2002 ergibt sich, dass die Jugendlichen in „ihrer Parteilaffinität eher offen und noch wenig festgelegt“ sind. Dies äußert sich auch im Ergebnis der anfangs gestellten Frage und der vorrangigen Meinung der Jugendlichen, dass keine der Parteien eine Lösungskompetenz zugebilligt werden kann.¹⁸¹

6.3 Einstellungen zu Demokratie und Gesellschaft

6.3.1 Demokratie

Um die Frage nach Einstellungen der Jugendlichen zur Politik zu klären, ist gleichfalls bedeutsam die Frage der Legitimität des politischen Systems in Deutschland zu erörtern.

Nach Aussage von Hoffmann-Lange ist in den letzten Jahrzehnten „die Zufriedenheit mit der Realisierung der Demokratie in Deutschland zurückgegangen“.¹⁸²

Für alle die in den neunziger Jahren durchgeführten Jugendstudien wird von Gille und Krüger folgendes zusammengefasst: Im Ost-West-Vergleich zeigt sich eine größere politische Unzufriedenheit der jungen Menschen in den neuen Bundesländern. Die Einschätzungen der politisch-gesellschaftlichen Realität sind durchaus differenzierbar und für verschiedene Lebensbereiche unterschiedlich. Ost-West-Unterschiede im Hinblick auf die Einschätzung der Möglichkeiten der eigenen Lebensgestaltung und des privaten Umfeldes sind marginal. Jugendliche in den neuen Ländern sind deutlich unzufriedener, im Hinblick auf ihre soziale Sicherheit, ihre finanzielle Situation aber auch, was ihre politischen Einflussmöglichkeiten betrifft.¹⁸³

¹⁸¹ vgl. ebd. S. 110

¹⁸² Hoffmann-Lange 2003, S. 264 Handwörterbuch

¹⁸³ vgl. Gille/Krüger 2000, S.84

Die Erhebungsergebnisse und die sich daraus ergebene Zusammenhangsanalyse¹⁸⁴ der Shell-Studie 2006 zur Demokratiezufriedenheit, so, wie sie derzeit in der Bundesrepublik Deutschland besteht, bestätigen einen durchaus problematischen Akzent, der hier mit einem fehlenden Interesse an Politik bei Jugendlichen verbunden sein kann. Im Vergleich zur Jugendstudie 2002 hat sich das Potential der Unzufriedenen in den alten Bundesländern von 29 % (2002) auf 34 % erhöht. In den neuen Bundesländern bezeichnet sich die Mehrheit der Jugendlichen mit 57 % als unzufrieden. Das Problem das sich vorrangig zeigt, wird damit begründet, dass die fehlende Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland signifikant mit prekären Lebenslagen und eingeschränkten gesellschaftlichen Chancen verbunden ist. Hierzu werden die signifikanten persönlichen und sozialen Merkmale der Zusammenhangsanalyse beschrieben. Die Zusammenhangsanalyse ergibt, dass überproportional häufig Arbeitslose (59 %) bzw. Jugendliche, die mit ihrer schulischen/ beruflichen Situation unzufrieden sind (54 %) sich auch distanziert zu den Verhältnissen in Deutschland äußern. Überproportional trifft dies auch auf Jugendliche aus dem ländlichen Raum zu (53 %), dies betrifft vorrangig die neuen Bundesländer. Jugendliche, die in Haushalten leben, in denen das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen in der Regel nicht ausreicht, sind mit 47% vertreten. Ständiger Streit (59 %) und häufige Meinungsverschiedenheiten (51 %) mit den Eltern sind für die Jugendlichen weitere Gründe, sich unzufrieden zu äußern.¹⁸⁵

Für alle Jugendlichen gilt, dass sie Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft hohe Zustimmungswerte entgegenbringen. Grundlegende „Spielregeln“ einer parlamentarischen Demokratie sind das Recht auf freie Meinungsäußerung oder das Prinzip von Regierung und politischer Opposition, so die absolute Mehrheit der befragten Jugendlichen.¹⁸⁶

In der Shell Jugendstudie wurde alternativ gefragt, wie die Jugendlichen die Demokratie als Staatsform bewerten. 82 % in den alten und 73 % in den neuen Ländern geben an, dass sie die Staatsform grundsätzlich für gut befinden. Die ist die absolute Mehrheit. Nur 9 % der jungen Menschen in den alten und 14 % in den neuen Bundesländern halten sie für eine nicht so gute Staatsform. 10 % bzw. 13 % haben diesbezüglich keine Meinung.

¹⁸⁴ vgl. Schneekloth 2006, S. 110

¹⁸⁵ vgl. ebd. S. 110f.

¹⁸⁶ vgl. ebd. S. 115

Hinsichtlich der möglichen Alternativen, die sich die demokratiekritischen Jugendlichen vorstellen könnten, sind 42 % (knapp 8 % der Jugendlichen aus den alten Bundesländern) und 36 % (knapp 10 % der Jugendlichen aus den neuen Ländern) der Meinung, dass es zur Demokratie keine Alternative gibt. Für einen „starken Mann“/ „starke Parte“, die alleine regiert sind knapp 4 % der Jugendlichen jeweils in Ost und West. Für ein sozialistisches System sind weniger als 1 % der westdeutschen Jugendlichen und etwas über 6 % der Ostdeutschen Jugendlichen. Die verbleibenden 7 % haben hierzu keine Meinung.¹⁸⁷

6.3.2 Vertrauen in Institutionen

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 war als Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland und damit mit einem Institutionentransfer durchgeführt worden. 16 Jahre nach der Wiedervereinigung ermittelte die Shell-Studie, welchen gesellschaftlichen Gruppierungen und Institutionen die Jugendlichen den Institutionen des Staates entgegenbringen. Die Bewertung erfolgt anhand einer Skala von 1 = Sehr wenig Vertrauen, bis 5 = Sehr viel Vertrauen. An erster Stelle bei den 15 bis 25-Jährigen liegen wie auch in der letzten Studie, die unabhängigen Institutionen. Das sind die Gerichte (3,5 Punkten), die Polizei (3,5) und die Bundeswehr mit (3,3), denen die Jugendlichen am ehesten ihr Vertrauen aussprechen. Vergleichbare Ergebnisse erzielten auch Menschenrechts- und Umweltgruppen (3,4), internationale Instanzen wie die Vereinten Nationen (3,3) oder die Europäische Union (3,1). Neutral wird von den Jugendlichen ihr Vertrauensverhältnis zu den Gewerkschaften (3,0) und gegenüber Bürgerinitiativen (3,0) bewertet. Negativ werden auch diesmal die Bundesregierung (2,8), generell Parteien (2,6), Unternehmerverbände (2,9) und die Kirchen (2,7) bewertet.¹⁸⁸

Zudem führt die Shell-Studie Indikatoren an, die die sog. Politikverdrossenheit in Deutschland widerspiegeln sollen. Dazu werden u.a. die folgenden zwei Aussagen aufgeführt: „Die Politiker sind nur daran interessiert, gewählt zu werden und nicht daran, was die Wähler wirklich wollen.“ Diese Aussage erhält 4,5 Zustimmungspunkte. 4,4 Zustimmungspunkte erhält die Angabe „Bei uns gibt es nur wenige Mächtige, alle anderen haben nur wenig Einfluss darauf, was die Regierung wirklich tut.“ (Dabei führt die Skala die Werte von 1 = trifft überhaupt nicht zu bis 6 = trifft voll und ganz zu Skalenmitte = 3,5.)

¹⁸⁷ vgl. ebd. S. 113

¹⁸⁸ vgl. ebd. S. 114f.

6.3.3 Wahlbeteiligung

Die tatsächliche Wahlbeteiligung an ausgesuchten Bundestagswahlen in den Jahren 2002 und 2005 zeigt, dass diese bei allen Wahlberechtigten von 79,6 % auf 78,3 % und bei den Wahlberechtigten im Alter von 18-20 Jahren von 70,2 % auf 70 % sowie bei den 21-24-Jährigen von 68,1 % auf 66,5 % gesunken ist.¹⁸⁹ Die Wahlbeteiligung der jüngeren Generation ist nach wie vor gering ausgeprägt. Dennoch sprechen sich die befragten Jugendlichen, sowohl in Ost-, als auch in Westdeutschland deutlich dafür aus, dass es „die Pflicht eines jeden Bürgers ist, sich in der Demokratie regelmäßig an Wahlen zu beteiligen“. Interpretiert wird diese Aussage, als Ausdruck für grundsätzliches Wissen über die Bedeutung und das Wissen von staatsbürgerlichen Pflichten und den grundsätzlichen und fundamentalen Stellenwert von Wahlen in einem demokratisch verfassten Staat. Dabei ist die Einsicht in die Notwendigkeit nicht gleichzusetzen mit der tatsächlichen Wahlbeteiligung.¹⁹⁰ Wahlenthaltung kann demnach auch eine bewusst getroffene Entscheidung sein, die sich in ihrer Kritik an Parteien und politischen Institutionen wendet.

6.4 Typologie der jugendlichen Einstellungen zum Politischen

Differenziert man die Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren nach ihren Einstellungen zu Demokratie und Politik, so lässt sich folgende Typologisierung vornehmen.¹⁹¹

- mitwirkungsbezogene Jugendliche
- ordnungsorientierte Jugendliche
- politikkritische Jugendliche
- politisch desinteressierte Jugendliche

Knapp ein Viertel, und mit 24 % damit etwas mehr als bei der letzten Shell Studie von 2002 mit 21 %, gehören zu den mitwirkungsbezogenen Aktiven Jugendlichen, die in ihrer Grundhaltung im weiteren Sinne als „politisiert“ bezeichnet werden können. Sie orientieren sich eng an den Normen der Demokratie und stehen für Mitbestimmung und Engage-

¹⁸⁹ vgl. Namislo/Schorn/von Schwartzenberg 2006, S. 224f.

¹⁹⁰ vgl. Schneekloth, 2006, S. 115

¹⁹¹ vgl. ebd. S. 117

ment. Diese Jugendlichen sind allgemein etwas älter und vorrangig Studierende und Gymnasiasten. Mit 60 % ist ein überproportionaler Anteil der Jugendlichen männlich.¹⁹²

Das Gegenstück hierzu bilden mit 28 %, und damit ebenfalls mit einem etwas höheren Anteil als 2002 (22 %), die „politik-kritischen“ Jugendlichen. Sie weisen die größte Distanz zur Politik auf und charakterisieren sich selber am stärksten als „politikverdrossen“. Parteipolitik wird von ihnen weitgehend abgelehnt. Auch diese Jugendlichen orientieren sich an den Grundwerten der Demokratie und weisen trotz ihrer Unzufriedenheit eine hohe Akzeptanz gegenüber unserem gesellschaftlichen System auf. Zu ihnen zählen häufiger Erwerbstätige oder Arbeitslose. Vom Geschlechterverhältnis ist diese Gruppe relativ ausgeglichen.¹⁹³

Weitere 28 %, in diesem Fall etwas weniger als 2002 (33 %), gehören zu den „politisch desinteressierten“ Jugendlichen. Sie reklamieren für sich so gut wie gar kein Interesse an Politik und schreiben sich die geringste politische Kompetenz zu. Überproportional häufig handelt es sich um jüngere „Kids“, die in der Regel die Haupt- oder Realschule oder aber zum Teil auch die gymnasiale Mittelstufe besuchen. Zudem sind sie vorrangig weiblich. Sie sind im Zuge ihres individuellen Reifungsprozesses noch vorrangig mit sich selber und weniger mit der Gesellschaft im Ganzen beschäftigt und von daher in ihrer Meinung auch noch nicht festgelegt.¹⁹⁴

19 % der Jugendlichen, und damit ebenfalls weniger als 2002 (24 %), können schließlich als im weitesten Sinne „ordnungsorientiert“ bezeichnet werden. Die Gruppe ist relativ inhomogen. Zwar bekennt sich auch diese Gruppe mehrheitlich zur Demokratie. Sie hat jedoch ein etwas weniger ausgeprägtes Verhältnis zu den demokratischen Freiheiten, etwa zum Recht auf Opposition und zur Meinungsfreiheit. Ihnen kommt es vermehrt darauf an, dass politische Angelegenheiten straff und ohne große Debatten geregelt werden. Die Jugendlichen verteilen sich gleichmäßig auf die verschiedenen Statusgruppen. In ihrem Fall gehören mit 58% mehr männliche als weibliche Jugendliche dieser Gruppe an.¹⁹⁵

¹⁹² vgl. ebd. S. 117ff.

¹⁹³ vgl. ebd. S. 117ff.

¹⁹⁴ vgl. ebd. S. 117ff.

¹⁹⁵ vgl. ebd. S. 117ff

6.5 Gesellschaftliche und politische Beteiligung Jugendlicher

Abschließend wird es um die Frage gehen, ob und inwiefern Jugendliche die Bereitschaft zeigen, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren.

Zu unterscheiden sind drei Arten der sozialen und politischen Partizipation, diese unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Form und ihres Inhaltes. Partizipation erfolgt demnach:

- im institutionalisierten Bereich
- in informellen Gruppierungen, Initiativen und Organisationen
- an punktuellen Beteiligungsaktionen¹⁹⁶

Die traditionelle Form der Beteiligung, also die Partizipation im institutionalisierten Bereich, spiegelt das Engagement in den großen traditionellen Organisationen und Verbänden (bspw. Sportvereine, Berufsverbände, Gewerkschaften, Parteien) wieder. Diese gelten als Kristallisationsinstitutionen von Interessen. Sie sind funktional gegliedert und verstehen sich als Mitgliederorganisationen. Ihre Mitgliedschaft und Mitarbeit ist eher langfristig ausgelegt, Loyalitäten oder instrumentelle Bindungen sind relativ stark ausgeprägt. Informelle Gruppierungen, Initiativen und Organisationen sind z.B. Umweltgruppen, Friedensbewegungen oder Bürgerinitiativen. Sie entwickelten sich vorrangig in den 1970er und 1980er Jahren als Formen einer „Neuen sozialen Bewegung“. Ihre Organisation ist weniger fest. Im Zentrum der punktuellen Beteiligungsformen stehen die politischen Handlungen. Selbige sind „eher temporär und situativ“ ausgelegt und „dienen der Unterstützung politischer Ziele“¹⁹⁷ Dazu gehören Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Wahlen.¹⁹⁸ Der Anteil der jungen Menschen, die Mitglieder in den Vereinen, Verbänden und Organisationen sind, ist niedrig. So sind in Westdeutschland 58 % der 16- bis 29-Jährigen im Jahr 2003 Mitglied in mindestens einer traditionellen Organisation. Für die Ostdeutschen Jugendlichen in derselben Altersgruppe beträgt die Mitgliedsquote 42 %. Eine Ausnahme bilden hier nur die Sportvereine mit 35 % (West: 38 %, Ost: 23 %). Für alle anderen Vereine, Verbände und Organisationen sind nicht jeweils mehr als 10 % der befragten Jugendlichen Mitglieder. In seiner Gesamtheit gesehen, erreichen die einzelnen traditionellen Organisationen 55 % der Jugendlichen als Mitglieder. Für 49 % stellen sie eine aktive Betäti-

¹⁹⁶ vgl. Gaiser/de Rijke 2006, S. 220f.

¹⁹⁷ ebd, S. 221f.

¹⁹⁸ vgl. ebd 2006, S. 221

gung, in zumindest einer Organisation, im verbandlichen Rahmen dar (West: 52 %, Ost:38 %). In beiden Fällen wird die Ost-West-Differenz deutlich. Hierfür werden zwei Gründe in Betracht gezogen. Zum einen liegt es möglicherweise an der geringeren Verbreitung der traditionellen Vereinigungen, zum anderen kann es an möglichen Vorbehalten der ostdeutschen Jugendlichen gegenüber diesen Institutionen liegen.¹⁹⁹ Diese Ost-West-Differenz ist auch in der Befragung der jüngeren Altersgruppe erkennbar. Die 12- bis 15-Jährigen wurden allerdings nicht nach der formalen Mitgliedschaft befragt, sondern nur zur Vereinsaktivität allgemein.

Den informellen Gruppierungen stehen die 16- bis 29-Jährigen Jugendlichen positiv gegenüber. Dies zeigt sich in ihren Einstellungen, aber auch in der Beteiligungsbereitschaft der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Hier rangieren Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen und Menschenrechtsgruppen, aber auch Tierschutzinitiativen auf den vordersten Plätzen. Deutlich geringer fällt die Zustimmung gegenüber globalisierungskritischen Gruppen (z.B. Attac) und Kernkraftgegnern aus. Diese beide Gruppen werden von einem sechstel der Jugendlichen abgelehnt. Die tatsächliche Bereitschaft zur Beteiligung bei den einzelnen der politisch orientierten informellen Gruppen liegt auch bei den sehr positiv bewerteten bei maximal knapp einem Zehntel. Fast ein Viertel der Jugendlichen ist in mindestens einer der erfassten Gruppen tätig. Ähnliche Ergebnisse wurden auch von den befragten 12- bis 15- Jährigen Jugendlichen erzielt, wobei die Fragestellung und die Antwortmöglichkeiten hier vereinfacht wurden.²⁰⁰

Der 3. Jugendsurvey ist im Focus der informellen Gruppierungen auch auf einen Exkurs mit dem Titel: „Extreme Gruppierungen – Einstellungen und Aktivitäten“ eingegangen und thematisiert damit radikale und auffällige Beteiligungen, die den erwünschten sozialen Vorstellungen und Zielen einer demokratischen Gesellschaft widersprechen und entgegenwirken. Denn nicht jede soziale oder politische Beteiligung fördert solidarisches Denken und Handeln, politisches Vertrauen und demokratische Stabilität. Zusammenschlüsse und Vereinigungen mit diesem Hintergrund werden soziale oder politische Aktivität attestiert, da sie über private Unternehmungen hinausgehen und einen selbstgewählten Hintergrund beinhalten. Extreme politische Gruppierungen werden ebenfalls in diesem Kontext betrachtet, wobei in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren rechtsorientierte Grup-

¹⁹⁹ vgl. ebd. S. 225f.

²⁰⁰ vgl. ebd. S. 234ff.

pen und deren Aktivitäten, häufig in ostdeutschen ländlichen Regionen, für Schlagzeilen in den Medien sorgen. Die Daten des Jugendsurvey ergeben auf die Frage nach den „weniger fest organisierten Gruppierungen und Bewegungen“ und einer Bewertung durch die Jugendlichen im Hinblick auf Aktivitäten und Einstellungen zu extremen Gruppierungen folgendes: Die aktive Mitarbeit in Gruppierungen, die im rechten extremen Feld angesiedelt sind (Vorgaben: „Faschos/Neonazis/rechte Skins“ bzw. „rechte Gruppierungen“) ebenso wie im linken Lager („linke Gruppierungen“, „Autonome/Anarchos“) so gut wie nicht angegeben wurden. Aktivitäten in rechten Gruppierungen ist, nach Aussage des DJI's, ein Phänomen, welches in repräsentativen Studien kaum erfassbar ist. In Befragungen können diese Personen nur schwer erreicht werden, zudem gelten derartige Themen als unerwünscht und problematisch und werden eher weniger wahrheitsgemäß beantwortet. Die lokale Konzentration dieser extremen Gruppierungen ist, nach Heitmeyer, in bedrohlicher Weise vorhanden, aber an sich nicht weit verbreitet.²⁰¹ Vorherrschend ist die explizite Ablehnung durch die Jugendlichen, insbesondere bei den rechten Gruppierungen. Bei den linken Gruppierungen fällt die ablehnende Haltung der Jugendlichen geringer aus, die Bewertungshaltung („weder gut noch schlecht“) dafür etwas höher. Positive Resonanzen finden sich bei 8 % der befragten jungen Menschen insgesamt. Bei den jüngeren Altersgruppen sind positive Bewertungen kaum anzutreffen. Hier herrscht eine deutlichere Unkenntnis, vor allem bei „Autonomen“, vor. Die rechten Gruppierungen sind eher bekannt, werden aber auch deutlicher abgelehnt. In der Ost-West-Differenzierung finden sich folgende Unterschiede: Die rechten Gruppierungen werden im Osten etwas geringer abgelehnt. Geschlechtsdifferenzierungen in diesem Zusammenhang sind nicht sehr stark, Sympathien sind tendenziell eher bei den männlichen Jugendlichen, besonders in Ostdeutschland, auszumachen. Nur beim Bildungsabschluss sind gemäßigte Effekte feststellbar, diese sind wiederum im Osten des Landes deutlicher auszumachen. Vorrangig die Ablehnung rechter Gruppierungen durch Abiturienten ist größer, als bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife (so erfolgten diese Angaben im Bereich „Faschos/Neonazis“: entsprechende Ablehnungswerte in Prozent 92 % zu 73 %, im Westen 96 % zu 83 %). Die Bewertung von Autonomen zeigt weniger starke Effekte. Bei den linken Gruppierungen sind die Sympathien unter den Abiturienten etwas größer als bei der Gruppe mit höchstens Hauptschulabschluss (im Osten mit 16 % zu 10 %). Vermutungen, dass jüngere Menschen

²⁰¹ vgl. Heytmeyer 2003 zit. nach Gaiser/de Rijke 2006, S. 237

eine größere Sympathie zu extremen Gruppen aufweisen, lassen sich nur tendenziell bestätigen und sind daher nicht aussagekräftig, um weitreichende Schlüsse ziehen zu können.²⁰²

Tenor der Übersicht zu jugendlichen Einstellungen rechter und linker Gruppierungen, ist eine deutliche Ablehnung dieser Gruppierungen und kaum feststellbare Aktivitäten. Diese Feststellung wurde bereits im Unterpunkt 6.2.1 deutlich erkennbar, da die politische „Links-rechts“-Positionierung von Jugendlichen nur von einer Minderheit angegeben wird. Die Thematik, vorrangig der rechten Einstellungen und Orientierungen, ist jedoch im Kontext rechtsextremer Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit ausführlicher differenzierbar. In diesem Zusammenhang sind drei Ebenen zu thematisieren. Diese beinhaltet die Ebene von aktiven Gruppen, die sich lokal konzentrieren, aggressiv agieren können und dabei jugendkulturell mit definiert werden. Eine zweite Ebene richtet den Blick auf Wahlaktivitäten und Parteien, die diesen Gruppierungen zugeordnet werden können. Eine dritte Ebene befasst sich mit dem Ursprung und dem generellen Einstellungsklima dieser Gruppierungen.²⁰³

Im Hinblick auf die punktuellen Beteiligungsformen zeigen die 16- bis 29-Jährigen ein breites Spektrum an Bereitschaft und Aktivität. An erster Stelle steht dabei die Beteiligung an Wahlen²⁰⁴. Auch in der DJI-Studie 2003 belegt (Vergleich zur Shell-Studie 2006 unter Punkt 6.3.3), dass „offensichtlich das Wählen als die wichtigste und selbstverständlichste Form demokratischer Beteiligung und politische Einflussnahme angesehen“ wird. Auch hier klafft die Lücke zwischen der Bereitschaft und der Bejahung (92 %) gegenüber der tatsächlichen aktiven Wahlteilnahme (80 %) auseinander. Protestverhalten durch „absichtliches Nichtwählen“ mit 15 % und die Wahl einer extremen Partei mit 9 % kommen für die Jugendlichen nur in eher geringer Anzahl in Betracht. An zweiter Stelle steht die Beteiligung an Unterschriftensammlungen (80 %), danach folgt die Bereitschaft an genehmigten Demonstrationen teilzunehmen (60 %). Andere Partizipationsformen, wie die aktive Parteimitarbeit oder die Übernahme eines politischen Amtes, liegen weniger in der Gunst der jungen Menschen. Die Jugendlichen in den neuen Ländern sind hierzu noch weniger bereit als ihre Altersgenossen in den alten Bundesländern. Die geringste Befürwortung erhalten politische Aktionen, die sich an der Legalitätsgrenze bewegen. Hierzu gehö-

²⁰² vgl. Gaiser/de Rijke 2006, S. 237ff.

²⁰³ vgl. ebd. S. 239

²⁰⁴ Anmerkung: Für dieses Item wurden bei den Aktivitäten nur die 18-bis 29-Jährigen berücksichtigt.

ren mit 25 % Boykottaktionen oder die Besetzung von Gebäuden mit weniger als 10 %. Die Befragten 12- bis 15-Jährigen zeigen sich für legale punktuelle Aktivitäten ebenfalls aufgeschlossen.²⁰⁵

Genau wie die subjektive Einschätzung des politischen Interesses beeinflussen, neben Ost-West-Unterschieden, auch die bereits in Punkt 6.1.1.2 thematisierten Faktoren die gesellschaftliche und politische Beteiligung der jungen Menschen. Auch in der Erörterung hinsichtlich der jugendlichen Partizipationsformen lässt sich feststellen, dass ein höheres Bildungsniveau, aber auch die grundsätzliche Teilhabe am Erwerbsleben, stärker die Involvierung in Vereine, Verbände und Organisationen ermöglicht und damit auch die Teilhabe am sozialen Leben in all seinen Facetten. Hinsichtlich einer Geschlechterdifferenz sind in den traditionellen Organisationen verstärkt männliche Jugendliche aktiv. Dies trifft auch für die Übernahme politischer Ämter oder die Mitarbeit in einer Partei zu. Andere legale Formen der politischen Artikulation und die Partizipation in informellen Gruppierungen werden von Mädchen und jungen Frauen ebenso stark wahrgenommen wie durch ihre männlichen Altersgenossen. Auffällige geschlechtsbedingte Beteiligungsunterschiede lassen sich hier nicht feststellen. Die Beteiligung an illegalen politischen Aktionen wird von jungen Männern eher in Betracht gezogen. Grundsätzlich werden diese Formen aber von der Mehrheit abgelehnt. Generelle Alterseffekte sind für die Aktivität der Jugendlichen im Alter von 16 bis 29 Jahren nicht zu verzeichnen. Kennzeichnend ist aber der starke Zusammenhang zwischen „sich engagieren“ und dem politischen Interesse. Hervorzuheben ist, dass das politische Interesse positiv mit gesellschaftlicher und politischer Beteiligung korreliert.²⁰⁶

6.6 Zusammenfassende Schlussfolgerung

Das politische Interesse der Jugendlichen ist unbestrittener Weise als gering einzustufen. Das gleiche gilt für das Vertrauen der jungen Menschen in die politischen Parteien und die Bundesregierung. Politik stellt demnach für viele Jugendliche keine orientierbare Größe dar. Dies bedeutet jedoch nicht, dass junge Menschen keine eigenen Interessen hätten, für die sie sich einsetzen. Jugendliche aufgrund dieser Tatsache generell als unpolitisch zu bezeichnen, ist in der Komplexität der Äußerung zu allgemein gehalten.

²⁰⁵ vgl. ebd. S. 241ff.

²⁰⁶ vgl. ebd. S. 256 ff.

Da die Frage nach dem politischen Interesse allgemein geringer ausfällt, als die Zustimmung zu Aspekten der Demokratie, so scheint die geringere Ausprägung zum einen der undifferenzierten Fragestellung geschuldet zu sein und Politik eher als ferner Lebensbereich betrachtet zu werden.²⁰⁷ Zum anderen kann ein geringes Interesse nicht gleichgesetzt werden mit der Abwertung oder gar der Ablehnung der demokratischen Ordnung in unserem Land, da eine hohe Akzeptanz in Bezug auf die demokratischen Prinzipien und Errungenschaften wie Meinungsfreiheit und freie Wahlen zu verzeichnen ist. Die eindeutige Mehrheit der Jugendlichen hält die Demokratie in Deutschland für eine gute Staatsform. Aber auch Jugendliche mit gegenteiliger Meinung sehen kaum eine Alternative zur Demokratie. Hinter dieser nach wie vor festzustellenden Kritik, vor allem von Jugendlichen aus dem Osten Deutschlands, verbirgt sich das eindeutige persönliche Empfinden, als Bürgerin oder Bürger aus den neuen Bundesländern sozial benachteiligt zu sein. Am höchsten ist die Kritik bei denjenigen ausgeprägt, die selber in unsicheren Lebensverhältnissen aufwachsen und die mit ihrer beruflichen Situation und ihren Chancen nicht zufrieden sind, dies ist vorrangig bei Jugendlichen der Fall, die in ländlichen Räumen leben.

Die Kritik richtet sich grundsätzlich auf die Umsetzung in unserem Land, da es Politikern, Parteien und politischen Institutionen nicht gelingt sich glaubwürdig, bürgernah und in ihren Strukturen transparent zu zeigen. Diesem Umstand wäre auch die gegenwärtig anhaltende Politik- und Parteienverdrossenheit²⁰⁸ geschuldet. Es ist weniger das Gemeinwohl, sondern eher der persönliche Machterhalt, der aus der Sicht der Jugendlichen das Agieren von Parteien und von Politikern bestimmt. Hinzu kommt das Empfinden einer mangelnden Effektivität²⁰⁹. Die wiederum die aktive Mitarbeit in einer Partei oder die Übernahme von politischen Ämtern verhindern. Hingegen werden andere Möglichkeiten der politischen Meinungsbekundung (z.B. Beteiligung an Wahlen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, Briefaktionen etc.) von den Jugendlichen genutzt. Engagement und die Bereitschaft zur gesellschaftlichen und politischen Beteiligung von jungen Menschen sind nicht eindeutig feststellbar. Mitgliedschaft und Aktivität sind in den traditionellen gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Verbänden eher als gering einzustufen (Gewerkschaften, Parteien), zum Teil aber auch ansteigend (Sportvereine). Etwa jeder zweite

²⁰⁷ vgl. Reinders 2001, S. 25

²⁰⁸ Schneekloth 2006, S. 119 und Hurrelmann u.a. 2006, S. 46

²⁰⁹ ebd. S. 19

Jugendliche wird durch solche Organisationen erreicht und betätigt sich innerhalb dieser Strukturen. Die Aktivität in den informellen Gruppierungen ist vergleichsweise niedrig. Die Sympathie für diese Initiativen ist dennoch groß, besonders im Bereich der unkonventionellen und selbstbestimmten Betätigungsfelder. Eine grundsätzliche Ablehnung, sich am politischen und gesellschaftlichen Geschehen zu beteiligen, konnte anhand der ausgewerteten Jugendstudien nicht nachgewiesen werden.

Auch in der Erörterung, hinsichtlich der jugendlichen Partizipationsformen, lässt sich feststellen, dass ein höheres Bildungsniveau, aber auch die grundsätzliche Teilhabe am Erwerbsleben, stärker die Involvierung in Vereine, Verbände und Organisationen ermöglicht und damit auch die Teilhabe am sozialen Leben in all seinen Facetten. Nach wie vor ist es vor allem die Schichtzugehörigkeit, die den Aktivitätsgrad prägt. Jugendliche aus gehobenen Herkunftsschichten bzw. Gymnasiasten und Studierende weisen hier die höheren Quoten auf.

Im Hinblick auf die politische Positionierung ordnen sich Jugendliche im Durchschnitt leicht links von der Mitte ein. Dem politischen Extremismus wird dabei eine Absage erteilt. Jugendliche lehnen die Einstellungen rechter und linker Gruppierungen ab, zudem sind Aktivitäten in diese Richtung kaum feststellbar. An dieser Stelle darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass Aktivitäten in Bezug auf rechte Gruppierungen ein Phänomen bleiben, welche in repräsentativen Studien kaum erfasst werden können. Auch das Potential rechts-extremer Haltungen in empirischen Untersuchungen zu analysieren, ist aufgrund einer nicht einheitlichen Definition dieser Gruppen problematisch.²¹⁰

Anzumerken bleibt aber auch die Tatsache, dass sich die Jugendlichen in einem sog. Entwicklungs-, Reifungs- und Findungsprozess befinden. Dies bedeutet nicht, dass sie mit ihren Ansichten, Vorstellungen oder Problemen alleine gelassen werden sollen, weil ohnehin alles von alleine in Ordnung kommt, aber es bedarf einer gewissen Zeit und dem nötigen Vertrauen, bis sich die jungen Menschen in dieser Entwicklungs- und Reifephase zu-rechtfinden. Dabei müssen sie unterstützt und ernst genommen werden. Der beste Weg dorthin läge in der Akzeptanz und Auseinandersetzung von jugendlichen Vorstellungen, der letztendlich nur in einem Miteinander begründet ist.

²¹⁰ vgl. Fend 1991, S. 199ff.

7. Wahlbeteiligung und Theorien des Wählerverhaltens

7.1. Die Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2005

Im Hinblick auf das „Superwahljahr 2009“, indem in der Bundesrepublik Europa- und Bundestagswahlen, aber auch in einigen Bundesländern Kommunal- und Landtagswahlen anstehen, werden zunehmend Stimmen laut, die die Bereitschaft der Bürger, speziell auch der jüngerer Personengruppen, thematisieren. Dabei stößt das Wahlverhalten Jugendlicher in der allgemeinen Öffentlichkeit häufig auf ein beachtliches Diskussionspotential. Der in Deutschland konstatierte Trend, dass neben dem politischen Interesse auch das Engagement heutiger Jugendlicher immer geringer wird und ihre Wahlbereitschaft abnimmt²¹¹, wird deshalb als ernst zu nehmendes Problem für die demokratische Gesellschaft betrachtet. Als eine grundlegende Erkenntnis im Hinblick auf die politische Beteiligung jüngerer und älterer Bürger bekennt Ursula Hoffmann-Lange: „Das Niveau der politischen Partizipation junger Menschen liegt in der Regel...unter dem der Erwachsenenbevölkerung.“²¹² Dieser Aussage zugrunde, liegt damit auch die überproportional sinkende Wahlbeteiligung der Jungwähler. Die Differenz zwischen ihnen, speziell der Altersgruppe der 21- bis 25-Jährigen und der Gesamtwählerschaft hat in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen.²¹³ Zum einen wird damit eine geringe Wahlbeteiligung Jugendlicher thematisiert, zum anderen erschrecken Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien in einigen Bundesländern bei vergangenen Landtagswahlen und die damit verbundenen hohen Stimmenanteile unter Jugendlichen.

Da bereits in Punkt 4. Einstellungen der Jugendlichen zur Politik auf die Thematik der Wahlbeteiligung Jugendlicher in Zusammenhang mit den Jugendstudien eingegangen wurde, diese aber verhältnismäßig kurz umrissen wurde, möchte ich an dieser Stelle auf die konkreten Ergebnisse der Bundestagswahl aus dem Jahr 2005 einzugehen. Dabei handelt es sich vorrangig um Ergebnisse, die den Faktor Alter berücksichtigen. Grundlage dieser Darstellung ist die Aufarbeitung und Zusammenfassung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik durch das Statistische Bundesamt²¹⁴.

²¹¹ vgl. Hurrelmann 2006, S. 46f.

²¹² Hoffmann-Lange 2003, S. 265

²¹³ vgl. ebd. S. 265

²¹⁴ Namislo/Schorn/von Schwartzberg 2006, S. 224ff.

7.1.1 Zur Höhe der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2005

Für die Bundestagswahl 2005 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 61,9 Mill. Personen wahlberechtigt. Die Zahl der Wähler betrug 48,0 Mill. Daraus ergab sich nach dem amtlichen Endergebnis eine Wahlbeteiligung von 77,7 % und damit die niedrigste Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen überhaupt. Sie lag um 1,4 Prozentpunkte unter der von 2002 (79,1 %) und um 4,5 Prozentpunkte unter der von 1998 (82,2 %).

7.1.2 Niedrigere Wahlbeteiligungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Die Wahlbeteiligung in den Bundesländern lag zwischen 71,0 % (Sachsen-Anhalt) und 79,4 % (Niedersachsen und Saarland). Wie bei allen Bundestagswahlen seit der Deutschen Einheit im Jahr 1990 lag die Wahlbeteiligung in allen neuen Bundesländern unter dem Bundesdurchschnitt (Ausnahme: Thüringen bei der Bundestagswahl 1998). Unter den sechs Bundesländern mit der niedrigsten Wahlbeteiligung waren wiederum alle neuen Bundesländer (71,0 bis 75,7 %), obgleich in diesen Bundesländern die Wahlbeteiligung im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 gestiegen ist. In allen alten Bundesländern ist im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 ein Rückgang der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag bei 74,3 % (2002: 72,8 %) im Vergleich zu 78,5 % (2002: 80,6 %) im alten Bundesgebiet. Die Wahlbeteiligungen in Ost und West haben sich damit wieder angenähert: Betrug der Abstand 1998: 2,8 Prozentpunkte, so stieg er 2002 auf 7,8 Prozentpunkte und ist 2005 wieder auf 4,2 Prozentpunkte gesunken.

7.1.3 Zur Wahlbeteiligung bei den Wahlberechtigten unter 30 Jahren

Der seit den 1980er-Jahren zu beobachtende Trend zur Wahlenthaltung bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahren hat sich, nach einer Unterbrechung bei der Bundestagswahl 2002, bei der Bundestagswahl 2005 fortgesetzt. Bei der Bundestagswahl 1980 (alte Bundesländer ohne Berlin-West) hatte die Wahlbeteiligung der 18- bis unter 30-Jährigen noch knapp über 80 % gelegen. Aus dieser Altersgruppe beteiligten sich bei der Bundestagswahl 1990 nur noch rund zwei Drittel (67,7 %) der Wahlberechtigten. Dieser Abwärtstrend hat sich bei der Bundestagswahl 2002 nicht fortgesetzt. Die Wahlbeteiligung der Wähler unter 30 Jahren hatte im Vergleich zu 1990 um 2,6 Prozentpunkte zugenommen und lag 2002 bei 70,3 %. Bei der Bundestagswahl 2005 sank sie jedoch wieder auf 68,8 % ab.

7.1.3.1 Geringste Wahlbeteiligung bei den 21- bis unter 25-Jährigen

Die niedrigste Wahlbeteiligung zeigte die Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen. Mit 66,5 % lag die Wahlbeteiligung um 11,8 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung aller Altersgruppen. Die 21- bis unter 25-jährigen Männer beteiligten sich sogar nur zu 66,1 % an der Bundestagswahl 2005. Bemerkenswert ist, dass die genannte Altersgruppe in jedem einzelnen Bundesland außer Hamburg die niedrigste Wahlbeteiligung aufwies. Die niedrigste Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2005 wiesen mit 61,8 % die ostdeutschen Männer im Alter von 21 bis unter 25 Jahren auf. Dieses Ergebnis beruht im Wesentlichen auf der niedrigen Wahlbeteiligung der zwischen 21 und 24 Jahre alten Männer in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern (52,9 %), Sachsen-Anhalt (58,6 %) und Brandenburg (61,2 %).

7.1.4 Höchste Wahlbeteiligung bei den Wählern zwischen 60 und 69 Jahren

Die Wahlbeteiligung nahm ab der Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen mit steigendem Alter zu, wobei die Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen mit 85,0 %, und damit 6,7 Prozentpunkten über der bundesdurchschnittlichen Wahlbeteiligung, die höchste Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatte. Da diese Altersgruppe unter allen zehn Altersgruppen der Repräsentativen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung mit etwa 9,7 Mill. Personen die zahlenmäßig zweitgrößte war, kam der hohen Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe eine besondere Bedeutung zu. Bemerkenswert ist, dass die genannte Altersgruppe in jedem einzelnen Bundesland die höchste Wahlbeteiligung erzielt hat. In der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten (70 Jahre und älter) geht die Wahlbeteiligung wieder auf 76,7 % zurück (Frauen: 73,1 %; Männer: 82,7 %). Die höchste Wahlbeteiligung wiesen mit 86,6 % die westdeutschen Männer der Altersgruppe zwischen 60 und 69 Jahren auf. Dieses Ergebnis beruht in erster Linie auf der hohen Wahlbeteiligung der zwischen 60 und 69 Jahre alten Männer in den Bundesländern Schleswig-Holstein (88,0 %), Rheinland-Pfalz (87,4 %), Niedersachsen (87,3 %), Baden-Württemberg (87,0 %), Bayern (86,7 %) und Hessen (86,6 %).

In der nachfolgenden Übersicht wird die Wahlbeteiligung zu den Bundestagswahlen von 1953-2002, im Hinblick auf das Alter der Wähler, in der Bundesrepublik grafisch dargestellt.²¹⁵ Hierzu werden die Wahlberechtigten in zehn Altersgruppen eingeteilt.

²¹⁵ Bundeswahlleiter 2005 zit. nach www.bpb.de

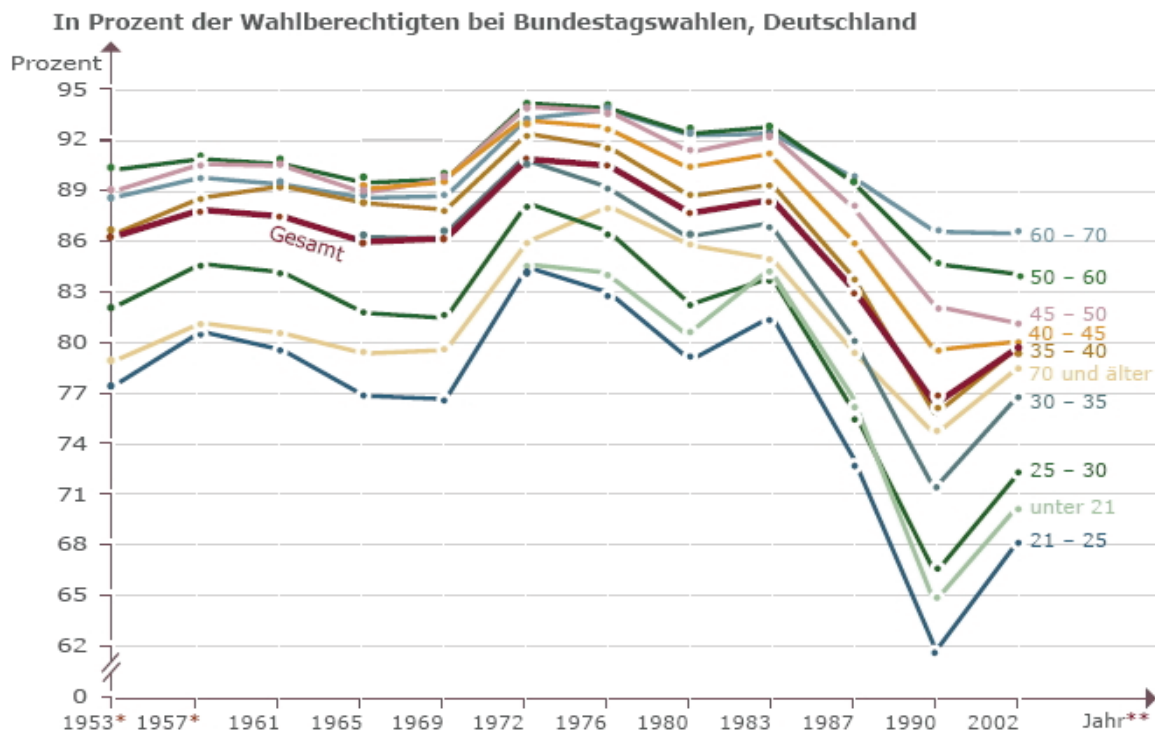


Abbildung 5: Wahlbeteiligung nach Altersgruppen 1953 - 2002

Quelle: Bundeswahlleiter 2005 (Stand: 08.2005) zit. nach Bundeszentrale für politische Bildung

* 1957: ohne Saarland; 1953: ohne Rheinland-Pfalz, Bayern, Saarland

** 1994 und 1998: keine Angaben wegen Aussetzung der Wahlstatistik

Diese Abbildung, die der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung entnommen ist, zeigt deutlich, dass bei den jungen Wählern die Wahlbereitschaft relativ gering ist. Erst mit zunehmendem Alter steigt selbige dann wieder an. Sie erreicht in der Altersgruppe der 60-70 Jährigen ihr Maximum und sinkt dann bei den über 70-Jährigen wieder ab. Die geringste aktive Wahlbereitschaft findet sich in allen bisherigen Untersuchungen bei den Jüngeren, im Alter von 21 bis 25 Jahren.

Diese für die Bundestagswahlen, seit 1953 zunehmend auch für Landtags- und Europawahlen eingesetzte Statistik, ermöglicht eine exakte Deskription von historischer Entwicklung in bezug auf die Wahlbeteiligung nach Alter oder anderen Faktoren wie dem Geschlecht der Wähler. Sie geben aber noch keinen Aufschluss über die dahinter stehenden Motivlagen der Einzelnen.

7.2 Theorien des Wählerverhaltens

Datensätze allein, sind zur Erklärung von Wählerverhalten nur bedingt aussagekräftig. Ihre Bedeutung und ihre Erklärungskraft offenbaren sich erst innerhalb von theoretischen Modellen, denn sie stellen einen Bezug zwischen Wählerverhalten und vorgelagerten Einfluss-

faktoren her. Im Wesentlichen lassen sich vier verschiedene Betrachtungs- und Untersuchungsperspektiven unterscheiden:

- Der **soziologische Erklärungsansatz** konzentriert sich in erster Linie auf Einflüsse, die dem sozialen Umfeld der Wähler zugesprochen werden können. Zu nennen wären hier etwa familiäre, berufliche, aber auch gesellschaftliche Einflüsse.
- Der **individualpsychologische Ansatz** untersucht den persönlichen Entscheidungsprozess in Abhängigkeit von vorhandenen längerfristigen Parteieigungen. Diese wirken wie ein Filter, durch den das politische Geschehen wahrgenommen und bewertet wird.
- Die **Theorie des rationalen Wählerverhaltens** bezieht sich auf die Analyse individueller Kosten-Nutzen-Abwägungen. Dem zugrunde liegt die Annahme, dass politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse prinzipiell nach vergleichbaren Regeln ablaufen.
- Das **Modell der sozialen Milieus** unterscheidet Wählergruppen nach Grundwerten, Lebensstilen und Lebensstrategien.

Grundlegende Unterschiede zwischen den einzelnen Erklärungsansätzen treten bereits durch diesen kurzen Abriss in Erscheinung. Die vier Erklärungsmodelle sollen im Folgenden näher vorgestellt werden.

7.2.1 Der soziologische Erklärungsansatz

7.2.1.1 Die mikrosoziologische Perspektive

Ein erster klassischer Ansatz unterstreicht die verhaltensrelevante Bedeutung des sozialen Umfeldes. Demnach ist Wählerverhalten Gruppenverhalten. Der mikrosoziologische Ansatz ist in der wissenschaftlichen Forschung auch als sozialstruktureller oder gruppentheoretischer Ansatz zu finden. Dem Erklärungsmodell liegt die Untersuchung des Meinungsbildungsprozesses bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1940 in Erie County (Ohio) durch Paul F. Lazarsfeld und seiner Mitarbeiter an der Columbia University zu Grunde. Nach ihren Forschungsergebnissen bestimmt vielmehr die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Gruppen mit festen politischen Verhaltensnormen die individuelle Wahlentscheidung, die mit Hilfe der Merkmale: sozioökonomischer Status, Konfessionszugehörigkeit und Größe des Wohnortes in hohem Maße nachgewiesen werden konnte. Je gleichgerichteter die Wahlnormen der Gruppen waren, denen der Einzelne angehörte, desto geringer war die Wahrscheinlichkeit einer subjektiv abweichenden Wahlentscheidung. Überlagerten sich dagegen beim Individuum einander widersprechende Loyalitätsforderungen

(„crosspressures“), wird allgemein mit der Reduzierung des politischen Interesses und der zeitlichen Hinauszögerung der Wahlentscheidung, bisweilen aber auch mit Wahlabstinenz, reagiert. In diesem Fall muss die Entscheidung fallen, welche Gruppenzugehörigkeit Priorität besitzt.²¹⁶ Das soziale Umfeld eines Individuums hat demnach einen großen Einfluss auf individuelle politische Meinungsbildungs- und damit Wahlentscheidungsprozesse. Das Individuum steht in diesem Modell im Mittelpunkt konzentrischer, sich gegenseitig verstärkender sozialer Kreise und veranschaulicht ein stabiles und kontinuierliches Wahlverhalten. Kurzfristige Änderungen in der Wahlentscheidung können nach diesem Modell nur unzureichend erklärt werden.

7.2.1.2 Die makrosoziologische Perspektive

Als Weiterentwicklung der vorangegangenen Perspektive fungiert die makrosoziologische Perspektive. Selbige erweitert den auf das Individuum gerichteten Fokus um den gesamtgesellschaftlichen Aspekt. Die Perspektive zielt auf ein langfristiges und stabiles Bündnis zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und politischen Parteien ab, wie sie in Westeuropa seit dem 19. Jahrhundert zu beobachten sind. Seymour M. Lipset und Stein Rokkan entwickelten in den 60er Jahren ein zweistufiges Modell, mit dem sich Ausprägungen und Veränderungen von Parteiensystemen in ihren Grundzügen erklären lassen. Die Gestalt des Parteiensystems wird durch historische Konflikte der Gesellschaft bestimmt. Aber nicht alle gesellschaftlichen Konflikte zeigen sich im Parteiensystem. Lipset und Rokkan identifizieren vier zentrale Konfliktlinien, sog. „Cleavages“:

- Zentrum-Peripherie-Konflikt
- Kirche-Staat-Konflikt
- Stadt-Land-Konflikt
- Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Konflikt²¹⁷

In allen vier Fällen koalieren politische Eliten mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen, um die jeweiligen Interessen vertreten zu können. Diese erst loseren Verbindungen entwickeln sich zu stabilen Parteiensystemen und verankern so die oben genannten Konfliktlinien.

²¹⁶ vgl. www.bpb.de gefunden am 22.03.2009

²¹⁷ vgl. Kleinhenz 1995, S. 24

Liberalen, christdemokratischen und sozialistischen Parteien wurzeln in diesen Auseinandersetzungen.²¹⁸

Zudem systematisierten Lipset und Rokkan die Voraussetzungen unter denen sich neue Gruppen in bereits bestehenden Parteiensystemen behaupten können. Ein Gelingen ist von unterschiedlichen Faktoren abhängig: Zum einen stellt sich die Frage nach der Legitimität des neuen Protestes, aber auch die nach ihren politischen Rechten und Möglichkeiten. Desweiteren bleibt ebenfalls die Frage, ob bereits bestehende Parteien den neuen Protest aufgreifen können. Einen hohen Stellenwert für die Ausprägung und Veränderung von Parteiensystemen hat demnach das Handeln politischer Eliten, ihrer Fähigkeit, politische Projekte zu artikulieren, um sich eine beständige Unterstützung ihrer Wähler sicher zu sein. Aber auch die Bereitschaft der Bevölkerung zur aktiven Teilnahme am und im Politischen fließt stark in diesen Ansatz mit ein.²¹⁹

7.2.2 Der individualpsychologische Erklärungsansatz

Im Gegensatz zum soziologischen Modell konzentriert sich der individualpsychologische Ansatz nicht auf den gesellschaftlichen Kontext, sondern hier rückt das Individuum selbst in den Mittelpunkt. Wahlverhalten ist demnach Ausdruck einer individuellen psychologischen Beziehung zu einer Partei. Angus Campbell und seine Mitarbeiter von der University of Michigan in Ann Arbor entwickelten diesen neuen Erklärungsansatz des allgemeinen Wählerverhaltens.²²⁰ Der auch als „Michigan-“ oder „Ann- Arbor- Modell“ bekannte Erklärungsansatz thematisiert die längerfristige und emotionale Bindung an eine bestimmte Partei und wird durch politische Sozialisationserfahrungen erworben. Neben dieser elementaren Parteiidentifikation bestimmen aber auch zwei weitere kurzfristig wirkende Einflussfaktoren das Wahlverhalten, dazu zählen: die Kandidaten- und Themenorientierung („issues“). Die individuelle Wahlentscheidung resultiert demnach aus dem Zusammenspiel dieser drei Faktoren und wird modellhaft mit einem Entscheidungstrichter verglichen, an dessen engster Stelle die kurzfristigen Faktoren (Kandidaten- und Themenorientierung) liegen.²²¹ Demnach erfolgt die Wahlentscheidung entsprechend der langfristigen Parteiidentifikation. Allerdings kann es bei einzelnen Wahlen auch zu Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Variablen kommen und langfristiges Wahlverhalten kann durch ande-

²¹⁸ vgl. www.bpb.de gefunden am 22.03.2009

²¹⁹ vgl. www.bpb.de gefunden am 22.03.2009

²²⁰ vgl. www.bpb.de gefunden am 22.03.2009

²²¹ vgl. Kleinhenz 1995, S. 30

re Faktoren überlagert werden. Subjektiv als einschneidend empfundene Personal- und Sachfragen z.B. in Bezug auf die Kandidatenbewertung oder die Einstellung zu politischen Streitthemen, lassen dann mitunter die Wahlentscheidung entgegen der längerfristigen Parteienidentifikation ausgehen.²²² Das individualpsychologische Erklärungsmodell beinhaltet zum einen auch die soziale Verankerung des politischen Meinungsbildungsprozesses, in Form der individuellen und durch die familiäre und gesellschaftliche Sozialisation hervorgerufenen Parteienidentifikation. Zum anderen erweitert sie den soziologischen Erklärungsansatz um die situativen Momente, die auf die individuelle Wahlentscheidung Einfluss nehmen können.

7.2.3 Die Theorie des rationalen Wählerverhaltens

Ein dritter Ansatz im Hinblick auf Wahlbeteiligungs- und Wahlentscheidungsprozesse fand in der Auseinandersetzung mit dem aus der Rational-Choice-Theorie abgeleiteten Ansatz statt. Diese ökonomische Theorie wurde in den fünfziger Jahren von Anthony Downs entwickelt. In dieser Theorie versucht das Individuum als Entscheidungsträger bestimmte Bedürfnisse und Ziele zu verwirklichen, dabei ist die Verwirklichung einzelner Ziele aber auch Einschränkungen unterlegen. Das Individuum, in diesem Fall als politischer Akteur, handelt unter der Prämisse des Eigennutz-Prinzips rational.²²³ Rationales Handeln bedeutet nach Downs, dass der Wähler versucht, sein Ziel „mit dem geringsten Aufwand an knappen Mitteln“ zu erlangen.²²⁴ Hierbei zählt, dass niemals die angestrebten Ziele selbst rational sind, sondern nur der Weg dorthin, also die Mittel, die der Handlungsträger anwendet, um selbige zu verwirklichen.²²⁵ Desweiteren sind dem Handlungsakteur grundsätzlich seine Ziele und die Kosten, die ihre Erfüllung verursacht, bekannt. Allerdings führt Downs später auch den Faktor der Ungewissheit ein und geht damit nicht mehr vom umfassend informierten Wähler aus. Die Akteure entscheiden weiterhin rational, allerdings nur im Rahmen ihrer mangelhaften Kenntnisse. So benutzen sie bspw. Ideologien zur Senkung ihrer Informationskosten.²²⁶ Rationales Wahlverhalten wird in der wissenschaftlichen Forschung allgemein mit der Orientierung des Wählers an aktuellen politischen Streit- und Sachfragen („issue-voting“) verstanden. Die Wahlentscheidung ist demnach nicht sozialstrukturell festgelegt oder durch emotionale Parteibindungen vorbelastet.

²²² vgl. www.bpb.de gefunden am 22.03.2009

²²³ vgl. Kleinhenz 1995, S. 33

²²⁴ Downs 1968, S. 4

²²⁵ ebd. S. 5

²²⁶ ebd. S. 110

Der Wähler wägt also anhand einer Kosten-Nutzen-Rechnung ab, welche Handlungsalternative für das Erreichen eines von ihm präferierten Ziels den größtmöglichen Eigennutzen verspricht. Hierzu stellt er ein Nutzendifferential auf, indem er die geleistete Arbeit der Regierung mit den zu erwartenden Leistungen der Opposition vergleicht. Vorrangig ökonomische Indikatoren wie Inflationsraten, Arbeitslosenzahlen oder Wachstumsraten spielen hier eine tragende Rolle.²²⁷ Rationales Wahlverhalten beinhaltet neben dem Nutzen des Wahlaktes, der aus der Teilnahme an der Wahl resultiert und idealerweise den Sieg der präferierten Partei beinhaltet, auch dass die Kosten des Wahlaktes nicht den Aufwand der Informationsbeschaffung und dem Gang zum Wahllokal übersteigen sowie die subjektive Wahrscheinlichkeit, dass die abgegebene Stimme entscheidungsrelevant ist.²²⁸ Aber schon in diesen Nutzenabwägungen liegen auch die Grenzen des Modells, denn die Frage nach dem Grund, weshalb jemand überhaupt an einer Wahl teilnimmt, lässt sich damit nicht immer schlüssig beantworten. Die Entscheidungsrelevanz, also die Wirkung und damit der Nutzen der eigenen Stimme, ist im Hinblick auf entstehende Kosten und Mühen, eher als gering einzustufen. Ebenso wenig erklärbar sind Wahlentscheidungen zugunsten kleiner Parteien, die keine Chance auf eine Regierungsbeteiligung haben. Downs versucht dieses Phänomen mit der Demokratie an sich zu erklären, als dem langfristigen Partizipationswert, den die Bürger durch ihre Stimmabgabe gewährleisten wollen.²²⁹

7.2.4 Das Modell des sozialen Milieus

Sei den achtziger Jahren erklärt ein neuer Zugang das Wählerverhalten, indem die Wähler in sozial-moralische Milieus eingeteilt werden. Das Sinus-Institut hatte 1984 eine Studie vorgelegt, die die veränderten Verhaltensweisen und Einstellungen der bundesdeutschen Bürger vor dem Hintergrund eines sich vollziehenden Wertewandels beschreiben wollte. Diese Analyse wurde 1992 aktualisiert und auf das Wahlverhalten der Bevölkerung übertragen. Die Einteilung der Gesellschaft in „Soziale Milieus“ erfolgt in diesem Zusammenhang durch die Identifikation grundlegender Wertorientierungen um vorherrschende Lebensziele. Zusätzlich werden auch unterschiedlichste Einstellungen wie Arbeit, Familie, Ängsten, Zukunftserwartungen oder Konsumverhalten miteinbezogen. Dabei werden insgesamt neun soziale Milieus unterschieden. Diese wiederum zeichnen sich durch gemein-

²²⁷ vgl. www.bpb.de gefunden am 22.03.2009

²²⁸ vgl. Kleinhenz 1995, S. 33

²²⁹ Downs 1968, 264f.

same Grundwerte und Lebensweisen aus. Der Vorteil den dieses Konzept bietet, liegt für politische Parteien in einem zielgruppengerechterem Agieren.²³⁰

7.3 Zusammenfassende Schlussfolgerung

Die grundlegenden Unterschiede zwischen den Erklärungsansätzen wurden nun näher dargestellt. Dabei orientiert sich der soziologische Ansatz an Umwelteinflüssen, während der individualpsychologische Ansatz den individuellen Entscheidungsprozess in den Blickpunkt stellt. Beide Ansätze heben eher längerfristige oder emotional stabilere Beziehungen zwischen Parteien und Wählern hervor. Die Theorie des rationalen Wählerverhaltens zielt auf die erfragten Einstellungen zu aktuellen politischen Problemen für die Wahlerklärung ab und beinhaltet damit kurzfristige und situative Bestimmungsgründe. Alle drei basieren auf Forschungstraditionen begründeter Studien zum amerikanischen Wählerverhalten in den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Das Modell des sozialen Milieus hat sich in den 80er Jahren entwickelt und konzentriert sich auf fundamentalen Wertorientierungen.²³¹ Dabei schließen sich die unterschiedlichen Erklärungsansätze nicht aus, sondern ergänzen sich bei der Analyse der komplexen Wahlentscheidungsprozesse. Allerdings sind diese Wahlentscheidungsprozesse nicht spezifisch auf jugendliches Wahlverhalten ausgelegt. Vorrangig thematisieren selbige altersunabhängiges, nationales Wahlverhalten der amerikanischen bzw. der bundesdeutschen Bevölkerung.

Was können nun Gründe für jugendliches Wahlverhalten sein? Und wie können diese Gründe mit den vorangestellten Theorien des Wählerverhaltens in Einklang gebracht werden? Angelehnt an die Ergebnisse und Aussagen der Jugendlichen in der Shell-Jugendstudie, dass es „die Pflicht eines jeden Bürgers ist, sich in der Demokratie regelmäßig an Wahlen zu beteiligen“, orientiert sich ihr Verhalten an Downs Erklärung vom langfristigen Partizipationswert. Als verantwortungsbewusste Bürger fühlen sie sich demnach zur Stimmabgabe verpflichtet, um das Funktionieren des demokratischen Systems sicherzustellen. Individualpsychologische Ansätze können sich in Meinungen widerspiegeln, die den Wahlgrund vom Auftreten bzw. den Charaktereigenschaften eines Kandidaten abhängig machen. Die Jugendlichen orientieren sich in diesem Fall an selbigem bzw. fühlen sich davon angesprochen. Die Prägekraft sozialer Gruppen auf das Wahlverhalten ist in

²³⁰ vgl. www.bpb.de gefunden am 22.03.2009

²³¹ vgl. www.bpb.de gefunden am 22.03.2009

diesem Ansatz wesentlich geringfügiger ausgeprägt und andere Sozialisationsinstanzen wie die modernen Massenmedien entfalten zunehmend ihre Wirkung. Für eine eher stark ausgeprägte und langfristige Identifizierung mit einer bestimmten Partei besitzen vor allem sozialstrukturelle und individualpsychologische Ansätze Erklärungspotential. Dagegen entfaltet auch das rational theoretische Argument bezüglich der Opportunitätskosten, die durch eine Wahlbeteiligung entstehen, zunehmend Erklärungskraft. Junge Menschen und andere, die nicht abstimmen, geben z.T. an, zum Wählen keine Zeit gehabt zu haben, da sie eine Handlungsalternative vorzogen oder aber, weil sie den Wert ihrer eigenen Stimme für irrelevant halten. Eine andere Ursache wäre hier in der Form des Wahlverhaltens zu suchen, in der bestimmte Einstellungen, wie z.B. Protest oder mangelndes Vertrauen der jüngeren Wähler, zum Ausdruck kommen.

II. Die Fragebogenerhebung

8. Die empirische Sozialforschung

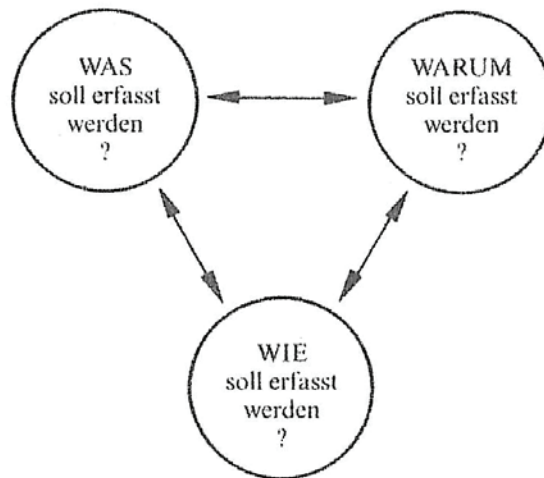
8.1 Zur Entstehung sozialer Daten

Unter der empirischen Sozialforschung, ist die systematische Erfassung und Deutung sozialer Tatbestände zu verstehen.²³² Empirisch bedeutet erfahrungsgemäß. Theoretisch formulierte Annahmen werden an spezifischen Wirklichkeiten überprüft. Systematisch heißt, dass die Erfahrungen der Umwelt nach Regeln geschehen müssen. Empirische Sozialforschung umfasst dabei den Bereich theoretischer Aussagen, der an realen Erfahrungen geprüft werden kann. Empirisch wahrnehmbare soziale Tatbestände sind: beobachtbares menschliches Verhalten, von Menschen geschaffene Gegenstände sowie durch Sprache vermittelte Meinungen, Informationen über Erfahrungen, Einstellungen, Werturteile, Absichten. Dabei sind 3 Grundfragen im Zusammenhang zu sehen.

²³² vgl. Atteslander 2008, S. 3

Abbildung 6: Grundfragen der empirischen Sozialforschung

Quelle: Atteslander 2008, S. 4



Für alle Vorhaben in der empirischen Sozialforschung gelten im Grunde genommen die gleichen Regeln. Unabhängig, ob es sich dabei um Fragen gesellschaftlicher Entwicklung oder einer Frage zur aktuellen Marktlage handelt. Peter Atteslander unterscheidet hier 5 Phasen des Forschungsablaufes.

- 1. Problembenennung**
- 2. Gegenstandsbenennung**
- 3. Durchführung/ Anwendung von Forschungsmethoden**
- 4. Analyse/ Auswertungsverfahren**
- 5. Verwendung von Ergebnissen**

Als Methoden der empirischen Sozialforschung sind geregelte und nachvollziehbare Anwendungen von Erfassungsinstrumenten wie Befragung, Beobachtung und Experimenten zu nennen.

8.2 Erhebung sozialer Daten

8.2.1 Die schriftliche Befragung mittels Fragebogen

Bei einer schriftlichen Befragung werden die gesuchten Informationen durch Personen gewonnen, die über die gewünschten Informationen verfügen. Der Fragebogen ist dabei das Instrument der Informationsgewinnung. Die Vorteile einer schriftlichen Befragung sind vorrangig finanzieller Art, da sie kostengünstiger sind. Zudem kann in einer kürzeren Zeit mit weniger Personalaufwand eine Vielzahl von Befragten erreicht werden. Der Interviewer als mögliche Fehlerquelle fällt weg. Zu den Einschränkungen dieser Art der Befragung muss gesagt werden, dass hier die Befragungssituation kaum hinreichend kontrollierbar ist. Andere Personen können die Antworten des Befragten beeinflussen. Der Interviewer fällt als Kontrollinstanz weg. Zudem müssen die Fragen eindeutig und zweifelsfrei verständlich sein. Das Risiko, dass Fragen weggelassen werden oder unvollständig bzw. nicht mit der nötigen Sorgfalt beantwortet werden, ist hoch. Spontane Antworten durch den Teilnehmer an der Befragung fallen gleichfalls weg. Aufgrund dessen eignet sich die schriftliche Befragung zur Ermittlung einfacher Tatbestände.

9. Untersuchungsanlage und Untersuchungsablauf

Die Untersuchungsanlage und deren Ablauf spiegeln auch die Zusammenarbeit zwischen mir und dem CJD-Regionalzentrum wieder. Aufgrund dessen möchte ich vorab einige Erläuterungen treffen. Dabei möchte ich das Zustandekommen dieser Diplomarbeit, in Zusammenarbeit mit dem CJD-Regionalzentrum in Neubrandenburg, unter folgenden Gliederungspunkten präzisieren:

9.1 Zuständigkeitsbereich und Arbeitsschwerpunkt des Regionalzentrums

„Das Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte befindet sich in der Trägerschaft des CJD Waren (Müritz). Es ist zuständig für die Stadt Neubrandenburg und die Landkreise Müritz, Mecklenburg-Strelitz und Demmin.“²³³ Die Standortwahl der Regionalzentren orientiert sich dabei an der ursprünglichen Planung, das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Kreisgebietsreform in 5 Großkreise einzuteilen.

²³³ www.cjd-rz.de gefunden am 5.5.2009

Jedem Regionalzentrum obliegt ein spezifischer Arbeitsschwerpunkt. Das CJD-Regionalzentrum mit Standort in Neubrandenburg befasst sich u.a. mit der „Begleitung und Unterstützung des Bundesmodellprojektes zur Verbesserung von Möglichkeiten zur Selbstorganisation und Partizipation junger Menschen im ländlichen Raum.“²³⁴ Insbesondere wird das 2009 gestartete XENOS-Projekt „A.K.T.I.V.-für Arbeit, Kompetenz, Toleranz, Integration und Vielfalt durch das Regionalzentrum begleitet. Im Rahmen dieses Arbeitsschwerpunktes werden vom Regionalzentrum unter Nutzung der Ressourcen des Trägers, als anerkannter Bildungsträger und Einrichtung der Jugendhilfe, Angebote für schwer erreichbare Zielgruppen u.a. in den Berufs- und Förderschulen vor Ort entwickelt und umgesetzt. Zu diesen „Problemgruppen“ gehören laut Einschätzung des Regionalzentrums folgende:

- männliche Jugendliche und junge Erwachsene
- bildungsferne Jugendliche und junge Erwachsene
- KJHG-Alter/ Kinder und Jugendliche mit Anspruch auf Eingliederungshilfen gemäß §§ 16 – 41 KJHG
- Jugendliche und junge Erwachsene in der Schul- und Berufsausbildung

9.2 Zustandekommen der Diplomarbeit

Vor dem Hintergrund des Arbeitsschwerpunktes und des aktuellen Anlasses des „Superwahljahres 2009“ hat das Regionalzentrum eine Diplomarbeit mit dem Titel: „Politische Einstellungen Jugendlicher – Eine empirische Studie an einer Produktionsschule in der Mecklenburgischen Seenplatte“ in Auftrag gegeben, um das politische Interesse, jugendliche Einstellungen und das Wahlverhalten der o.g. „Problemgruppen untersuchen zu lassen.

9.3 Der Fragebogen

Erhebungsinstrument war ein Fragebogen zum Selbstauffüllen. Dabei standen zwei Aspekte im Vordergrund: Einerseits sollten die gewonnenen Daten Aufschluss über die politischen Einstellungen der Jugendlichen geben, als Anhaltspunkte bzw. als Grundlage dienten hier im Vorfeld die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie und des DJI's, andererseits sollte der Fragebogen für die Jugendlichen verständlich und ansprechend sein. Bei der Entwick-

²³⁴ Konzept zur Einrichtung von Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern 2007, S. 11

lung des Fragebogens, und um seine Verständlichkeit zu gewährleisten, halfen mir die Rücksprachen mit Herrn Prof. Dr. Burmeister von der Hochschule Neubrandenburg und die Mitarbeiterinnen des Regionalzentrums für demokratische Kultur. Der Fragebogen wurde von mir farblich und mit grafischen Bildern gestaltet, um den Fragebogen „aufzulockern“, da ich vermute, dass Fragen zum Thema „Politische Einstellungen Jugendlicher“ auch in diesem Umfang nicht allzu beliebt bei den Jugendlichen ausfallen würden. Die grafische Darstellung diente hauptsächlich Motivationszwecken, die aber in ihrer Gesamtheit dezent ausfallen sollte, um mögliche Ablenkungen zu vermeiden, zudem sollte die Konzentrationsfähigkeit der Jugendlichen nicht unnötig beeinflusst werden. Bei der Teilnehmerbefragung wurden die personenbezogenen Daten wie Name, Anschrift, Geburtsdatum aus datenschutzrechtlichen Gründen weggelassen. Den Schülern stand es frei an der Befragung teilzunehmen.

Der Fragebogen enthält 33 Fragen und ist in die Teile A bis D gegliedert, diese umfassen die vier Bereiche: „Politik“, „Demokratie“, „Eigene Lebensverhältnisse und Aktivitäten“ sowie „Angaben zur eigenen Person“. Überwiegend ist der Fragebogen standardisiert, dies bedeutet, dass selbiger vorgegebene Antworten bzw. Bewertungskategorien zur Bearbeitung bereit hielt. Der Fragebogen fasste zudem 3 offene Fragen, dadurch erhielten die befragten Jugendlichen die Möglichkeit ihre Meinungen bzw. Vorstellungen selbständig formulieren zu können, ohne sich an vorgegebene bzw. bereits festgelegte Antwortkategorien orientieren zu müssen.

9.4 Zur Befragung

Die Befragung wurde mit den Schülern der Produktionsschule Müritz in der Stadt Waren durchgeführt. Die erste Kontaktaufnahme mit dem Schulleiter der Produktionsschule Herrn Kiehn²³⁵ erfolgte über die Mitarbeiterinnen des Regionalzentrums. Das sich daraus ergebende Zusammentreffen zwischen Herrn Kiehn und mir fand dann am 06. April 2009 in der Produktionsschule in Waren statt. Nachdem ich mein Anliegen, eine Befragung mit den Jugendlichen der Produktionsschule durchzuführen, vorgetragen hatte, erklärte sich Herr Kiehn sofort einverstanden. Zudem übernahm er auch die Vervielfältigung der Fragebögen, deren Verteilung in den Klassen und die Rücksendung selbiger. Im Vorfeld der Befragung war auch ein Pretest mit dazugehörigem Begleitanschreiben von mir vorgesehen,

²³⁵ Mit der Namensnennung in der Diplomarbeit ist Herr Kiehn einverstanden.

der vor der eigentlichen Befragung durchgeführt wurde. An diesem „Testlauf“ nahmen 5 Jugendliche teil, die den Fragebogen hinsichtlich seiner Verständlichkeit ausfüllen, lesen und gegebenenfalls kommentieren sollten. Desweiteren sollte die Aufsichtsperson der Teilnehmer Fragen oder Unklarheiten gesondert und zusammenfassend vermerken, auch um missverständliche oder den Probanden unbekannte Wörter und Formulierungen zu ersparen, um dann die Befragung so eindeutig wie möglich zu gestalten. Eine Korrektur des Fragebogens war nach Auswertung des Pretests allerdings nicht notwendig, da die Probanden keine Schwierigkeiten erkennen ließen. So beließ ich es bei dem im Anhang dargestellten Fragebogen mit Begleitanschriften.

Am 15.04.2009 fand dann die Befragung der Jugendlichen der Produktionsschule während des theoretischen Unterrichtes statt. Von 62 Schülern, die sich gegenwärtig in der Produktionsschule befinden, erhielt ich 41 ausgefüllte Fragebögen zurück. Die empirische Erhebung umfasst 24 männliche Teilnehmer und 17 weibliche Teilnehmer. Eine Alterseinteilung erfolgte in 4 Gruppen: 14-17 Jahre, 18-20 Jahre, 21-26 Jahre und über 27 Jahre, da im Vorfeld eine umfassendere Anzahl der zu befragenden Jugendlichen angedacht war. Aufgrund des geringen Teilnehmerumfanges ist die Befragung in seiner Aussagekraft nicht repräsentativ. Sie stellt vielmehr eine Befindlichkeitsstudie dar und gibt ein Stimmungsbild der befragten jungen Menschen wieder. Die Auswertung der Befragung erfolgt anhand einer grafischen Darstellung der angegebenen Häufigkeiten in Bezug auf ihre Verteilung.

Die 41 befragten Jugendlichen kommen aus der Kleinstadt Waren und der näheren Umgebung. Die Jugendlichen können dabei dem Benachteiligtenbegriff zugeschrieben werden. (Kriterien siehe Punkt 3.1.1) Dabei liegen ihre Schwächen in allgemeinen Bildungsinhalten und Lernbeeinträchtigungen, aufgrund dessen hatten sie dementsprechend Probleme in der Schule, später dann auch beim Eintritt in ein Ausbildungs- bzw. Arbeitsverhältnis. Hinzu kamen Motivations- und Konzentrationsschwierigkeiten oder Schulumüdigkeit, aber auch Schwierigkeiten im sozialen Bereich bezüglich der Akzeptanz von Verhaltensregeln. Letztendlich sind die Ausgangsbedingungen ihrer persönlichen und sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung beeinträchtigt. Ausgehend davon, haben diese jungen Menschen von Beginn an schlechte Chancen beim Übergang von Schule ins Ausbildungsverhältnis und damit ins Erwerbsleben.

9.5 Auswertung des Fragebogens

„Bitte beschreibe mit eigenen Worten den Begriff Politik. Was fällt Dir dazu ein?“

Politik ist für mich...“

Mit dieser bewusst offen gestellten Frage sollte abgeklärt werden, was die Jugendlichen grundsätzlich unter dem Begriff „Politik“ verstehen bzw. mit selbigem in Verbindung bringen, zusätzlich sollten sie so auf die nachfolgenden Fragen eingestimmt werden, indem sie sich ihrer eigenen Vorstellungen zu dieser Thematik bewusst werden.

23 Antworten gingen hierzu ein. 10 Personen assoziieren ihre Aussagen mit Adjektiven wie bspw. „egal“, „langweilig“, „nicht wichtig“ und „nicht interessant“. Die anderen 13 Antworten verbinden Politik mit bestimmten Aufgaben wie: „Wahlen“, „Rechte durchsetzen“, „Entscheidungen treffen“, „Kontrolle“, aber auch mit eigenen Empfindungen, z.B. „Ungerechtigkeit“ und „Korruption“ .

Teil A: Politik



Abbildung 7: „Findest Du Politik wichtig?“

54% der Befragten finden Politik, im Hinblick auf eine generelle Einstellung, wichtig. 22% sind gegenteiliger Ansicht. Die anderen 24% hatten diesbezüglich „keine Meinung“.

Im Hinblick auf die subjektive Einschätzung zum Interesse an Politik antworteten 5% sie seien „sehr interessiert“, „interessiert“ zeigte sich niemand. Ein „mäßiges Interesse“ zeigen

32%. Die Antwortkategorien „kaum und gar nicht interessiert“ ergeben eine Prozentzahl von 63%. Diese stellt damit deutlich mehr als die Hälfte aller gegebenen Antworten dar.

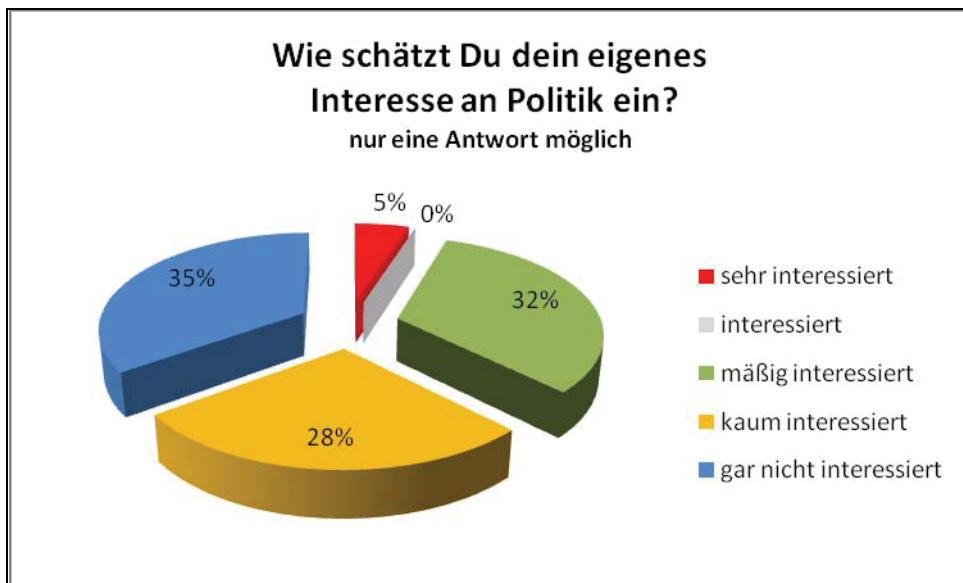


Abbildung 8: „Wie schätzt Du dein eigenes Interesse an Politik ein? Bist Du...“

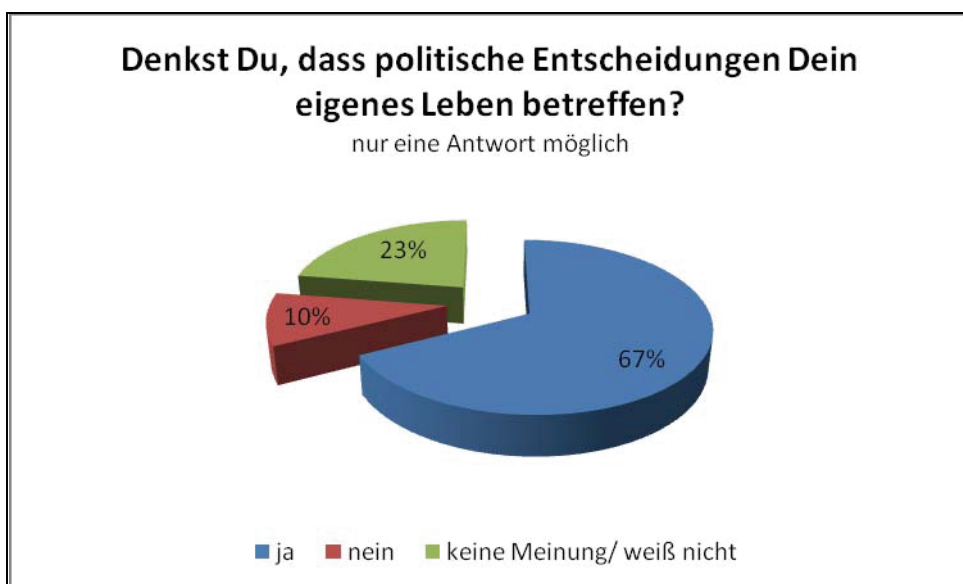


Abbildung 9: „Denkst Du, dass politische Entscheidungen dein eigenes Leben betreffen?“

67% der Jugendlichen denken, dass politische Entscheidungen ihr eigenes Leben betreffen. 10% teilen diese Ansicht nicht. Mit 23% ist die Zahl der jungen Menschen, die diese Frage nicht einschätzen, verhältnismäßig hoch.



Abbildung 10: „Informierst Du dich über aktuelle Politik?“

Ein Drittel der Befragten (34%) informiert sich, nach eigenen Angaben, über Politik. Die verbleibenden zwei Drittel (66%) geben an, dies nicht zu tun.

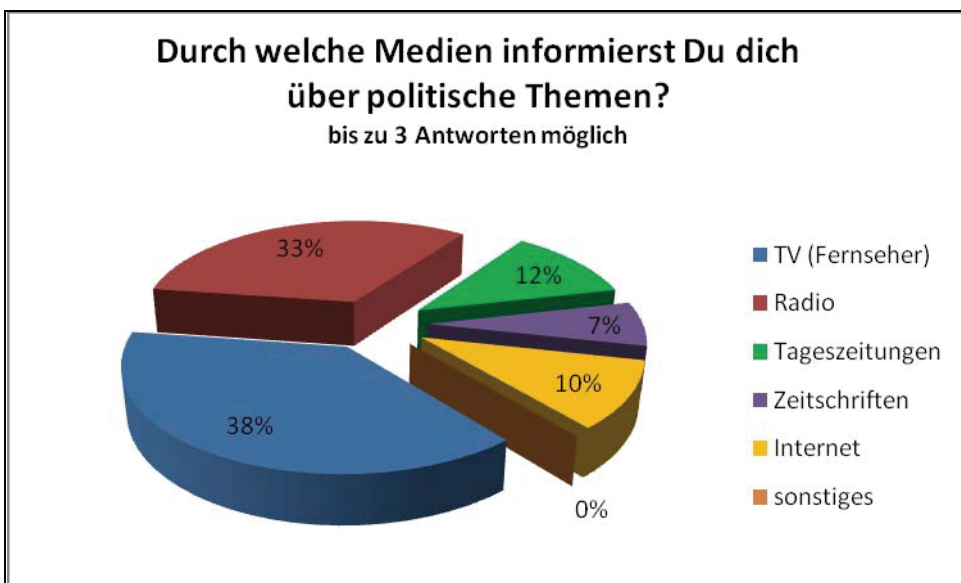


Abbildung 11: „Durch welche Medien informierst Du dich über politische Themen?“

Die Frage nach Hauptinformationsquelle und deren Rangfolge brachte das wenig überraschende Ergebnis zu Tage, dass 38% sich durch das „Fernsehen“ über politische Themen informieren. Gefolgt durch den Hörfunk („Radio“) mit einem geringen Abstand von 33%. An dritter Stelle und deutlich dahinter liegt die politische Informationsbeschaffung über „Tageszeitungen“ mit 12% der Stimmen, knapp dahinter wurde das Medium „Internet“ mit 10% genannt. Die verbleibenden 7% informieren sich aus „Zeitschriften“ über politi-

sche Themen. Damit werden nach wie vor die klassischen Medien als Hauptinformationsquelle angeführt.

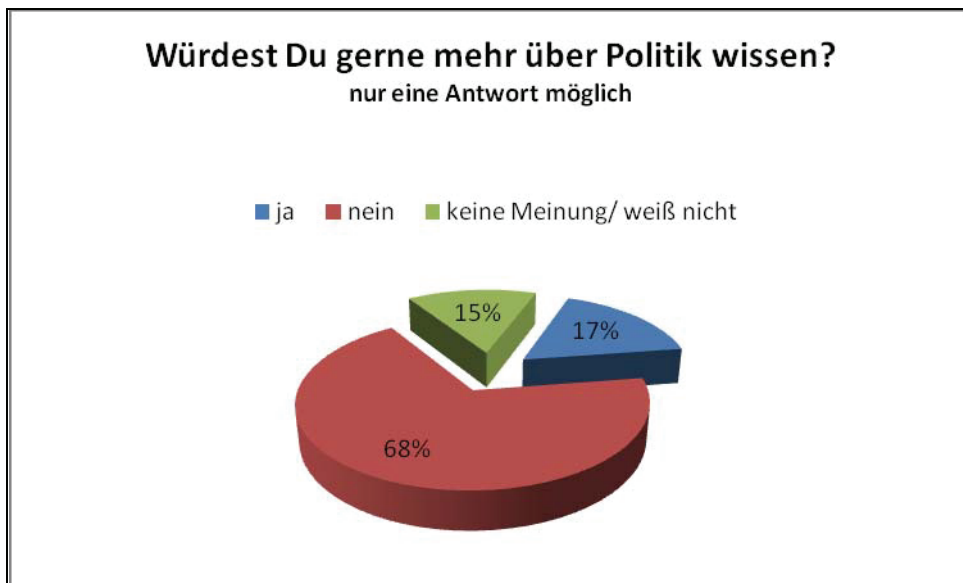


Abbildung 12: „Würdest Du gerne mehr über Politik wissen?“

68% der Befragten beantworten die Frage, ob sie gerne mehr über Politik wissen würden mit „nein“. Lediglich 17% würden gerne mehr über Politik erfahren wollen. 15% der Jugendlichen hatte hierzu „keine Meinung“.

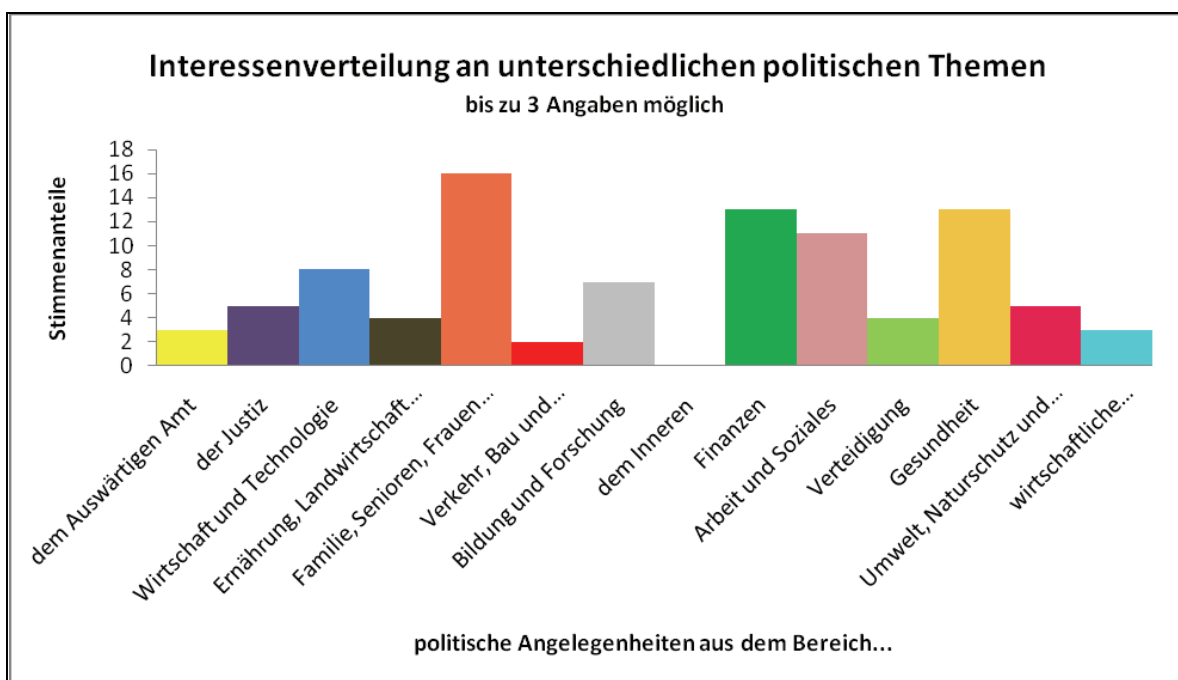


Abbildung 13: „Welche Themen aus der Politik interessieren dich? Ich interessiere mich für politische Angelegenheiten aus...“

In Bezug auf die Interessenverteilung an unterschiedlichen politischen Themen (die an die Bundesministerien angelehnt waren) ergab sich ein breitgefächertes Spektrum an Antworten. Bis auf politische Angelegenheiten aus „dem Inneren“ wurden alle weiteren Bereiche genannt. Die Häufigkeitsverteilung ergibt nachfolgendes Bild: das Hauptinteresse galt dem Bereich „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ mit 17 Nennungen. Die Bereiche „Finanzen“ und „Gesundheit“ mit je 13 Nennungen belegen den zweiten Platz. Gefolgt von Angelegenheiten aus dem Bereich „Arbeit und Soziales“ mit 11 Stimmen. „Wirtschaft und Technologie“ belegt mit 8 Nennungen Rang 4 und „Bildung und Forschung“ mit 7 Stimmen Rang 5. Mit jeweils 5 Nennungen folgen die politischen Angelegenheiten aus den Bereichen „der Justiz“ und „Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“. Mit je einer Stimme weniger (4 Stimmen) werden die Bereiche „Ernährung, Landwirtschaft und dem Verbraucherschutz“ sowie „Verteidigung“ auf Platz 7 angeführt. Noch vor den Angelegenheiten aus „dem Auswärtigen Amt“ und „wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ mit je 3 Nennungen. Auf dem vorletzten Platz belegt der Bereich „Verkehr, Bau und Stadtentwicklung“ mit einer Stimme Rang 9. Keine Antwort entfiel auf den Bereich „Inneres“. Dieses große Spektrum an Antworten hängt möglicherweise mit den individuellen Interessen der Jugendlichen zusammen.

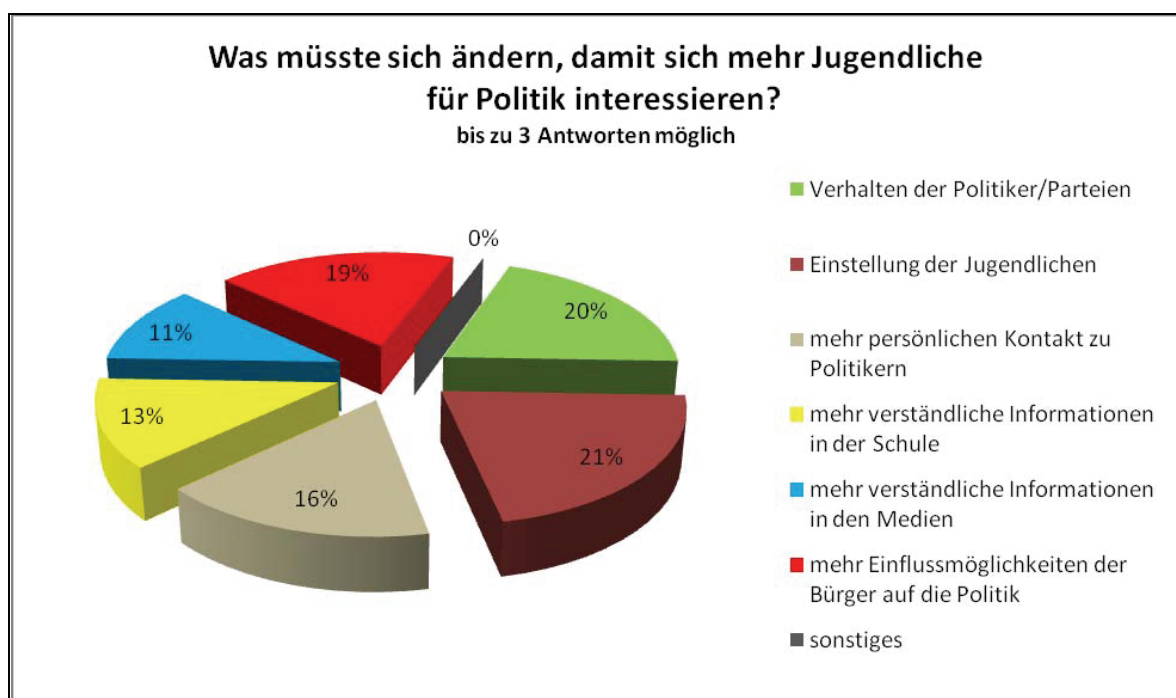


Abbildung 14: „Was müsste sich in Deinen Augen vor allem ändern, damit sich mehr Jugendliche für Politik interessieren?“

Den Hauptgrund sehen die befragten Jugendlichen kritisch in einer Einstellungsänderung, die die Jugendlichen selber betrifft. Auf diese Antwort entfielen 21% der Antworten. 20% der Befragten gaben an, dass sich das „Verhalten der Politiker und Parteien“ ändern müsste. Weitere 19% sind für „mehr Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Politik“, um das Interesse der Jugendlichen an der Thematik zu steigern. Anzumerken ist, dass sich diese drei genannten Antworten auf einem ähnlich hohen Niveau befinden. Etwas weniger häufig wurde „mehr persönlicher Kontakt zu Politikern“ angeführt (16%). Mit 13% folgt die Antwort auf „mehr verständliche Informationen in der Schule“ und mit 11% „mehr verständliche Informationen in den Medien“. Andere Antworten wurden nicht gegeben.

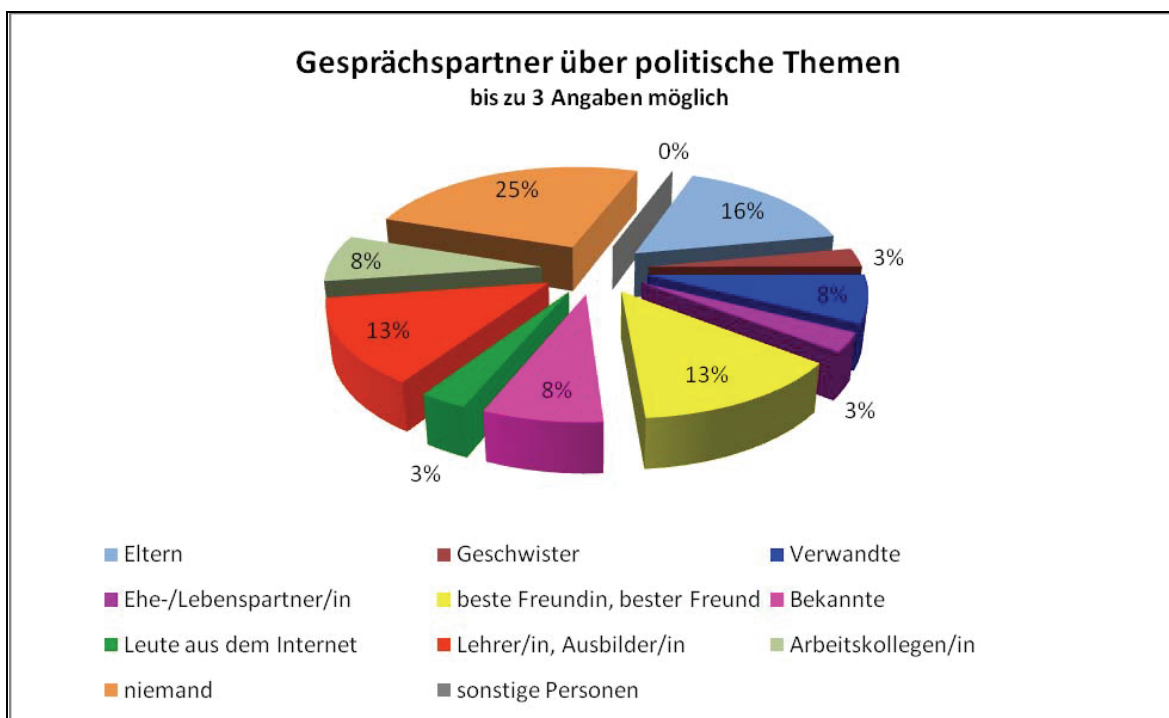


Abbildung 15: „Mit wem redest Du über politische Themen?“

Auch die Ergebnisse auf diese Frage ergeben eine hohe Spannweite in Bezug auf die genannten Personen. Am häufigsten wurden mit 16% die „Eltern“ angeführt, mit jeweils 13% folgen die „beste Freundin bzw. der beste Freund“, aber auch Personen wie „Lehrer/in oder Ausbilder/in“. Weitere 8% sprachen sich je für „Verwandte“, „Bekannte“ oder „Arbeitskollegen“ aus. Jeweils 3% reden über politische Themen mit „Geschwistern“, dem „Ehe- bzw. Lebenspartnern“ oder „Leuten aus dem Internet“. „Sonstige Personen“ wurden nicht aufgeführt. Die bemerkenswert häufigste Nennung mit 25% der abgegebenen Stimmen erhielt die Angabe „niemand“.

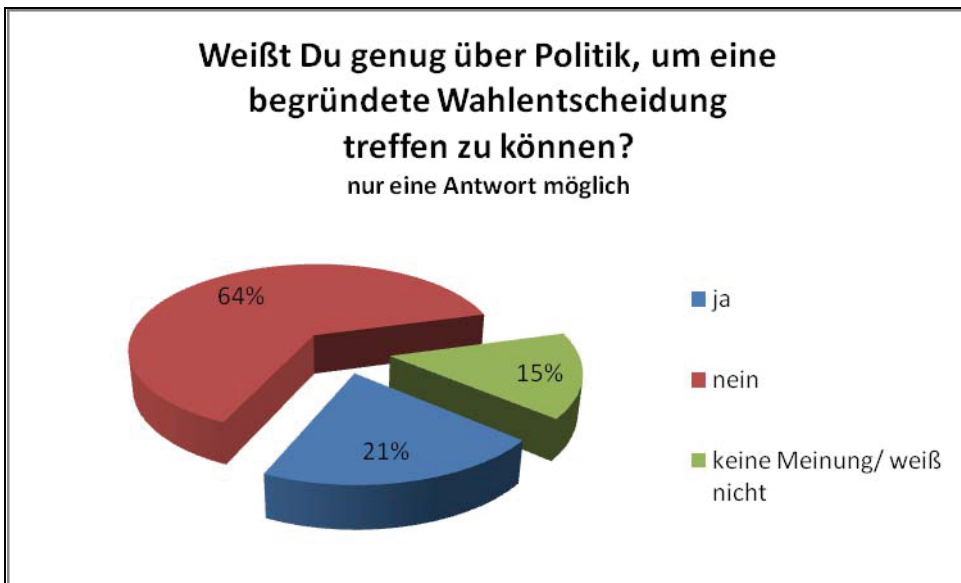


Abbildung 16: „Weißt Du genug über Politik, um eine begründete Wahlentscheidung treffen zu können?“

64% geben an, nicht genug über Politik zu wissen, um eine begründete Wahlentscheidung treffen zu können. 21 % sind der Meinung, dass sie genug über Politik wissen, um ihre Wahlentscheidung zu begründen. 15% haben diesbezüglich keine Meinung.



Abbildung 17: „Angenommen Du bist wahlberechtigt, wirst Du bei der nächsten Bundestagswahl wählen gehen?“

33% der befragten Jugendlichen beantworten diese Frage mit „ja“. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten (46%) gibt an, dies nicht tun zu wollen. 21% geben an, diesbezüglich noch unentschlossen zu sein.



Abbildung 18: „Angenommen Du bist wahlberechtigt, wirst Du bei der Kommunalwahl am 7. Juni 2009 deine Stimme abgeben?“

Die Ergebnisse auf diese Frage zeigen ein ähnliches Bild wie auf die vorangegangene Frage. Wiederum 33% geben an ihre Stimme auch bei der Kommunalwahl im Juni abzugeben. Doch hier geben 49% der Befragten an nicht zur Wahl zu gehen. 18% sind unentschlossen.

Die hohen Angaben sich der Wahl enthalten zu wollen bzw. unentschlossen zu sein, spiegeln noch einmal nachhaltig das Ergebnis der Frage 10 wieder, da hier 64% der Befragten angeben, keine begründete Wahlentscheidung angeben zu können und 15% dies nicht beurteilen können.



Abbildung 19: „Würdest Du deine Stimme einer rechtsgerichteten Partei bzw. einem Kandidaten mit rechtsgerichteter Ideologie wie der NPD geben?“

47% der Befragten geben an, ihre Stimme nicht an Parteien bzw. Kandidaten mit rechter Ideologie zu geben. Etwa ein Drittel der Befragten (30%) stimmt dem zu. Ein Anteil von 23% der befragten Jugendlichen hatte hierzu keine Meinung bzw. war im Hinblick auf eine konkrete Äußerung unentschlossen.



Abbildung 20: „Bist Du politisch tätig?“

79% der Befragten geben an, nicht politisch tätig zu sein. Die verbleibenden 21% bejahen diese Frage.

Auf die grafische Darstellung der Frage: „In welcher Form bist Du politisch tätig?“ wurde verzichtet, da die geringen Stimmanteile, die auf diese Frage entfielen, eine sinnvolle Darstellung nicht möglich machen. Diesbezüglich werden sie in nachfolgendem Wortlaut wiedergegeben: 21% der Befragten geben an politisch aktiv zu sein, aufgrund dieser geringen Anzahl gemessen an den 41 befragten Personen ergibt sich folgendes Bild in Bezug auf die Form der politischen Betätigung: 5 Jugendliche sind in „Menschenrechts-, Tierschutz- bzw. Umweltschutzorganisationen“ aktiv. Jeweils 2 Jugendliche geben an in einem „Internetforum“, welches sich u.a. mit aktueller Politik und/oder Nachrichten befasst, tätig zu sein. 2 weitere Jugendliche sind bei „Demonstrationen“ zugegen.

Teil B: Demokratie

„Was verbindest Du mit dem Begriff Demokratie? Demokratie ist für mich...“

Diese offen gestellte Frage leitet den Teil B: Demokratie ein. Auch bei dieser Frage stand die Absicht im Vordergrund, sich zum einen ein Meinungsbild zu verschaffen, zum anderen beabsichtigte ich mit dieser Frage eine bewusste Auseinandersetzung der Jugendlichen mit der nachfolgenden Thematik.

Hierzu äußerten sich 15 Jugendliche. Die grundlegenden Äußerungen verbinden „Demokratie“ mit Synonymen wie „Volksherrschaft“, „Gleichberechtigung“ und „Wahlfreiheit“.

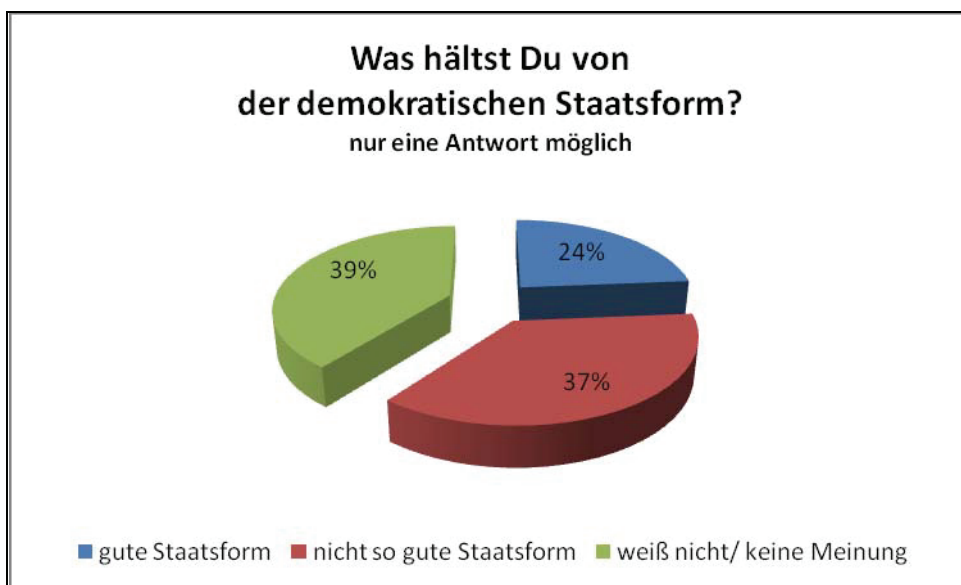


Abbildung 21: „Was hältst Du von der demokratischen Staatsform?“

Die demokratische Staatsform halten 39% der befragten jungen Menschen für eine „gute Staatsform“. Dagegen halten 37% diese „Staatsform für nicht so gut“. 24% positionieren sich diesbezüglich nicht.

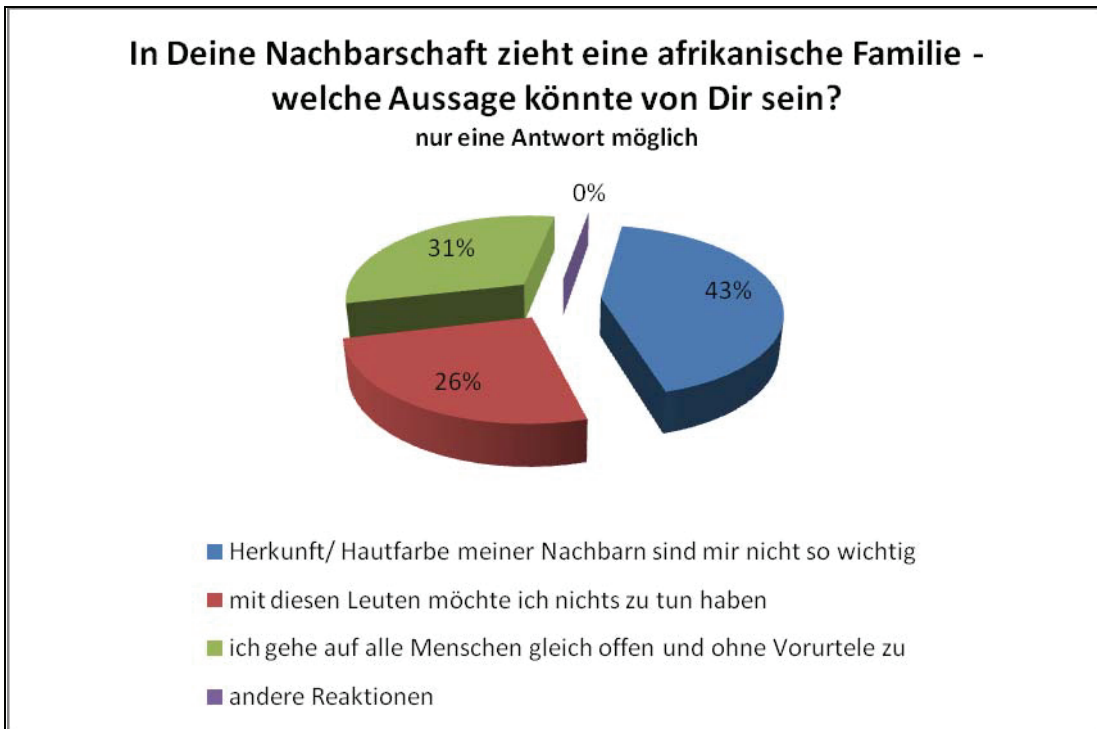


Abbildung 22: „Stelle Dir bitte vor, dass in Deine Nachbarschaft eine afrikanische Familie zieht. Welche dieser Aussagen könnte von Dir sein?“

Im Hinblick auf eine eher neutrale Einstellung gegenüber Nachbarn vom afrikanischen Kontinent gaben 43% an, dass ihnen die „Herkunft/ Hautfarbe ihrer Nachbarn nicht so wichtig sind“. 31% sagen, dass sie „auf alle Menschen gleich offen und ohne Vorurteile zugehen“. Werden diese beiden Aussagen zusammengefasst, treten 74% der Jugendlichen Menschen mit anderer Herkunft/ Hautfarbe zumindest aufgeschlossen und tolerant gegenüber. Weitere 26% bekennen, dass sie „mit diesen Leuten nichts zu tun haben“ wollen. Andere Reaktionen wurden nicht angegeben.

Teil C: Eigene Lebensverhältnisse und Aktivitäten



Abbildung 23: „Bist Du persönlich in deinem Dorf, deiner Gemeinde oder Stadt in Deiner Freizeit aktiv?“

51% der Jugendlichen beantworteten diese Frage mit „ja“, 49% sind dies nicht.

Auf die Frage, wo sie sich persönlich engagieren, antworteten 26% der Befragten und damit der größte Teil der Jugendlichen, dass sie in einem „Sportverein“ aktiv sind. Nachfolgend sind 19% in einem „Jugendclub“ engagiert, jeweils weitere 16% engagieren sich in der „Schule“ bzw. bei der „Freiwilligen Feuerwehr/Technisches Hilfswerk“. In einem „Musikverein“ sind 10%, in der „Kirchengemeinde“ sind weitere 7% aktiv. Jeweils 3% der Befragten geben an beim „Deutschen Roten Kreuz oder anderen Hilfsorganisationen“ und bei den „Pfadfindern“ tätig zu sein. Aktivitäten in einem „Karnevalsverein“ sowie „sonstige“ Aktivitäten werden nicht angeführt.

In Bezug auf die individuell eingeschätzte Häufigkeit ihres Engagements geben 46% der Jugendlichen an sich „sehr häufig“ bzw. „häufig“ in ihrer Freizeit zu engagieren. Ein etwas höherer Anteil der Jugendlichen gibt mit 54% an sich „selten“ bzw. „sehr selten“ zu engagieren.

(siehe Abbildung 24 und Abbildung 25)

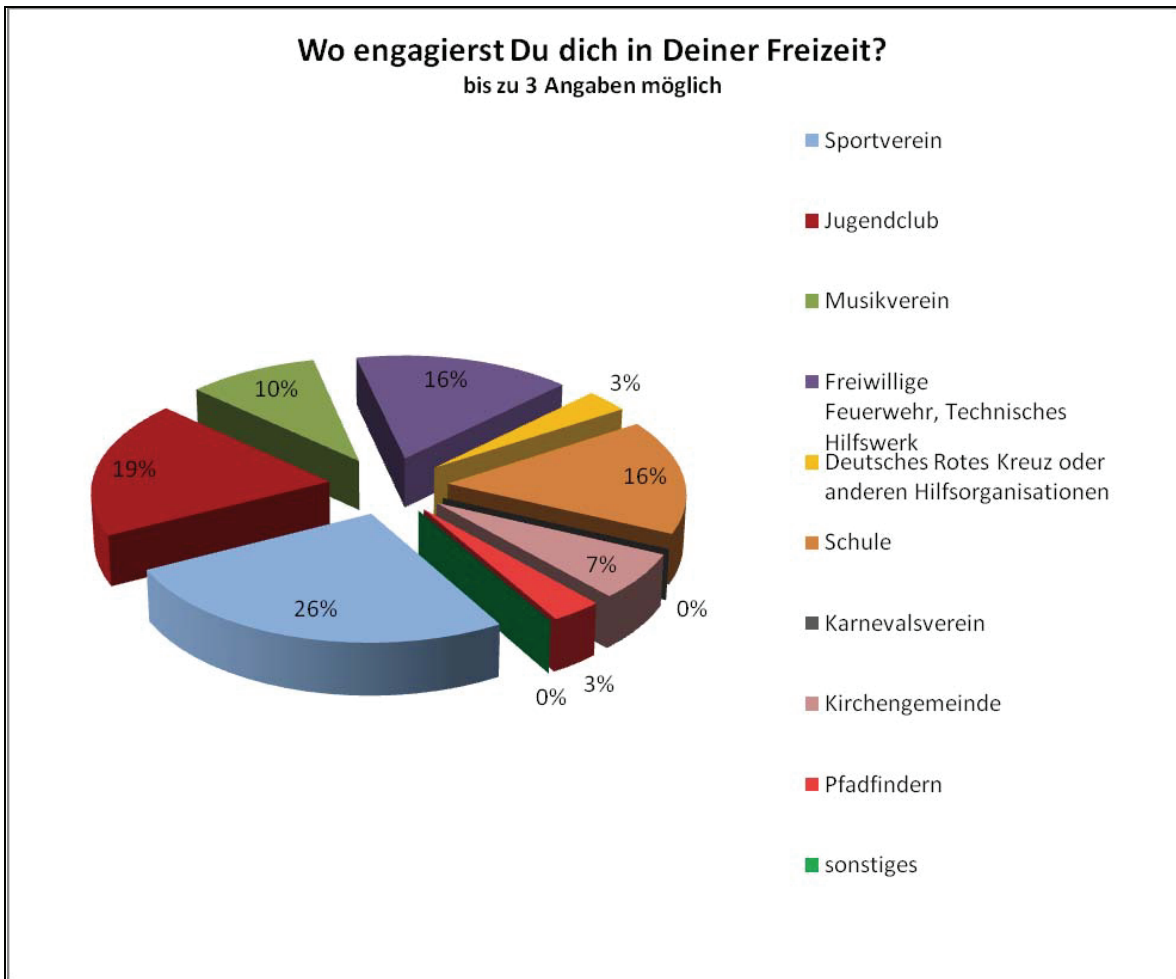


Abbildung 24: „Wo engagierst Du dich in Deiner Freizeit?“

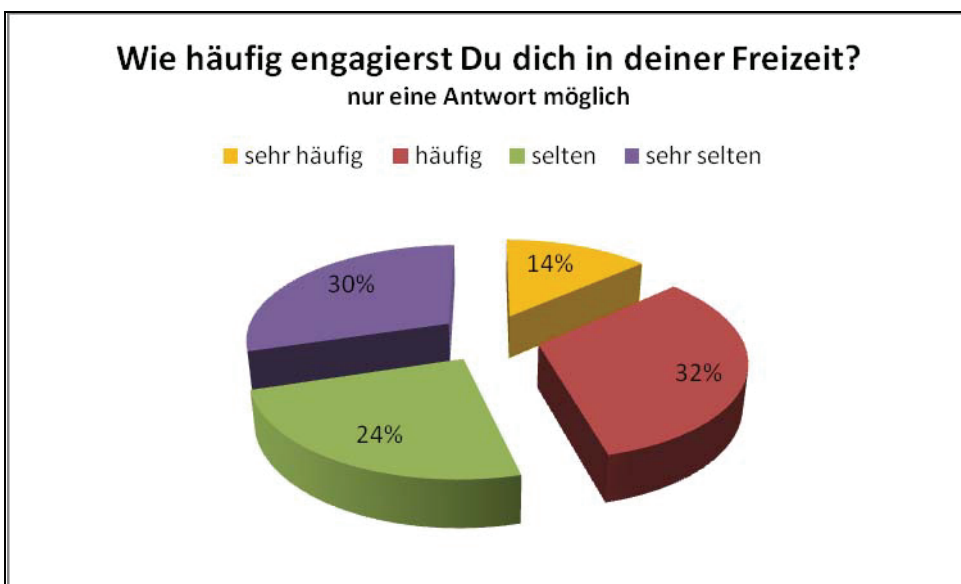


Abbildung 25: „Schätze bitte ein, wie häufig Du dich in deiner Freizeit engagierst?“

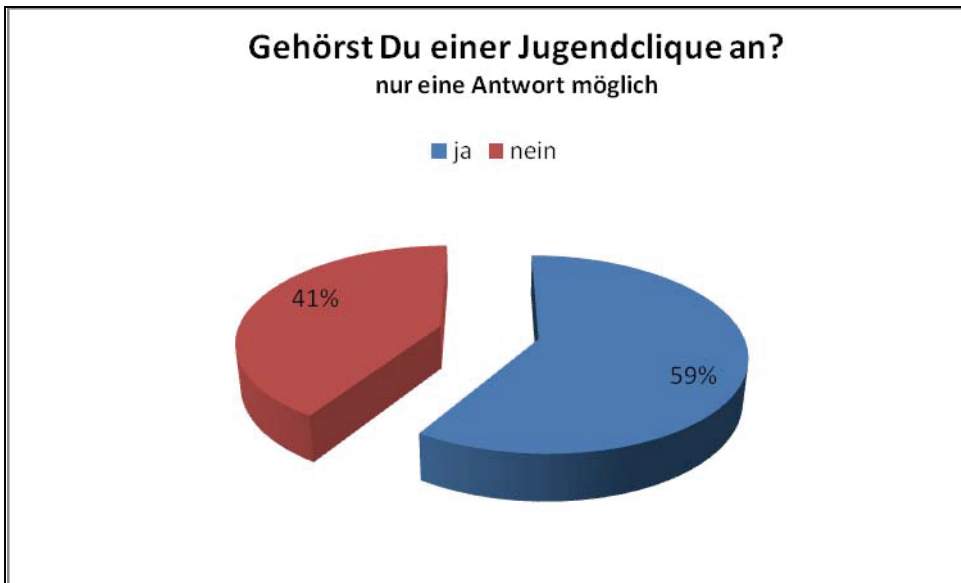


Abbildung 26: „Gehörst Du einer Jugendclique an?“

59% der befragten Jugendlichen geben an einer Jugendclique anzugehören, 41% verneinen die Frage.

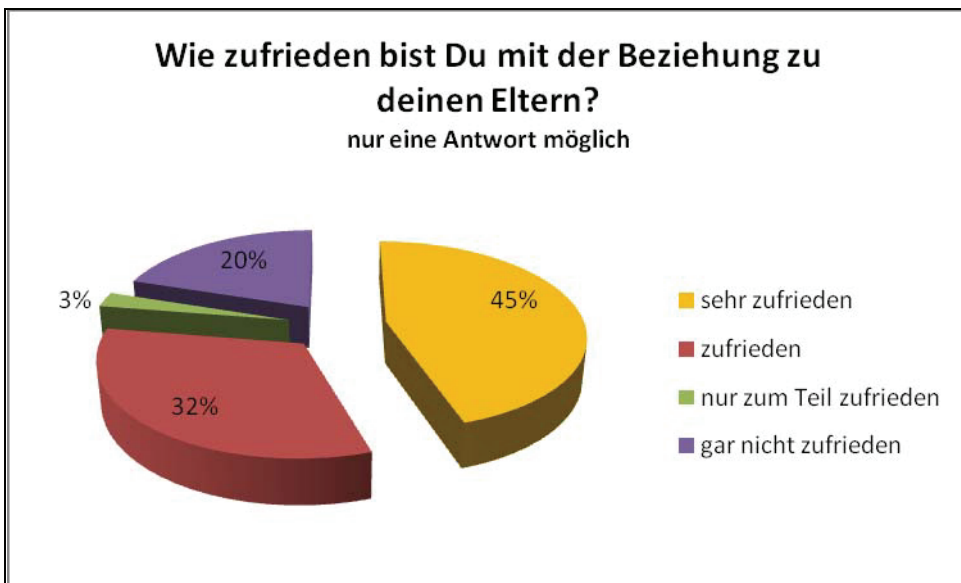


Abbildung 27: „Wie zufrieden bist Du mit der Beziehung zu deinen Eltern?“

Sehr viel eindeutiger fallen die Ergebnisse der Häufigkeitsverteilung in Bezug auf diverse Zufriedenheitsbeziehungen aus.

So geben insgesamt 77% der Jugendlichen an „sehr zufrieden“ bzw. zumindest „zufrieden“ mit der Beziehung zu ihren Eltern zu sein. „Nur zum Teil zufrieden“ sind 3% der Befragten, immerhin noch 20% geben an „gar nicht zufrieden“ zu sein.



Abbildung 28: „Wie zufrieden bist Du mit der Beziehung zu deinen Freundinnen und Freunden?“

„Sehr zufrieden“ mit der Beziehung zu den eigenen Freunden sind 72% der Befragten. Weitere 17% sind „zufrieden“. Die Zusammenfassung beider Kategorien ergibt einen Wert von 89%. Auf die Antwortkategorie „nur zum Teil zufrieden“ gehen 3% der Jugendlichen ein. „Gar nicht zufrieden“ sind dagegen 8% der Befragten.

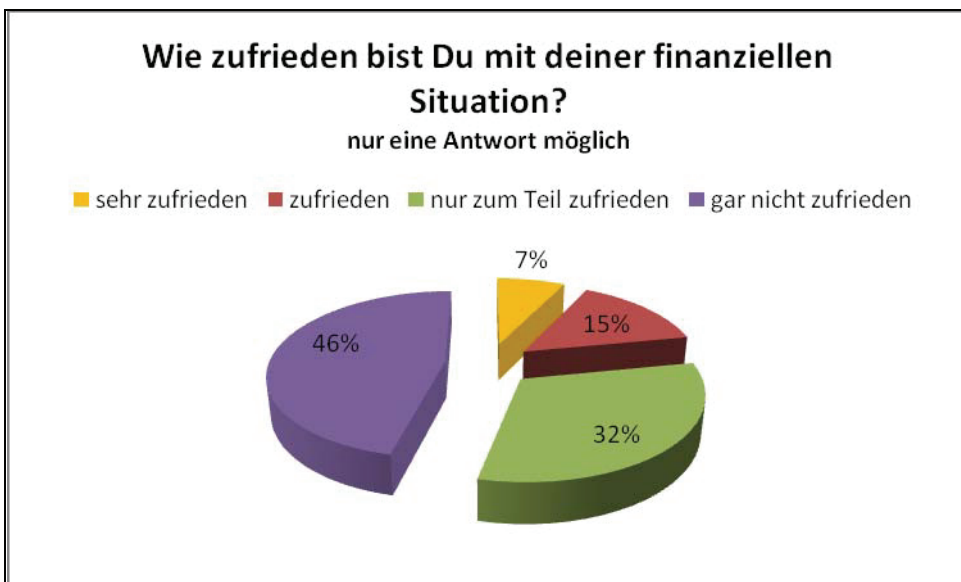


Abbildung 29: „Wie zufrieden bist Du mit deiner finanziellen Situation (mit dem Geld, das Dir zur Verfügung steht?“

Das wenig überraschende Ergebnis zeigt, dass 7% der befragten Jugendlichen „Sehr zufrieden“ mit ihrer finanziellen Situation sind, „zufrieden“ sind dagegen 15% der jungen

Menschen. 32% geben an „nur zum Teil zufrieden“ zu sein, die höchste Nennung fällt mit 46% auf die Antwortkategorie „gar nicht zufrieden“ aus.

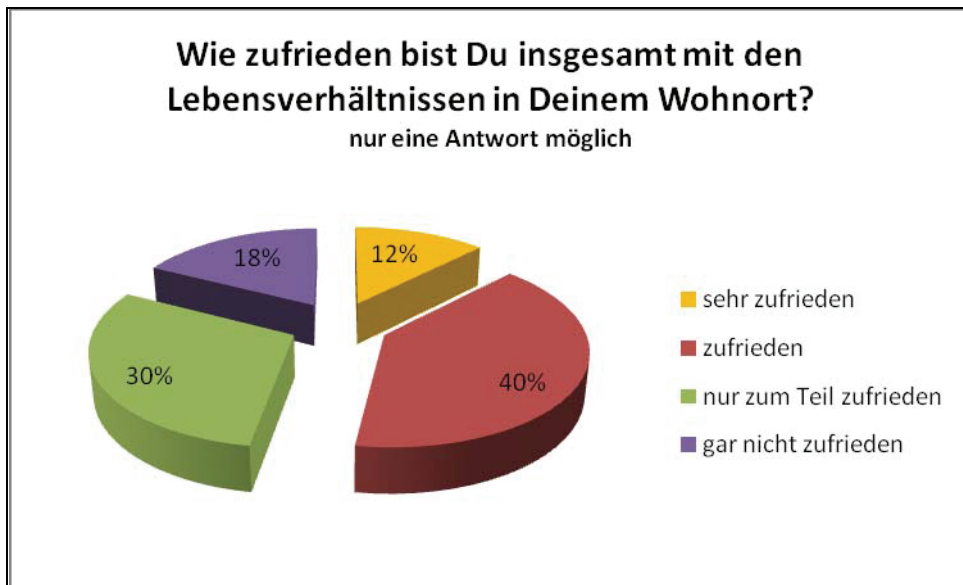


Abbildung 30: „Wie zufrieden bist Du insgesamt mit den Lebensverhältnissen in deinem Dorf, deiner Stadt (also mit der Beziehung zu deinen Mitmenschen, der Schul-, Ausbildungs- und Arbeitssituation, Freizeitmöglichkeiten, Mitsprache und Mitbestimmung im Ort)?“

„Sehr zufrieden“ zeigen sich 12% der Jugendlichen mit den Lebensverhältnissen in ihrem Wohnort, auf diese Antwortkategorie entfällt damit auch der geringste Wert. Die häufigste Nennung erhält die Kategorie „zufrieden“ mit 40%. Beide Kategorien ergeben zusammengefasst mit 52% etwas mehr als die Hälfte. Die zweithäufigste Nennung ist die Kategorie „nur zum Teil zufrieden“ mit 30%. Die verbleibenden 18% sind „gar nicht zufrieden“ mit den allgemeinen Lebensverhältnissen.



Abbildung 31: „Wie zuversichtlich siehst Du in deine Zukunft?“

Auf die Frage antworteten 17% der Befragten, dass sie „sehr zuversichtlich“ in die eigene Zukunft schauen, weiter 46% sind diesbezüglich „zuversichtlich“. Werden beide Kategorien zusammengefasst ergibt dies einen Gesamtwert von 63% und damit entspricht dieser etwas weniger als zwei Drittel aller Befragten. „Zum Teil zuversichtlich“ bezeichnen sich 22% und „gar nicht zuversichtlich“ sind 15% der Jugendlichen.

Die dritte und letzte offene Frage wurde als sog. „Wunschfrage“ konzipiert. Sie lautet: „Wenn Du in der Politik ganz viel verändern könntest, was würdest Du tun?“

17 der 41 befragten Jugendlichen beantworteten diese Frage. 6 der Antworten enthielten den Wunsch nach generellen Gesetzesänderungen, die speziellen Gesetzesänderungen bezogen sich auf die „Legalisierung von legalen Drogen“. Die anderen 11 sprechen sich für soziale Verbesserungen mit sozialen Komponenten aus wie: „größere finanzielle Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen und generell sozial Schwachen“, „mehr Freizeitangebote für Jugendliche“ hinzu kommen „Schutz vor Rechtsextremismus und Gewalt“ sowie eine „stärkere Verbrechens- und Drogenbekämpfung“.

Teil D: Angaben zur eigenen Person



Abbildung 32: „Welches Geschlecht hast Du?“

Die Geschlechterverteilung war relativ ausgewogen. 57% der befragten Jugendlichen waren männlich, 43% waren weiblichen Geschlechts.

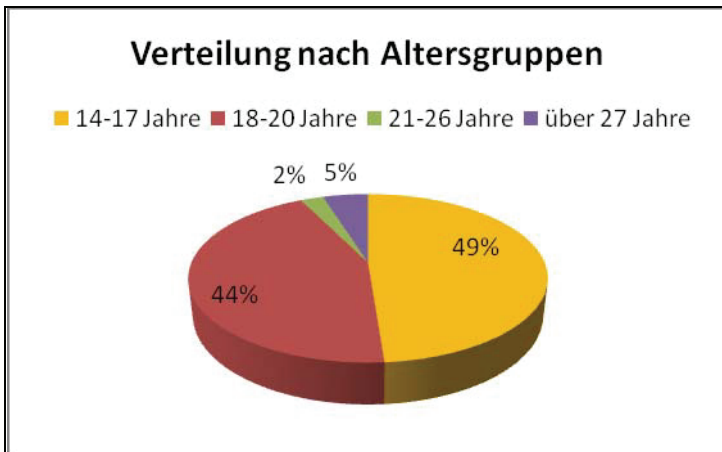


Abbildung 33: „Welcher Altersgruppe gehörst Du an?“

Am häufigsten vertreten mit 49% war die Altersgruppe der 14-17-Jährigen, gefolgt von den 18-20-Jährigen mit 44%. Einen verschwindend geringen Anteil ergeben die Altersgruppen der 21-26-Jährigen mit 2% sowie die über 27-jährigen mit 5%. Der hohe Anteil der beiden jüngeren Altersgruppen erklärt sich durch die befragte Zielgruppe. Jugendliche die nach Beendigung ihrer Schulzeit keine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz fanden, können sich in der Produktionsschule weiterqualifizieren.

In Bezug auf die Stadt-/Landverteilung geben 54% der Jugendlichen an in der Stadt zu wohnen, 46% leben auf dem Land (Dorf).

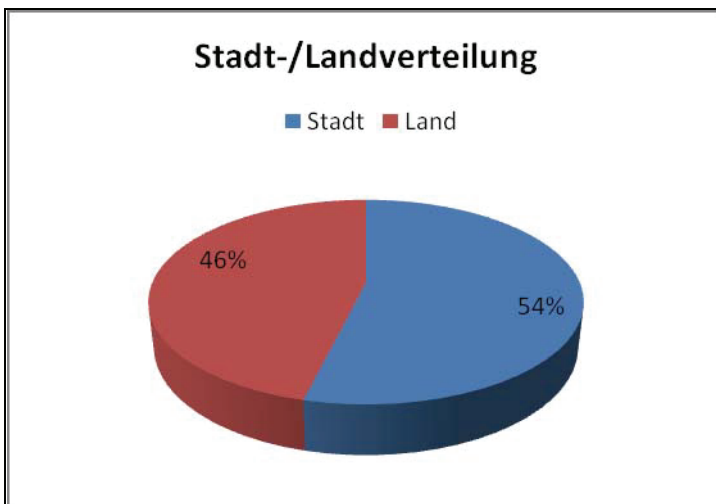


Abbildung 34: „Wo wohnst Du?“

Auf die Frage nach dem bislang erreichten Schulabschluss gaben 38 Jugendliche (93%) an, die Schule ohne einen Abschluss verlassen zu haben. 3 der Jugendlichen (7%) verfügen über den Abschluss der Berufsreife.

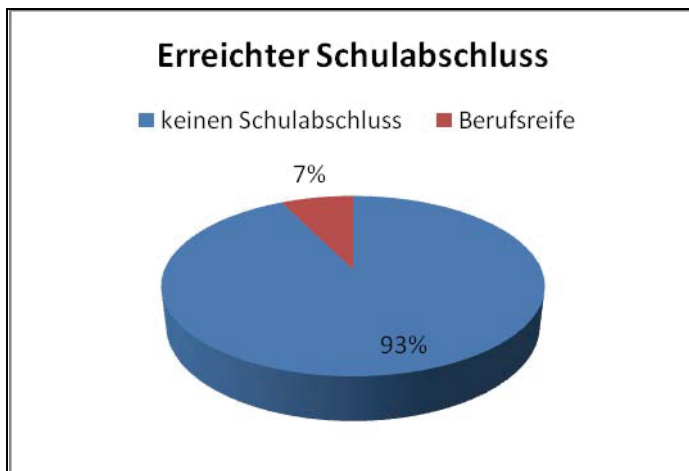


Abbildung 35: „Welchen Schulabschluss hast Du bisher erreicht?“

9.6 Einschränkungen des Befragungsansatzes

Die vorgestellte Studie umfasst nur eine kleine Gruppe benachteiligter Jugendlicher im ländlichen Lebensraum in bezug auf ihre politischen Einstellungen. Die Stichprobe ließ ein geringes politisches Interesse und eine geringe politische Partizipationsbereitschaft vermuten, was sich innerhalb der Untersuchung bestätigte. Aufgrund der Tatsache, dass die geringe Probandenzahl von 41 Jugendlichen keine Repräsentativität zulässt, können nur Daten/Tendenzen aufgezeigt werden, die bei Bedarf den Ausgangspunkt für weitere Forschungen bilden können. Da es sich zudem um eine lokalspezifische Befragung (Stadt Waren/Müritz und Umland) handelt, enthält die Erhebung auch ihre spezifischen lokalen Bedingungen und Gegebenheiten. Auch ist der Wahrheitsgehalt der Aussagen anzweifelbar z.B. in Bezug auf das Wahlverhalten rechter Parteien/Kandidaten.

10. Fazit

Zum Schluss dieser Arbeit möchte ich nun die grundlegendsten Erkenntnisse und Hauptgedanken zusammentragen.

Vorrangiges Anliegen der Arbeit war es u.a. jugendliche Einstellungen zum Thema Politik aufzuzeigen. Als grundlegende Ergebnisse sind ein geringes politisches Interesse sowie eine geringe Bereitschaft zur politischen Partizipation zu nennen. Die Ursachen könnten aber mit dem Lebensabschnitt Jugend in Verbindung gebracht werden, da Politik in einem eher jungen Alter generell als ferner Lebensbereich angesehen wird. Die Gefahr, die meines Erachtens aus dieser Begründung erwächst, liegt aber in einer zu leichtfertigen und fahrlässigen Vorstellung davon: „dass sich irgendwann, alles von allein zum „Guten“ wendet“.

Die Lebenssituation, aber auch die Zukunftsaussichten junger Menschen in ländlichen Regionen Ostdeutschlands wie sie am Bsp. der Region der Mecklenburgischen Seenplatte dargelegt wurden, sind als schwierig zu bewerten. Ausgehend von der Untersuchungsgruppe, in der es sich um Jugendliche handelt, die zu 93 % über keinen Schulabschluss verfügen und die alle auf der Suche nach einer Lehrstelle oder einem Arbeitsplatz sind, die in ländlichen Regionen leben, welche als finanz- und wirtschaftsschwach bezeichnet werden können, rücken Aspekte, die im Zusammenhang mit einer sicheren und kalkulierbaren Zukunftsgestaltung in Verbindung stehen in weite Ferne. Unsichere Zukunftschancen bergen auch immer die Gefahr von Resignation. Dennoch kann auch bei diesen jungen Menschen nicht von einem generellen und einem für alle verbindlichen Konsens ausgegangen werden, der besagt das „Politik irrelevant“ ist und nur mit negativen Attributen besetzt wird.

Dies belegen die Ergebnisse auf Fragen wie „Findest Du Politik wichtig?“, die 54 % der Befragten bejahen, als auch auf die Frage „Denkst Du, dass politische Entscheidungen dein eigenes Leben betreffen?“, der 67 % der Jugendlichen beipflichten. Auch die selbstkritische Einschätzung der befragten Jugendlichen in Bezug auf Änderungen, die eintreten müssten, damit sich mehr Jugendliche für Politik interessieren, spiegelt dies wieder. In diesem Fall müssten sich nicht nur das Verhalten der Politiker und Parteien ändern, an erster Stelle (wenn auch sehr knapp) sind die Jugendlichen der Ansicht, dass sich ihre eigenen Einstellungen zum Thema Politik ändern müssten, daneben wurden annähernd gleichwertig, grö-

ßere Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Politik genannt. Auch Nachbarn mit anderer Herkunft bzw. Hautfarbe würden von der Mehrheit der Jugendlichen anerkannt werden. Zudem verfügen sie über wichtige soziale Ressourcen. Viele der befragten Jugendlichen haben ein sehr gutes oder gutes Verhältnis zu ihren Eltern und Freunden, sie sind in Jugendcliquen involviert und betätigen sich vorrangig im gesellschaftlichen Rahmen. In den meisten Fällen ist bei diesen Jugendlichen die Identifikation mit ihrer Lebensumwelt stark ausgeprägt. Etwas mehr als die Hälfte aller befragten Jugendlichen ist mit den allgemeinen Lebensverhältnissen zumindest zufrieden, über 60 % der Befragten sehen zudem zuversichtlich in die eigene Zukunft. Ihre Ideen und Lösungsvorschläge können kreativer, unvoreingenommener und unkonventioneller ausfallen. Zu ihren konkreten Vorschlägen in Bezug auf Veränderungen in der Politik zählen vorrangig soziale Komponenten.

Dennoch bleibt ein kritischer Beigeschmack nach der Auswertung des Fragebogens bestehen. Das u.a. marginale Interesse an Politik, der geringe Informationsbedarf an aktuellen politischen Themen, aber besonders die Ergebnisse in Bezug auf eine geringe Wahlbeteiligung bei der beinahe ein Drittel der Befragten angeben eine rechte(n) Partei bzw. Kandidaten zu wählen und eine niedrige bzw. „ich-weiß-nicht-Mentalität“ im Hinblick auf die generelle Akzeptanz der demokratischen Staatsform, hinterlassen bei mir Unsicherheit. Derartige Ergebnisse sind einerseits nicht unerwartet, dennoch sind sie erschreckend.

Diese Einstellungen können wir nicht akzeptieren. Wir, damit sind Eltern, Familienangehörige, Freunde, Nachbarn, Lehrer, Ausbilder, Politiker..., kurzum alle Gesellschaftsmitglieder gemeint, die junge Menschen dahin gehend begleiten und unterstützen sollen, sich zu einem verantwortungsbewussten, handlungsfähigen und mündigen Bürger zu entwickeln. Diese Maxime zielt dabei nicht nur auf die Vermittlung von politischem Wissen und der Weitergabe von generellen politischen Einstellungen ab.

Nach Lawrence Kohlberg und seinem Stufenmodell der Moralentwicklung sind für junge Menschen, in diesem Zusammenhang, Interaktionserfahrungen von besonderer Bedeutung. Einsichten können nur erlangt werden, wenn sie in Interaktionserfahrungen erlebbar und erfahrbare sind. Die gesellschafts-politische Grundlage muss aus diesem Grund, mehr denn je und sehr viel deutlicher in einer wertschätzenden Bedeutung von Kindern und Jugendlichen zu finden sein.

Zudem ist es sinnvoll das Augenmerk auf Ressourcenorientierung zu lenken, und ihre Interessen zu berücksichtigen und zu fördern, um ihnen das Gefühl von Wichtigkeit und Anerkennung zu vermitteln, dazu müssen wir sie als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft begreifen.

Junge Menschen entwickeln schon früh ein Problembewusstsein für ihre materielle und soziale Umwelt. Sie haben Wünsche und wissen, was ihnen gefällt, zudem können sie ihre Interessen auch formulieren. Ich denke, dass ein Hauptproblem darin besteht, dass Jugendliche im Hinblick auf ihre Interessen, Vorstellungen und Ansichten nicht ernst genug genommen werden, besonders dann nicht, wenn es sich zusätzlich um benachteiligte junge Menschen handelt. Wir leben in einer modernen Industriegesellschaft, in der die Gesellschaft mit anderen Problemen wie bspw. Wirtschafts- und Finanzkrisen oder dem demografischem Wandel sowie deren Folgen beschäftigt ist, ohne die nachfolgende Generation mit einzubeziehen. Dabei sind sie es, die unabhängig ihres Bildungsniveaus, ihres Geschlechts, ihrer regionalen Herkunft oder ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit, die Geschichte unseres Landes, und weit darüber hinaus, mittragen und sie eines Tages auch mit verantworten müssen.

Dahingehend müssen junge Menschen die Chance erhalten, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen, um ihre kognitiven Fähigkeiten anwenden und ihr moralisches Bewusstsein ausbauen zu können, um ihre Einstellungen zu überprüfen, um Desinteresse, aber auch Vorurteile gegenüber politischen Themen abbauen zu können. Die Ergebnisse haben noch einmal gezeigt wie wichtig es ist, dass Jugendliche auch an das Thema Politik herangeführt werden und sich - durchaus kritisch - mit ihm auseinandersetzen. Genauso wichtig erscheint mir aber auch, dass wir uns mit ihnen und ihren Vorstellungen auseinandersetzen und sie nicht mit ihren Ängsten und Unsicherheiten allein lassen. Das Wissen um diese Erkenntnis enthebt uns nicht vor der Verantwortung, die wir gegenüber der nachwachsenden Generation tragen.

In den Recherchen zu dieser Arbeit ist mir schon sehr früh ein Zitat von Albert Schweizer in die Hände gefallen, welches nachdrücklich und in wenigen Worten gleichzeitig Leitsatz und Ausblick meiner Arbeit darstellt. Mit seinen Worten möchte ich schließen:

„Keine Zukunft vermag wieder gut zu machen, was du in der Gegenwart versäumst.“²³⁶

²³⁶ www.landkreis-mueritz.de

11. Anhang

Neubrandenburg, März 2009

Liebe Schülerinnen, liebe Schüler,

ich möchte Euch bitten, etwas Zeit zu erübrigen, um an dieser Befragung teilzunehmen. In dieser schriftlichen Befragung geht es um politische Interessen von Jugendlichen. Der Fragebogen ist Bestandteil meiner Diplomarbeit und soll dazu beitragen, Eure Einstellungen über politische Themen darzustellen. Daher ist es wichtig, dass sich alle von Euch beteiligen.

Zum Aufbau des Bogens kurz soviel. Er besteht aus 4 Teilen. Nach der Hälfte der Fragen ist eine kleine Erholungspause angedacht. Der Fragebogen ist anonym und Eure ehrliche Meinung ist mir wichtig. Falls Ihr Fragen habt, wendet Euch bitte an Euren Lehrer.

Ich bedanke mich für Eure Mitarbeit und freue mich sehr darauf, Eure ausgefüllten Fragebögen entgegenzunehmen.

Mandy Junge
Studentin an der Hochschule Neubrandenburg

CJD Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte
Friedrich-Engels-Ring 48
17033 Neubrandenburg

in Zusammenarbeit mit der

Hochschule Neubrandenburg
University of Applied Sciences
Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung
Brodaer Straße 2
17033 Neubrandenburg

Mach mit, Deine Meinung ist wichtig!

Befragung zu den Themen Politik und Demokratie

Diese Befragung ist freiwillig. Alle Angaben werden absolut anonym verwendet.

Bitte beschreibe mit eigenen Worten den Begriff Politik. Was fällt Dir dazu ein?

Politik ist für mich...

Teil A: Politik

1. Findest Du Politik wichtig ?
(nur eine Antwort möglich)

- ja
- nein
- keine Meinung/ weiß nicht



2. Wie schätzt Du dein eigenes Interesse an Politik ein? Bist Du...
(nur eine Antwort möglich)

- sehr interessiert
- interessiert
- mäßig interessiert
- kaum interessiert
- gar nicht interessiert

3. Denkst Du, dass politische Entscheidungen Dein eigenes Leben betreffen?
(nur eine Antwort möglich)

- ja
- nein
- keine Meinung/ weiß nicht

4. Informierst Du dich über aktuelle Politik?
(nur eine Antwort möglich)

- ja
- nein

5. Durch welche Medien informierst Du dich über politische Themen?
(bis zu **3 Angaben** sind möglich)

- TV (Fernseher)
 - Radio
 - Tageszeitungen
 - Zeitschriften
 - Internet
 - sonstiges (bitte nennen):
-

6. Würdest Du gerne mehr über Politik wissen?
(nur **eine** Antwort möglich)

- ja
- nein
- keine Meinung/ weiß nicht

7. Welche Themen aus der Politik interessieren Dich?
(bis zu **3 Angaben** sind möglich)

Ich interessiere mich für politische Angelegenheiten aus...

- dem Auswärtigen Amt (Auslandsangelegenheiten)
- der Justiz
- Wirtschaft und Technologie
- Ernährung, Landwirtschaft und dem Verbraucherschutz
- Familien, Senioren, Frauen und Jugend
- Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Bildung und Forschung
- dem Inneren (Schutz und Sicherheit des Staates)
- Finanzen
- Arbeit und Soziales
- Verteidigung
- Gesundheit
- Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

8. Was müsste sich in Deinen Augen vor allem ändern, damit sich mehr Jugendliche für Politik interessieren?
(bis zu **3 Angaben** sind möglich)

- das Verhalten der Politiker und Parteien
 - die Einstellung der Jugendlichen selbst
 - mehr persönlichen Kontakt zu Politikern
 - mehr verständliche Informationen in der Schule
 - mehr verständliche Informationen in den Medien
 - mehr Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Politik
 - sonstiges (bitte nennen):
-

9. Mit wem redest Du über politische Themen?
(bis zu **3 Angaben** sind möglich)

- Eltern
 - Geschwister
 - Verwandte
 - Ehe-/ Lebenspartner/in
 - beste Freundin, bester Freund
 - Bekannte
 - Leute aus dem Internet
 - Lehrer/in, Ausbilder/in
 - Arbeitskollegen/in
 - niemand
 - sonstige Personen (bitte nennen):
-

10. Weißt Du genug über Politik, um eine begründete Wahlentscheidung treffen zu können?
(nur **eine** Antwort möglich)

- ja
- nein
- keine Meinung/ weiß nicht

11. Angenommen Du bist wahlberechtigt, wirst Du bei der nächsten Bundestagswahl wählen gehen?

(nur **eine** Antwort möglich)

- ja
- nein
- keine Meinung/ weiß nicht

12. Angenommen Du bist wahlberechtigt, wirst Du bei der Kommunalwahl am 7. Juni 2009 Deine Stimme abgeben?

(nur **eine** Antwort möglich)

- ja
- nein
- keine Meinung/ weiß nicht

13. Würdest Du deine Stimme einer rechtsgerichteten Partei bzw. einem Kandidaten mit rechtsgerichteter Ideologie wie der NPD geben?

(nur **eine** Antwort möglich)

- ja
- nein
- keine Meinung/ weiß nicht

14. Bist Du politisch tätig?

(nur **eine** Antwort möglich)

- ja
- nein → weiter mit Teil **B: Demokratie**

15. In welcher Form bist Du politisch aktiv?

(bis zu **3 Angaben** sind möglich)

- in einer politischen Partei
 - im Gemeinde- bzw. Stadtrat
 - in Menschenrechts-, Tierschutz- bzw. Umweltschutzorganisationen
 - in der Gewerkschaft
 - in einem Internetforum (aktuelle Politik, Nachrichten...)
 - in einer Bürgerinitiative
 - bei Demonstrationen
 - sonstiges (bitte nennen):
-

Pause:



Teil B: Demokratie

Was verbindest Du mit dem Begriff Demokratie?

Demokratie ist für mich...

1. Was hältst Du von der demokratischen Staatsform?

(nur **eine** Antwort möglich)

- gute Staatsform
- nicht so gute Staatsform
- weiß nicht/ keine Meinung

2. Stelle Dir bitte vor, dass in Deine Nachbarschaft eine afrikanische Familie zieht.

Welche dieser Aussagen könnte von Dir sein?

(nur **eine** Antwort möglich)

- Herkunft/ Hautfarbe meiner Nachbarn sind mir nicht so wichtig
- mit diesen Leuten möchte ich nichts zu tun haben
- ich gehe auf alle Menschen gleich offen und ohne Vorurteile zu
- andere Reaktionen meinerseits (bitte nennen):

Teil C: Eigene Lebensverhältnisse und Aktivitäten

1. Bist Du persönlich in deinem Dorf, deiner Gemeinde oder Stadt in Deiner Freizeit aktiv?

(nur **eine** Antwort möglich)

ja → weiter mit **Frage 2**

nein → weiter mit **Frage 4**

2. Wo engagierst Du dich in Deiner Freizeit?

(bis zu **3 Angaben** sind möglich)

in einem Sportverein

in einem Jugendclub

in einem Musikverein

bei der freiwilligen Feuerwehr, Technisches Hilfswerk

beim Deutschen Roten Kreuz oder anderen Hilfsorganisationen

in der Schule

in einem Karnevalsverein

in der Kirchengemeinde

bei den Pfadfindern

sonstiges (bitte nennen):

3. Schätze bitte ein, wie häufig Du dich in deiner Freizeit engagierst?

(nur **eine** Antwort möglich)

sehr häufig

häufig

selten

sehr selten

4. Gehörst Du einer Jugendclique an?

(nur **eine** Antwort möglich)

ja

nein

5. Wie zufrieden bist Du mit der Beziehung zu deinen Eltern?
(nur **eine** Antwort möglich)

- sehr zufrieden
- zufrieden
- nur zum Teil zufrieden
- gar nicht zufrieden

6. Wie zufrieden bist Du mit der Beziehung zu deinen Freundinnen und Freunden?
(nur **eine** Antwort möglich)

- sehr zufrieden
- zufrieden
- nur zum Teil zufrieden
- gar nicht zufrieden

7. Wie zufrieden bist Du mit deiner finanziellen Situation (mit dem Geld, dass Dir zur Verfügung steht)?
(nur **eine** Antwort möglich)

- sehr zufrieden
- zufrieden
- nur zum Teil zufrieden
- gar nicht zufrieden

8. Wie zufrieden bist Du **insgesamt mit den Lebensverhältnissen** in deinem Dorf, deiner Stadt (also mit der Beziehung zu deinen Mitmenschen, der Schul-, Ausbildungs- und Arbeitssituation, Freizeitmöglichkeiten, Mitsprache und Mitbestimmung im Ort)?
(nur **eine** Antwort möglich)

- sehr zufrieden
- zufrieden
- nur zum Teil zufrieden
- gar nicht zufrieden

9. Wie zuversichtlich siehst Du in deine Zukunft?
(nur **eine** Antwort möglich)

- sehr zuversichtlich
- zuversichtlich
- zum Teil zuversichtlich
- gar nicht zuversichtlich

10. Wenn Du in der Politik ganz viel verändern könntest, was würdest Du tun?

Teil D: Angaben zur eigenen Person

1. Welches Geschlecht hast Du?

- männlich
 weiblich

2. Welcher Altersgruppe gehörst Du an?

- 14 - 17 Jahre
 18 - 20 Jahre
 21 - 26 Jahre
 über 27 Jahre

3. Wo wohnst Du?

- in der Stadt
 auf dem Land (Dorf)

4. Welchen **Schulabschluss** hast Du bisher erreicht (z.B. Realschulabschluss, Hauptschulabschluss bzw. Berufsmatura, keinen Schulabschluss ...)?:



12. Literaturverzeichnis

I. Bücher

- Atteslander, P.:** Methoden der empirischen Sozialforschung. 12., durchgesehene Auflage, Berlin 2008
- Bock, K.:** Politische Sozialisation in der drei-Generationen-Familie. Eine qualitative Studie aus Ostdeutschland. Opladen: Leske und Budrich 2000
- Böhnisch, L./Funk, H.:** Jugend im Abseits? Zur Lebenslage Jugendlicher im ländlichen Raum. Weinheim und München 1989
- Busch, C.:** Jugendliche als unverzichtbare Ressource für die ländliche Entwicklung. In: Faulde, J./Hoyer, B./Schäfer, E. (Hrsg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. 2006
- Claus, R. u.a.:** NATURA. Biologie für Gymnasien. Bd. 2. Stuttgart 1996
- Claußen, B.:** Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung In: Claußen B./Geißler, R. (Hrsg.) Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen: Leske und Budrich 1996
- Deinet, U.:** Wie orientiere ich meine Arbeit an der Lebenswelt der Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden? In: Bassarak, H. (Hg.): Offene Jugendarbeit im ländlichen Raum: Grundlagen und aktuelle Handlungskonzepte. Wien 2000
- Downs, A.:** Ökonomische Theorie der Demokratie. In: Wildenmann, R. (Hrsg.). Tübingen. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1968
- Durkheim, E.:** Erziehung und Soziologie. Düsseldorf: Schwann 1972 (französisches Original von 1907)
- Faulde, J./Hoyer, B./Schäfer, E.:** neu-Land in Deutschland: Jugendarbeit in ländlichen Räumen In: Faulde, J./Hoyer, B./Schäfer, E. (Hrsg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. 2006
- Fend, H.:** Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen. Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne. Band II. Bern: Huber 1991
- Ferchhoff, W.:** Jugend an der Wende des 20. Jahrhunderts. Lebensformen und Lebensstile. Opladen: Leske und Budrich 1993
- Fischer, A.:** Engagement und Politik. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97. Opladen 1997

- Flammer, A./Alsaker, F.:** Entwicklungspsychologie der Adoleszenz. Die Erschließung innerer und äußerer Welten im Jugendalter. 1. Auflage, Bern 2002
- Garz, D.:** Sozialpsychologische Entwicklungstheorien. Von Mead, Piaget und Kohlberg bis zur Gegenwart. 3., erweiterte Auflage. Wiesbaden 2006
- Garz, D.:** Lawrence Kohlberg zur Einführung. 1. Auflage Hamburg: Junius 1996
- Geißler, R.:** Welchen Einfluss haben Massenmedien auf politisches Bewußtsein und Handeln? In: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation. 1. Auflage Braunschweig 1982
- Geißler, R.:** Politische Sozialisation in der Familie In: Claußen, B./Geißler, R.(Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen: Leske und Budrich 1996
- Gille, M. u.a.:** Politische Orientierungen, Werthaltungen und die Partizipation Jugendlicher: Veränderungen und Trends in den 90er Jahren In: Palentien, Ch./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung für Forschung, Lehre und Praxis. Neuwied, Kriftel, Berlin: Luchterhand 1997
- Hauser, R. u.a.:** Ungleichheit und Sozialpolitik. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Bd. 2. Opladen 1996
- Hoffmann-Lange, U.:** Jugend und Politik In: Andersen, U./Woyke, W. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Opladen: Leske und Budrich 2003
- Hurrelmann, K.:** Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim 1994
- Hurrelmann, K.:** Einführung in die Sozialisationstheorie. Über den Zusammenhang von Sozialstruktur und Persönlichkeit. 6. Auflage. Weinheim und Basel: Beltz 1998
- Hurrelmann, K./Albert, M./Quenzel, G./Langness, A.:** Eine pragmatische Generation unter Druck - Einführung in die Shell Jugendstudie 2006 In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006.
- John, M.:** Land braucht Leute. Demographische Entwicklungen ländlicher Räume. In: Faulde, J./Hoyer, B./Schäfer, E. (Hrsg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. 2006
- Kandzora, G.:** Schule als vergesellschaftete Einrichtung: Heimlicher Lehrplan und politisches Lernen In: Claußen, B./Geißler, R.(Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen: Leske und Budrich 1996

- Kiehn, H.:** Produktionsschulen – Zeitgeist oder Pädagogik mit Geschichte? In: Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD) (Hrsg.): Ein Projekt macht Schule: Die CJD Produktionsschule in Waren. Christlich-Pädagogische Schriftenreihe der CJD Arnold-Dannenmann-Akademie. Hirsauer Blätter. Heft 14/2008a
- Kiehn, H.:** Einfach anders – die CJD Produktionsschule Müritzt. In: Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD) (Hrsg.): Ein Projekt macht Schule: Die CJD Produktionsschule in Waren. Christlich-Pädagogische Schriftenreihe der CJD Arnold-Dannenmann-Akademie. Hirsauer Blätter. Heft 14/2008b
- Kohlberg, L.:** Die Psychologie der Moralentwicklung. Herausgegeben von Althof, W. unter Mitarbeit von Noam, G. und Oser, F. Frankfurt am Main 1995
- Krapp, A.:** Das Interessenkonstrukt. Bestimmungsmerkmale der Interessenhandlung und des individuellen Interesses aus der Sicht einer Person-Gegenstands-Konzeption. In: Krapp, A./Prenzel, M. (Hrsg.): Interesse, Lernen, Leistung. Neuere Ansätze der pädagogisch-psychologischen Interessenforschung. Münster: Aschendorff 1992 (a)
- Krapp, A.:** Konzepte und Forschungsansätze zur Analyse des Zusammenhangs von Interesse, Lernen und Leistung In: Krapp, A./Prenzel, M. (Hrsg.): Interesse, Lernen, Leistung. Neuere Ansätze der pädagogisch-psychologischen Interessenforschung. Münster: Aschendorff 1992 (b)
- Krappmann, L.:** Sozialisation in der Gruppe der Gleichaltrigen In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Studienausgabe. 5., neu ausgestattete Auflage. Weinheim und Basel 1998
- Kröhnert, St./Medicus, F./Klingholz, R.:** Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? In: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): 3. Auflage. Berlin 2007
- Meier, A./Müller, J.:** Die letzte Generation? Jugend und Familie auf dem Lande in Ostdeutschland und in den USA. Ein empirischer Vergleich während der Agrarrevolution. Berlin 1997
- Oerter, R.:** Psychologische Aspekte: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? In: Palentien, Ch./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. Neuwied, Kriftel, Berlin: Luchterhand 1997
- Oerter, R./Dreher, E.:** Jugendalter In: Oerter, R./Montada, L. (Hrsg.): Entwicklungspsychologie. Ein Lehrbuch. 4. korrigierte Auflage, Weinheim 1998
- Piaget, J.:** Psychologie der Intelligenz. 10. Auflage, 2000
- Pöttker, H.:** Politische Sozialisation durch Massenmedien: Aufklärung, Manipulation und ungewollte Einflüsse In: Claußen, B./Geißler, R.(Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen: Leske und Budrich 1996

- Prenzel, M./Krapp, A.:** Zur Aktualität der pädagogisch-psychologischen Interessenforschung In: Krapp, A./Prenzel, M. (Hrsg.): Interesse, Lernen, Leistung. Neuere Ansätze der pädagogisch-psychologischen Interessenforschung. Münster: Aschendorff 1992
- Putz-Osterloh, W.:** Wissen und Problemlösen. In: Mandl, H./Spada, H.(Hrsg.): Wissenspsychologie. Mit Beiträgen von Aebli, H. u.a. München, Weinheim: 1988
- Pütz, Helmut:** Integration der Schwachen = Stärke des Dualen Systems. Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen-neue Strukturen und Konzeptionen. Bundesinstitut für Berufsbildung. Berlin, Bonn: Der Generalsekretär (Hrsg.), Heft 162, 1993
- Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte** (Hrsg.): Regionales Raumentwicklungsprogramm Mecklenburgische Seenplatte. Entwurf. Fassung für die zweite Beteiligung. gedruckte Version. Neubrandenburg 2009
- Reinders, H.:** Politische Sozialisation Jugendlicher in der Nachwendezeit. Forschungsstand, theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. Opladen: Leske und Budrich 2001
- Rippl, S.:** Politische Sozialisation In: Hurrelmann, K./Grundmann, M./Walper, S. (Hrsg.): Handbuch Sozialisationsforschung. 7. Auflage. Weinheim und Basel 2008
- Sander U./Vollbrecht, R. (Hrsg.):** Jugend im 20. Jahrhundert. Neuwied: Luchterhand 2000
- Schäfers, B.:** Soziologie des Jugendalters. 6. Auflage. Opladen: Leske und Budrich 1998
- Schäfers, B./Kopp, J.:** Grundbegriffe de Soziologie. 9., grundlegend überarbeitete und aktualisierte Auflage . Wiesbaden 2006
- Schmid, Ch.:** Politisches Interesse von Jugendlichen. Eine Längsschnittuntersuchung zum Einfluss von Eltern, Gleichaltrigen, Massenmedien und Schulunterricht. 1. Auflage. Wiesbaden 2004
- Schneekloth, U.:** Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Fischer Verlag. Frankfurt am Main 2006
- Schorb, B./Mohn, E./Theunert, H.:** Sozialisation durch (Massen-)Medien In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Studienausgabe. 5., neu aus gestattete Auflage Weinheim und Basel 1998
- Stascheit, U.:** Gesetze für Sozialberufe. Textsammlung. 16. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008

- Steinmetz, B./Homfeldt, H.G./Ries, H.A.:** Von der Benachteiligung zur Beteiligung: Benachteiligte Jugendliche in Europa und der Bedarf an wissenschaftlicher Weiterbildung in sozialpädagogischen Fragestellungen In: Steinmetz, B./Ries, H.A./Homfeldt, H.G. (Hrsg.): Benachteiligte Jugendliche in Europa. Konzepte gegen Jugendarbeitslosigkeit. Opladen: Leske und Budrich 1994
- Stolz, G.J.:** „Fördermittel müssen zukunftsweisend eingesetzt werden.“ In: : Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD) (Hrsg.): Ein Projekt macht Schule: Die CJD Produktionsschule in Waren. Christlich-Pädagogische Schriftenreihe der CJD Arnold-Dannenmann-Akademie. Hirsauer Blätter. Heft 14/2008
- Vogelgesang, W.:** Meine Zukunft bin ich! Alltag und Lebensplanung Jugendlicher. Frankfurt/Main 2001
- Wasmund, K.:** Ist der politische Einfluß der Familie ein Mythos oder eine Realität? In: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation. 1. Auflage. Braunschweig 1982a
- Wasmund, K.:** Was wird wie und wann im Prozeß der politischen Sozialisation gelernt? In: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation. 1. Auflage. Braunschweig 1982b
- Wasmund, K.:** Welchen Einfluß hat die Schule als Agent der politischen Sozialisation? In: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation. 1. Auflage. Braunschweig 1982c
- Wergin, C.:** Produktionsschulen: Mit der Wirtschaft Schule machen – der Beirat der CJD Produktionsschule Müritz In: Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD) (Hrsg.): Ein Projekt macht Schule: Die CJD Produktionsschule in Waren. Christlich-Pädagogische Schriftenreihe der CJD Arnold-Dannenmann-Akademie. Hirsauer Blätter. Heft 14/2008
- Wigrim, K./Zscheschang, K./Klose, A.:** projekt „Nexus“: Verbinden – Verknüpfen – Verflechten. Ein Praxiskonzept Mobiler Jugendarbeit in den neuen Bundesländern zur Entwicklung von Aktivierungs- und Partizipationsstrukturen für Jugendliche in ländlichen Regionen In: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Jugendarbeit auf dem Land. Ideen, Bausteine und Reflexionen für eine Konzeptentwicklung. Opladen: Leske und Budrich 2000

II. Zeitungen

Nordkurier: Dem Nordosten fehlen junge Leute vom 23.03.2009, S. 5

Nordkurier: „Ein Verstoß gegen das Grundgesetz“ vom 19.5.2009, S. 4

III. Zeitschriften

Bisler, W.: Der Benachteiligtenbegriff bezeichnet einen Rechtsanspruch! In: Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (BAG JAW): Jugend – Beruf – Gesellschaft. Heft 2/2001. Bonn 2001. S. 119-123

Eisenbürger, I./Vogelgesang, W.:“Ich muss mein Leben selber meistern!“In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. B 5/2002. S. 28-38

Namislo, D./Schorn, K./von Schwartzberg, M.: Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Alter. Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik. Wiesbaden. Ausgabe 3/2006. S.220-237

IV. Internetquellen

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), online verfügbar unter URL:

<http://www.bpb.de/themen/MSHX1L.0.0.Junge%20Frauen%20verlassen%20den%20Osten>

http://www.bpb.de/wissen/C11SZM.,0.Wahlbeteiligung_nach_Altersgruppen

http://www.bpb.de/themen/NT3WM6.0.0.Theorien_des_W%4hlerverhaltens.html

Christliches Jugenddorfwerk e.V. (CJD), online verfügbar unter URL:

<http://www.cjd-rz.de>

Landkreis Müritz, online verfügbar unter URL:

http://landkreis-mueritz.de/verwaltung/verwalt/aemter.aufgaben/kreisentwicklung/files/demo_wandel_strategie.pdf

Mecklenburg-Vorpommern (Das Landesportal), online verfügbar unter:

http://mecklenburg_vorpommern.de/cms2/Landesportal_prod/Landesportal/content/de/Unser_Land_fuer/index.jsp

Region Mecklenburgische Seenplatte, online verfügbar unter URL:

<http://www.region-mecklenburgische-seenplatte.de/de/wir-über-uns/stadt-neubrandenburg/>

<http://www.region-mecklenburgische-seenplatte.de/de/wir-über-uns/landkreis-müritz>

<http://www.region-mecklenburische-seenplatte.de/de/wir-über-uns/landkreis-demmin>

Stadt Neubrandenburg, online verfügbar unter URL:

http://www.neubrandenbug.de/index.php?option=com_contact&view=article&id=385&Itemid=325

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (StatA MV) (Hrsg.), online verfügbar unter URL:

http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/index.jsp

V. anderweitige Quelle

Statistisches Landesamt Schwerin: Abwanderungssaldo der 18 bis unter 25-Jährigen für den Landkreis Demmin 1995 bis 2007. Kontakt und Zusendung der Daten per E-Mail. April 2009

13. Ehrenwörtliche Erklärung

Hiermit versichere ich, Mandy Junge, dass ich die vorliegende Diplomarbeit mit dem Thema: „Politische Einstellungen Jugendlicher – Eine empirische Studie an einer Produktionsschule in der Mecklenburgischen Seenplatte“ selbstständig verfasst und keine anderen Hilfsmittel als die von mir angegebenen, verwendet habe.

Die Stellen, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinne nachentnommen sind, habe ich in jedem Fall durch Angaben der Quelle, auch der Sekundärliteratur, als Entlehnung erkenntlich gemacht.

Loitz, 06.08.2009

Unterschrift